7. JAHRGANG 13. März 1931 NUMMER 11

Magazin der Wirtschaft

EINE WOCHENSCHRIFT

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

Inhalt

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1 M / VIERTELJÄHRLICH 12 M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT

VEREINIGT MIT „PLUTUS" NEUE FOLGE

7. JAHRGANG | BERLIN, 13. MÄRZ 1931 | NUMMER 11

Der organisierte Konsum



Die Konsumvereine sind zu einem mächtigen Glied der Warenverteilungs-Organisation geworden. Den raschen Aufschwung seit der Stabilisierung verdanken sie vor allem ihrer Organisationskraft und ihrer Kapitalmacht. Ein großer Teil der Spareinlagen wurde zum Aufbau des Warengeschäfts herangezogen. Grenzen findet die Konsumvereinsbewegung vorläufig in der Eigenart der Führung und in der Beschränkung des Warenkreises. Ihre Geschäftspolitik ist durch die Anpassung an die marktwirtschaftliche Organisation der kapitalistischen Wirtschaft bestimmt.

Der Wiederaufbau der Konsumvereine seit der Stabilisierung gehört zu den großartigsten wirtschaftlichen Leistungen, die das Deutschland der Nachkriegszeit aufzuweisen hat. Er ist in der Öffentlichkeit nicht sehr beachtet worden, und er ist auch nicht so augenfällig wie etwa der Wiederaufbau der deutschen Montanindustrie im Ruhrgebiet, der sich in grandiosen Industriebauten manifestiert, oder wie der Aufschwung der Warenhäuser, deren neue Kaufpaläste auch dem Mann aus dem Volke die Entwicklung deutlich machen. Die bescheidenen Konsumvereinsläden erregen wenig Aufsehen, aber hinter ihnen — der großen Öffentlichkeit unsichtbar — wirkt eine Organisation, deren Bedeutung nicht verkannt werden darf. Einige Zahlen mögen diese Bedeutung illustrieren.

Der Aufschwung der Konsumvereine

	Mitglieder	Umsätze	Verteilungsstellen	Eigenproduktion
	Anzahl	1000 RM	Anzahl	1000 RM
	Zentralverband deutscher Konsumvereine			
1914	1 692 863	486 419	5 108	114 714
1924	3 505 180	380 674	8 282	116 367
1928	2 803 232	1 045 962	9 605	407 237
1929	2 859 516	1 176 295	10 124	439 849
	Reichsverband deutscher Konsumvereine			
1914	177 358	51 716	.	.
1924	734 891	100 405	.	.
1928	786 758	180 531	2 212	36 374
1929	764 960	195 505	2 313	37 365
	Zusammen			
1914	1 870 221	538 135	.	.
1924	4 240 071	481 079	.	.
1928	3 589 990	1 226 493	11 817	443 611
1929	3 624 476	1 371 800	12 437	477 214

Mit einem Jahresumsatz von rund 1400 Millionen haben die in den beiden Spitzenverbänden zusammengefaßten deutschen Konsumvereine an der Bedarfsdeckung der Verbraucher (soweit sie über den Einzelhandel und das Bäcker- und Fleischerhandwerk erfolgt) zwar nur einen Anteil von fast 4 %. Größer ist aber schon ihr Anteil an der Nahrungsmittelversorgung, denn die Konsumvereine betätigen sich überwiegend, im Durchschnitt etwa mit acht oder neun Zehnteln ihres Gesamtumsatzes, auf diesem Gebiet. Man kann damit rechnen, daß die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands zu ungefähr 5 bis 6 % auf dem Wege über die Konsumgenossenschaften vor sich geht. Und von weit größerer Eindruckskraft als die bisher von ihnen erreichte Quote an der Gesamtversorgung ist die Wachstumstendenz, die diese Organisationen in den letzten Jahren gezeigt haben.

Der Enquête-Ausschuß hat, wie seine neueste Veröffentlichung zeigt[1]), die von ihm angestellten Untersuchungen über die Konsumvereine nicht zum Anlaß genommen, um den *Ursachen* dieses machtvollen, rätselhaften Aufschwungs nachzugehen und die organisatorischen und wirtschaftspolitischen Probleme, die sich daran knüpfen, zu erörtern. Sein Bericht ist — entsprechend der Einstellung, die auch die anderen Arbeiten der Handelsgruppe des Enquête-Ausschusses zeigen — vorwiegend betriebswirtschaftlich orientiert, ohne gerade auf diesem Gebiet viel Neues bringen zu können; denn die Konsumvereine befleißigen sich schon seit Jahrzehnten einer anerkennenswerten Publizität. Aufschlußreicher sind die im Enquête-Band veröffentlichten Vernehmungen von 21 Konsumvereinsleitern, durch die man ein farbiges Bild vom Leben dieser großen Warenverteilungs-Organisation gewinnt.

„Der organisierte Konsum" wird als Ziel der Konsumvereinsbewegung bezeichnet. Sucht man die Ursachen klarzulegen, die zu der bewundernswerten Entwicklung dieser Bewegung geführt haben, so ist in der Tat an erster Stelle die *Organisierung* als solche zu nennen. Sie ist, seitdem sich die 28 Redlichen Pioniere von Rochdale zum ersten Konsumverein zusammenschlossen, die bewegende Kraft. Ebenso wie auf großen Gebieten der Produktion die Wirtschaftsfreiheit mannigfachen Bindungen Platz gemacht hat — in einem Maße, das immer wieder Diskussionen darüber hervorruft, ob wir uns nicht schon mitten in einem Wandel des Systems befinden —, so hat auch im Bereich der Warenverteilung die Organisation gleichgerichteter Interessen immer weitere Teile erfaßt, nur daß diese Entwicklung nicht so aufmerksam verfolgt wird. Die Organisation hat auch hier zum großen Teil den Automatismus des Markts ersetzt und neben den alten neue Glieder

[1]) Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Gewerbe: Industrie, Handel und Handwerk (III. Unterausschuß). 9. Arbeitsgruppe (Handel) 8. Band. Berlin 1931, Verlag E. S. Mittler & Sohn.

der Warenverteilung eingefügt. Millionen von Konsumenten haben zwar nicht de jure, aber de facto bis zu einem gewissen Grade auf die Freiheit der Konsumwahl — eines der Wahrzeichen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft — freiwillig verzichtet, um wirklicher oder vermeintlicher Vorteile willen. Millionen von Einzelhändlern wiederum, von Bäckern, Fleischern und Schuhmachern haben die Freiheit ihres Bezugs vom Lieferanten zugunsten genossenschaftlicher Einkaufsformen aufgegeben. Große Teile der Beamtenschaft haben sich als Käufer organisiert. Die Organisierung des Bedarfs oder die Ausnutzung vorhandener Organisationen zur Bedarfsbefriedigung geht schließlich hinunter bis zu den Fällen, in denen ein nationalsozialistisches Unternehmen den Pg. echtdeutschen „Hakenkreuz-Tabak" offeriert oder ein bayerisches Versandgeschäft seine guten Beziehungen zu kirchlichen Kreisen im Inseratenteil religiöser Zeitungen und Zeitschriften kräftig spielen läßt.

Es sind, wie wir sehen, nicht nur wirtschaftliche Kräfte, die diesen Organisationsbildungen ihre Macht verleihen; religiöse, standes- und klassenmäßige Momente spielen eine große Rolle. Auch die Konsumvereine haben ihre Ideologie — es wird zu zeigen sein, wieweit sie sich mit dem „Eigenleben" der Organisation noch verträgt —, und sie ziehen zweifellos einen großen Teil ihrer Kraft aus der traditionellen *Verbindung mit der Arbeiterbewegung*, aus einer Verbindung, die zwar offiziell abgestritten wird, aber doch in loser Form nach wie vor besteht: beim Reichsverband mit den christlichen, beim Zentralverband mit den freigewerkschaftlichen Organisationen. Trotz mancher Wandlungen in der Berufsgliederung der Mitglieder bilden, wie die folgende Aufstellung zeigt, die gewerblichen Arbeiter und Angestellten noch immer die Kerntruppe der Konsumvereine.

Berufsgliederung der Mitglieder

(Nach der Statistik des Zentralverbands deutscher Konsumvereine)

(in % der berichtenden Mitglieder)	Selbständige Gewerbetreibende	Selbständige Landwirte	Angehörige der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte	Gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen in gewerblichen Betrieben	Gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen in landwirtschaftlichen Betrieben	Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.)
1903	7,58	1,70	4,68	78,72	2,95	4,77
1914	5,33	1,84	3,35	78,70	2,31	8.47
1924	6,02	3,51	9,91	66,54	3,00	10,82
1929	5,18	2,87	9,05	69,05	2,40	11,45

Der Weckung der in der Verbraucherschaft schlummernden Organisationsfähigkeit verdanken die Konsumvereine auch ihre zweite Kraftquelle, die *Kapitalmacht*. Auf der Grundlage der aus der Vorkriegszeit übernommenen Organisation war der Ausbau der Konsumgenossenschaften nach der Stabilisierung in erster Linie eine Kapitalfrage. Nicht nur die Errichtung neuer Läden, auch die Modernisierung der alten Verteilungsstellen und die notwendige Überholung des ganzen, im Kriege und während der Inflation vernachlässigten Apparats sowie schließlich der Ausbau der Eigenproduktion beanspruchten große *Anlage*mittel; das *Betriebs*kapital war ebenso wie beim privaten Handel am Ende der Inflation zerronnen. Das Finanzierungsproblem konnte nun von den Konsumvereinen in höchst glücklicher Weise gelöst werden. Sie wurden ihre eigenen Bankiers. In einem vor dem Kriege nicht gekannten Ausmaß wurden die seit 1924 rasch anwachsenden *Spareinlagen* zur Deckung des Anlage- und Betriebsbedarfs herangezogen; die namentlich in den ersten Jahren nach der Stabilisierung noch sehr geringen Eigenmittel reichten dazu nicht aus.

Die Finanzierung der Konsumvereine

(Nach der Bilanzstatistik des Zentralverbands deutscher Konsumvereine)

(Mill. RM)	1913	1924	1928	1929
Eigenkapital[1])	53,6	39,5	96,8	112,5
Spareinlagen aller Art	.	48,6	252,4	340,7
Überschuß[2])	38,1	8,8	48,1	55,0
Lieferantenschulden ..	9,7	32,2	37,2	40,6
Bankschulden	—	10,1	1,4	1,6
Anlagewerte[3])	62,7	77,8	184,9	243,6
Warenvorräte	53,8	56,4	115,2	127,7

[1]) Geschäftsguthaben, Reserven. — [2]) Reinertrag, Rabattguthaben abzüglich Vorchüsse, Verlust. — [3]) Grundbesitz, Inventar, Beteiligungen abzüglich Hypotheken, Obligationen.

Im Jahre 1924 machten die Lieferanten- und Bankschulden noch 75 % des Warenbestands aus (trotz des schnellen Umschlags im Lebensmittelgeschäft), im Jahre 1929 betrugen sie nur noch 33 %. In den Jahren 1928 und 1929 arbeitete etwa die Hälfte der Spareinlagen im eigenen Warengeschäft, vor dem Kriege ein Fünftel. Erst in letzter Zeit sind die Spareinlagen gegenüber zwei weiteren Finanzierungsquellen des Warengeschäfts an Bedeutung etwas zurückgetreten: Das *Eigenkapital* begann von 1926 an rasch zu steigen, wenn auch nicht im Ausmaß der Geschäftsausdehnung, und die *Überschüsse*, die sich allein von 1925 bis 1928 auf mehr als das Doppelte erhöhten, wurden stärker zur Finanzierung herangezogen.

Organisationskraft und Kapitalmacht sind die Grundlagen, auf denen der Aufschwung der Konsumvereine ruht. Dazu gesellt sich freilich noch ein Drittes: die *Sachkunde und Integrität der Führung*. Gewiß waren namentlich während und kurz nach der Inflation auch bei den Konsumvereinen manche unerwünschte Vorgänge zu verzeichnen, aber im ganzen ist das Führerproblem in bemerkenswerter Weise gelöst, bemerkenswert, weil die Leitung zum Teil noch in Händen von Autodidakten liegt, bemerkenswert auch deshalb, weil sie gegen ein Entgelt erfolgt, das hinter der Dotierung ähnlicher Leistungen in der Privatwirtschaft weit zurückbleibt. Während das untere und mittlere Personal aus naheliegenden Rücksichten verhältnismäßig höher bezahlt wird als im privaten Einzelhandel, reichen nach den Feststellungen der Enquête die Gehälter der leitenden An-

gestellten trotz mancher Aufbesserungen in der Nachkriegszeit bei weitem nicht an die Bezahlung gleichwertiger Posten in der Privatwirtschaft heran. Freilich mögen die straffe Organisation und das durchgebildete Revisionswesen die Anforderungen, die bei den Konsumvereinen an die Leitung gestellt werden müssen, gegenüber der privaten Wirtschaft etwas herabmindern.

Trotz der im ganzen günstigen Lösung des Führerproblems bezeichnet dieses aber eine der *Grenzen*, die der Konsumvereinsbewegung gesteckt sind. Über das Gebiet der Lebensmittelversorgung und des Verkaufs einfacher Haushaltswaren haben sich die deutschen Konsumvereine im allgemeinen noch nicht hinausgewagt. Der Absatz von Bekleidung, Möbeln und Massenluxuswaren spielt, wie schon erwähnt, eine bescheidene Rolle, und gerade die Vernehmungen des Enquête-Ausschusses zeigen, mit welcher Vorsicht man — von den größten Vereinen abgesehen — einer Erweiterung des Warenkreises gegenübersteht. Die Erfahrungen, die man bei Expansionen in dieser Richtung gemacht hat, lassen die Vorsicht begreiflich erscheinen. Es ist sehr fraglich, ob sich das Prinzip der Führerauslese, das im Lebensmittelgeschäft erfolgreich war, auch auf anderen Gebieten bewähren würde, es fragt sich ferner, ob nicht die Eigenart des konsumgenossenschaftlichen Absatzes und der Aufbau der Konsumvereins-Organisation einer größeren Ausdehnung auf diesen Gebieten hinderlich wäre. Hier sind der Konsumvereinsbewegung, auch wenn man die englischen Erfahrungen berücksichtigt, Grenzen gesetzt, von denen sich freilich nicht mit Sicherheit sagen läßt, wo sie liegen, Grenzen, die sich im Laufe der Zeit auch verschieben können.

Grenzen sind der Konsumvereinsbewegung schließlich auch durch die Notwendigkeit gesetzt, der rapiden Ausdehnung der letzten Jahre eine *Konsolidierung* folgen zu lassen. Der Rahmen ist an manchen Stellen ziemlich weit gefaßt, die Ausnutzung des Apparats nicht im wünschenswerten Maße gesteigert worden. Der durchschnittliche Umsatz je Verteilungsstelle ist, wenn man die Geldentwertung berücksichtigt, gegenüber der Vorkriegszeit gesunken; dasselbe gilt nach den Ermittlungen der Enquête für den Durchschnittsumsatz der Verkaufskraft. Der durchschnittliche Jahresverkauf je Mitglied zeigt zwar seit der Stabilisierung eine erfreuliche Entwicklung, hat aber den Vorkriegsstand beim Zentralverband erst 1929, beim Reichsverband überhaupt noch nicht erreicht. Noch immer decken offenbar die

(RM)	Durchschnittsumsatz je Verteilungsstelle		Durchschnittsumsatz je Mitglied	
	Zentralverband	Reichsverband	Zentralverband	Reichsverband
1914	95 227	64 436	283	269
1925	72 492	55 245	182	161
1928	108 898	81 614	373	229
1929	116 189	84 524	411	256

Mitglieder im Durchschnitt auch innerhalb des Warenkreises der Konsumvereine einen Teil ihres Bedarfs beim privaten Einzelhandel. Hier liegen für die Konsumvereine noch große unausgenutzte Möglichkeiten.

Die Konsumvereine werden auch kaum damit rechnen können, daß der Aufschwung der letzten Jahre in unvermindertem Tempo anhält. Er ist nicht nur auf die besondere Ausbreitung der Konsumvereinsbewegung zurückzuführen, sondern zum großen Teil auf den allgemeinen Konsumaufbau seit 1924, der auch dem privaten Einzelhandel — freilich nicht in diesem Maße — zugute kam. Schon das Jahr 1930 zeigt bei den Konsumvereinen einen Rückschlag. Der wertmäßige Umsatz hat sich vermindert, während der Mengenumsatz ungefähr gleichgeblieben zu sein scheint — ein Ergebnis, das zwar von der Entwicklung des übrigen Einzelhandels im vergangenen Jahr vorteilhaft absticht, aber doch eine gewisse Stagnation erkennen läßt.

Je stärker die Konsumvereins-Organisation anwächst, desto deutlicher zeichnet sich ein Problem ab, das sich in der kurzen Frage *„Gemeinwirtschaft oder Erwerbsunternehmen?"* formulieren läßt. Wie weit hat sich unter der rein erhaltenen genossenschaftlichen Form ein Wandel des Inhalts vollzogen? Wie weit entspricht dem Ideal der genossenschaftlichen Bedarfsdeckungswirtschaft noch die Wirklichkeit, der die kapitalistische Marktwirtschaft das Gesetz des Handelns aufzwingt? Hat sich nicht das Eigenleben der Organisation zu den gemeinwirtschaftlichen Motiven in Widerspruch gesetzt? Der *Markt* bestimmt, wie die Vernehmungen vor dem Enquête-Ausschuß zeigen, im großen und ganzen die Preisbildung auch der Konsumvereine; die *Konkurrenz* mit dem privaten Einzelhandel und mit den grimmig befehdeten Werkskonsumanstalten ist das Agens aller Fortschritte; die Rückvergütung bildet natürlich, ebenso wie der Rabatt beim privaten Einzelhandel, einen Bestandteil der Kalkulation und wird vom Käufer bezahlt; von den Überschüssen dienen immer größere Teile der Bildung von Reserven und der Finanzierung — wie bei den großen Aktiengesellschaften —, und es fragt sich sehr, ob beim einzelnen Genossenschaftler das Gefühl: das alles geschieht mit meinem Eigentum und in meinem Namen, mehr Wirkung hat als etwa beim sowjetrussischen Arbeiter das Bewußtsein, daß die Produktionsmittel, die sich seiner bedienen, „vergesellschaftet" sind. Zwar ist das Gewinnstreben bei den Konsumvereinen gewissermaßen sublimiert; darin unterscheiden sie sich aber nicht grundsätzlich von anderen Gebilden der kapitalistischen Wirtschaft. Die Konsumvereine sind ein *Bestandteil der kapitalistischen Warenverteilungs-Organisation* geworden, gewiß ein höchst eigenartiger Bestandteil, der seine Kraft, wie gezeigt wurde, teilweise aus ganz anderen Quellen schöpft wie die übrigen Glieder der Verteilungskette; aber sie sind doch denselben wirtschaftlichen Gesetzen unterworfen, die das Geschick der anderen bestimmen. Ob es den Konsumvereinen gelingen wird, ihrer Ideologie entsprechend diese Gesetze selbst zu ändern und „durch die Organisierung der Wirtschaft zur Gemeinwirtschaft" zu gelangen, ob hierzu die Kraft des organisierten Konsums ausreichen wird, das läßt sich heute noch nicht entscheiden.

Konjunkturbelebung durch Lohnsteuerbegrenzung

Von Dr. Karl Schlesinger, Wien

Da die Lohnsteuern, d. h. die auf Grund der jeweils zur Auszahlung gelangenden Lohnsumme erhobenen Steuern und Beiträge den Produktionsumfang mindern, sollten nach dem Vorschlag des Verfassers auf die Dauer von etwa zwei Jahren die Lohnsteuern auf das Ausmaß begrenzt werden, das dem gegenwärtigen Beschäftigungsgrad der einzelnen Unternehmungen entspricht. Der Verfasser erwartet von dieser Maßnahme, die staatsfinanziell unbedenklich sei, eine Belebung der Konjunktur.

I. Die meisten Steuern, deren Veranlagung nicht ein für allemal auf Grund eines der Einbringung des Steuergesetzentwurfs vorangegangenen Zustandes erfolgt, haben den Nachteil, daß sich unter ihrem Druck die wirtschaftliche Tätigkeit anders vollzieht, als sie sich ohne Steuer vollziehen würde, und daß dieses „anders“ eine Abweichung vom wirtschaftlichen Optimum bedeutet. In Anbetracht der relativen Starrheit der Nominallöhne, die jeder auf Lohnarbeit aufgebauten Wirtschaft, und in besonderem Maße der Wirtschaft der Nachkriegszeit, anhaftet, ist dies auch hinsichtlich jener kontinuierlich veranlagten Steuern der Fall, die — wie die Sozialversicherungsbeiträge, die Lohnsummensteuer und die auf dem Abzugswege erfaßte Einkommensteuer — auf Grund der jeweils gezahlten Löhne erhoben werden. Es ist dabei gleichgültig, ob die Steuer formell vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer zu tragen ist.

Diese Entfernung vom wirtschaftlichen Optimum vollzieht sich auf folgende Weise: Wenn Lohnsteuern eingeführt oder erhöht werden, so sinkt nicht der Nettoarbeitslohn, sondern es steigen die Selbstkosten des Unternehmers je Arbeiter, und es leidet infolgedessen vorerst seine Konkurrenzfähigkeit und sein Absatz auf dem Weltmarkt. Er ist also gezwungen, eine Anzahl von Arbeitern zu entlassen. Durch das Arbeitsloswerden der Arbeiter sinkt die Kaufkraft des Inlandsmarktes um den vollen Lohnbetrag, da einerseits die entlassenen Arbeiter eine Einkommensminderung um die Differenz der Löhne minus Arbeitslosenunterstützung erfahren und anderseits die Kaufkraft jener Kreise, welche für die zusätzlich zu zahlende Arbeitslosenunterstützung aufzukommen haben, um den Betrag eben derselben Arbeitslosenunterstützung zurückgeht; ferner sinkt die inländische Kaufkraft um den Betrag jener Unternehmergewinne und jener inländischen Kapitaleinkommen, die an den entgehenden Auslandsaufträgen erzielt worden wären. Dementsprechend müssen die für das Inland produzierenden Produktionszweige ebenfalls Arbeiter entlassen. Diese zweite Gruppe von Entlassungen bringt eine weitere Senkung der Inlandskaufkraft mit sich, die wieder zu neuen Entlassungen führt, usw. Es ergibt sich eine Kette von Kaufkraftreduktionen, welche die Zahl der beschäftigten Arbeiter um das Mehrfache dessen senken kann, was dem Exportausfall allein entsprechen würde. (Die Steigerung, welche durch die Lohnsteuern in den Staatseinnahmen herbeigeführt wird, bedeutet keine kompensatorische Schaffung neuer Kaufkraft, weil dadurch bloß eine Verlagerung von Kaufkraft vom Produzenten oder — soweit die Steuer auf die Preise überwälzt wird — vom Konsumenten auf den Staat stattfindet.)

Umgekehrt bewirkt eine Senkung oder Aufhebung der Lohnsteuern keine automatische Steigerung der Nettoarbeitslöhne, sondern eine Senkung der Selbstkosten. Wenn dann ein Unternehmer infolge dieser Selbstkostensenkung einen zusätzlichen Exportauftrag von beispielsweise 1 Million RM erlangen kann und in diesem Exportauftrag direkt und indirekt zusammen 70 % inländische Arbeitslöhne, inländische Unternehmergewinne und inländische Kapitalerträge enthalten sind, so steigt die inländische Kaufkraft, wenn man den Einkommenzuwachs der privaten Wirtschaftssubjekte und das anderweitige Verfügbarwerden der gezahlten Arbeitslosenunterstützungen zusammenrechnet, um volle 700 000 RM. Zur Befriedigung der auf diesen 700 000 RM basierenden Nachfrage können die für das Inland produzierenden Produktionszweige mehr produzieren und dementsprechend mehr Arbeiter einstellen. Auf Grund dieser sekundären Produktionsausdehnung entsteht, wenn der Anteil inländischer Produktionsfaktoren an dem Wert der zusätzlich verbrauchten Güter ebenfalls 70 % beträgt, eine weitere Steigerung der inländischen Kaufkraft um 490 000 RM, die ihrerseits wieder eine weitere Ausdehnung der Produktion usw. zur Folge hat. Die aufeinanderfolgenden Produktionsausdehnungen bilden ihrer Größe nach — wie leicht einzusehen ist — eine konvergierende Reihe, deren Bruttowert insgesamt rund 3,3 Mill. RM beträgt und von deren Wert rund 2,3 Mill. RM als zusätzliches Realeinkommen der inländischen Wirtschaft zufließen. Die Steigerung des Auslandsabsatzes kann also eine Steigerung des Inlandsabsatzes um ein Mehrfaches zur Folge haben. Gegenüber dem aktuellen Gleichgewichtszustand, in welchem die Volkswirtschaft

a) ein Mehr an Konsumgütern ihrem Konsumbedarf nach *(nicht* ihrer Kauffähigkeit nach) bitter entbehrt,

b) dieses Mehr an Konsumgütern den technischen Voraussetzungen nach leicht erzeugen könnte,

c) und dieses Mehr dennoch nicht produziert, wirkt die Erhöhung des Exports gleichsam als Katalysator, der jenen paradoxen Gleichgewichtszustand in einen neuen, befriedigenderen Gleichgewichtszustand überführt.

II. Nun ist jedoch aus staatsfinanziellen Gründen — wobei wir uns den Staat und die Sozialversicherungsinstitute der Einfachheit halber als eine Einheit

denken dürfen — weder an eine vorübergehende noch an eine definitive Aufhebung von Lohnsteuern auf solche Weise, daß die Gesamtheit der bisherigen Steuerobjekte von der Steuer befreit würde, zu denken. Wohl aber könnten alle Lohnsteuern mit Ausnahme der Unfallversicherungsbeiträge — der Grund dieser Ausnahme soll später genannt werden — für einige Zeit, etwa für die nächsten zwei Jahre, ohne wesentliche staatsfinanzielle Opfer in der Weise umgestaltet werden, daß sie ihre wirtschaftshemmende Wirkung einbüßen. Es wären zu diesem Zweck die Arbeitsverhältnisse nicht mehr einzeln, sondern unternehmungsweise, d. h. so zu erfassen, daß die Lohnsteuern höchstens nach der Lohnsumme jener Zahl von Arbeitsstunden berechnet würden, die der Zahl der im betreffenden Betrieb (unmittelbar vor Einführung der Steuererleichterung) geleisteten Arbeitsstunden unter Berücksichtigung der Saisonschwankungen gleichkommt. Es wären also die Lohnsteuern oder einige derselben innerhalb der nächsten zwei Jahre höchstens nach jener Zahl von Arbeitsstunden zu bemessen, die bei unveränderter konjunktureller Lage selbst *dann* geleistet würde, wenn die Lohnsteuer voll aufrecht bliebe. Es würde, gesetzgebungstechnisch konkretisiert, jener Unternehmer, der in den einzelnen Quartalen des Jahres 1931 mehr Arbeitsstunden in seinem Betriebe leisten läßt, als es dem letzten Quartal 1930 unter Berücksichtigung der Saisonschwankungen entspräche, die nach den zusätzlichen Arbeitsstunden abgeführten Lohnsteuern ganz oder zum Teil zurückvergütet erhalten.

III. Unter der in der gegenwärtigen Phase der Depression zweifellos zutreffenden Voraussetzung, daß die Unternehmer keine weitere Verschlechterung der Aufnahmefähigkeit des Marktes zu erwarten brauchen und daß die Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter selbst bei Aufrechterhaltung der bisherigen Inlands- und Exportpreise im kommenden Jahr nicht unter das Vorjahrsniveau sinkt, ergäbe sich durch eine solche Begrenzung der Lohnsteuern die Möglichkeit, bei zusätzlichen Exportaufträgen die Kosten zu senken; es brauchten nämlich in die Lohnquote jener Selbstkosten, die exklusive Regie, exklusive eines Teiles der Abschreibungen und exklusive der Zinsen etwaiger Anlagekredite gerechnet werden und die für die Frage entscheidend sind, zu welchem Preis äußerstenfalls ein zusätzlicher Auftrag angenommen werden darf, bloß die Nettolöhne, nicht aber auch die Lohnsteuern einkalkuliert zu werden. Dementsprechend würde sich auch die Möglichkeit ergeben, zu billigeren Preisen auf dem Auslandsmarkt zu konkurrieren und zusätzliche Aufträge hereinzuholen. Was das *Ausmaß* dieser Wirkung anbelangt, so ist in Erwägung zu ziehen, daß die Belastung mit Lohnsteuern für die meisten Industrien 20 % der gezahlten Nettolöhne ausmachen dürfte und daß für eine ganze Reihe von Exportindustrien — beispielsweise für die Textilindustrie, für die Elektroindustrie, für die Maschinen- und Lokomotivindustrie — die Nettolohnquote 15—50 % und dementsprechend die Lohnsteuerquote 3—10 % ihrer variablen Selbstkosten beträgt, so daß eine ganze Reihe von Industrien ihre Exportpreise um 3—10 % herabsetzen könnte. Dies hätte zweifellos eine starke Belebung des Exports und als fernere Wirkung auch eine beträchtliche Belebung des Inlandsmarkts zur Folge. Hierbei haben wir noch — wegen der großen Kompliziertheit der diesbezüglichen Zusammenhänge — den Umstand unberücksichtigt gelassen, daß die Begrenzung der Lohnsteuern auch auf dem Inlandsmarkt gewisse Preisermäßigungen zur Folge hätte, die, soweit sie Rohstoffe und Halbfabrikate der Ausfuhrindustrien betreffen, eine weitere Senkung der Exportpreise ermöglichen würden; ferner blieb, ebenfalls wegen der Kompliziertheit der Zusammenhänge, unberücksichtigt, daß durch die Begrenzung auch auf dem Inlandsmarkt die Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Erzeugnissen gestärkt und eine Erweiterung des Inlandsabsatzes zu Lasten der Auslandskonkurrenz ermöglicht würde.

IV. Was andererseits die staatsfinanziellen Wirkungen der vorgeschlagenen Lohnsteuer-Begrenzung anbelangt, so sind drei Arten von Lohnsteuern zu unterscheiden:

1. Lohnsteuern, die allgemeinen Budgetzwecken gewidmet sind oder solchen Versicherungszwecken, die durch eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl keine Veränderung ihres Finanzbedarfs erfahren; zu diesen gehören die auf dem Abzugswege erhobene Einkommensteuer, die Lohnsummensteuer, die Alters- und Krankenversicherungsbeiträge.

2. Solche Steuern, die — wie dies bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen der Fall ist — Zwecken gewidmet sind, deren Finanzbedarf durch die Vermehrung der Beschäftigtenzahl sinkt.

3. Lohnsteuern, die Zwecken gewidmet sind, deren Finanzbedarf durch die Vermehrung der Beschäftigtenzahl steigt; zu ihnen gehören die Unfallversicherungsbeiträge.

Da innerhalb einer zweijährigen Geltungsdauer der Steuerbegrenzung keine für das Ganze der Volkswirtschaft ins Gewicht fallende Verschiebungen zwischen einzelnen Betrieben innerhalb eines Produktionszweiges oder zwischen Produktionszweigen stattfinden dürften, ist allen drei Gruppen der Lohnsteuern folgendes gemeinsam: Die Begrenzung drückt das Lohnsteueraufkommen keinesfalls unter sein aktuelles Niveau herab, sondern kann bloß einen Entgang an Einnahmensteigerung ergeben; auch dies ist nur dann der Fall, wenn sich die Konjunktur so entwickelte, daß sich auch ohne Begrenzung eine Steigerung der Beschäftigtenzahl ergeben würde.

Unterschiede bestehen hingegen zwischen den Lohnsteuerarten in bezug auf die staatsfinanziellen *Gesamtwirkungen*, die von ihren Begrenzungen in den beiden in der gegenwärtigen Situation möglichen Alternativfällen wirtschaftlicher Entwicklung — Besserung der sonstigen konjunkturellen Faktoren einerseits, Stagnation derselben andererseits — ausgeübt würden.

A. *Lohnsteuern der beiden ersterwähnten Arten.* (Einkommensteuer, Lohnsummensteuer, Alters-, Krankenkassen- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge.)

Erster Fall; Besserung der sonstigen konjunkturellen Faktoren: Es erleidet der Staat durch die Begrenzung per saldo nur dann einen Gewinnentgang, wenn der Lohnsteuerentgang nach jener Arbeiteranzahl, die infolge der Besserung der sonstigen Konjunkturfaktoren auf jeden Fall eingestellt worden wäre, größer ist als jene Vorteile, die den Staatsfinanzen (mittels der Abnahme der Arbeitslosenunterstützungen und mittels der Ertragssteigerung aller sonstigen Steuern) aus jenem Teil der Steigerung der Beschäftigtenzahl erwachsen, welcher der Begrenzung der betreffenden Lohnsteuer zuzurechnen ist; der Gewinnentgang ist gleich der Differenz der vorerwähnten beiden Größen. Im umgekehrten Fall hingegen — wenn also der direkte Gewinnentgang geringer ist als die der Begrenzung zuzurechnenden staatsfinanziellen Vorteile — ergibt sich per saldo ein *Vorteil* für die Staatsfinanzen.

Zweiter Fall; Stagnation der sonstigen konjunkturellen Faktoren: Die Begrenzung bringt den Staatsfinanzen eine Entlastung hinsichtlich der zu zahlenden Arbeitslosenunterstützung und eine Steigerung der generellen Steuererträge, ohne einen Gewinnentgang an Lohnsteuer zu verursachen.

B. *Lohnsteuern der dritterwähnten Art.* (Unfallversicherungsbeiträge.)

Hinsichtlich der Unfallversicherung steht neben dem Umstand, daß entweder die Steigerung des Steueraufkommens behindert wird oder das Steueraufkommen unberührt bleibt, sowie den andererseits sich ergebenden indirekten staatsfinanziellen Vorteilen die Tatsache, daß mit der Beschäftigtenzahl auch die Zahl der Unfälle zunimmt und die Belastung des Versicherungsinstituts steigt. Infolgedessen ist das Verhältnis der staatsfinanziellen Chancen und Risiken bei der Begrenzung solcher Lohnsteuern ungünstiger, als dies bei der Begrenzung von Lohnsteuern der beiden ersterwähnten Arten der Fall ist.

Aus dem über die drei Gruppen von Lohnsteuern Gesagten ergibt sich

1. daß zwar die Begrenzung aller Lohnsteuern, nicht aber eine auf Einkommensteuer, Lohnsummensteuer, Arbeitslosen-, Alters- und Krankenkassenbeiträge beschränkte Begrenzung ungünstige fiskalische Folgen beträchtlichen Ausmaßes zur Folge haben kann,
2. daß sich die etwaigen ungünstigen Folgen einer Begrenzung der zweiterwähnten Art auf einen Gewinnentgang beschränken müssen, sich also *nicht* in einer positiven Belastung des Budgets äußern können,
3. daß sogar keine ungünstigen, sondern günstige staatsfinanzielle Folgen eintreten dürften.

V. Es wäre demnach in der Begrenzung der Lohnsteuern ein Mittel gegeben, das einerseits hinreicht, um die Konjunktur in starkem Ausmaße zu beleben und das anderseits keine beträchtlichen staatsfinanziellen Opfer kosten kann, voraussichtlich sogar staatsfinanzielle Vorteile bietet; ein Mittel, das sich in der letzterwähnten Beziehung sowie darin von den verwandten, bereits vielfach vorgeschlagenen Mitteln (Mond-Plan, produktive Arbeitslosenfürsorge usw.) unterscheidet, daß es keine Kapitalien bindet, die andernfalls anderweitige Verwendung fänden, und daß es die gegenwärtig infolge der Arbeitslosigkeit gegebene Belastung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft nicht, wie es insbesondere eine Folge des Mond-Plans wäre, steigert und verewigt.

Zur Kritik am Kommunalkredit

Von Dr. Herbert Meyer, Dezernent beim Deutschen Städtetag

Der Kommunalkredit steht seinem Umfang nach heute an erster Stelle innerhalb des öffentlichen Schuldenwesens. Entscheidend hierfür waren die Wandlungen des Aufgabenkreises der Kommunen. Die Bedeutung der kommunalen Kreditgebarung macht eine an allgemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Anleihepolitik der Gemeinden notwendig. Andererseits müssen die Gemeinden schon im Interesse ihres Kredits größten Wert auf die gerechte Würdigung ihrer Schuldengebarung legen. Die Kritik sollte sich mit allen Zusammenhängen aufs eingehendste bekannt machen und nur dort verurteilen, wo die öffentlichen Stellen offenkundige Schäden zu verantworten haben.

Über die Verschuldung der großen Gebietskörperschaften im Deutschen Reich besteht seit mehr als drei Jahren eine überaus weitgehende Publizität. Durch die umfassenden und sich ständig erneuernden Veröffentlichungen der Reichsstatistik ist es jedem, der diesen Fragen seine Aufmerksamkeit zuwenden will, möglich, Einblick in die nicht ganz unkomplizierte Materie zu gewinnen. Natürlich erfordert die Fülle des Stoffes ein planvolles Eindringen; dies vorausgesetzt, sollte es nicht besonders schwer sein, sich ein genügend aufschlußreiches und in seinen Wesenszügen deutlich umrissenes Bild zu machen. Man muß indes immer wieder feststellen, daß da, wo nach den Umständen größte Klarheit zu vermuten ist, eine nicht ganz verständliche Verwirrung herrscht. Jedenfalls konnten solche Beobachtungen, soweit das kommunale Schuldenwesen in Frage kommt, in der jüngsten Vergangenheit oft genug gemacht werden. So hat zwar die letzte große Publikation, die grundlegende Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts über die öffentliche Verschuldung im Deutschen Reich, zahlreiche Dolmetscher gefunden, aber nur

ganz wenige sind bei ihrer Darstellung den Besonderheiten des Kommunalkredits gerecht geworden. Um das viel umstrittene Problem der kommunalen Verschuldung nicht noch weiter zu verwirren, ist eine kurze Auseinandersetzung mit all jenen schiefen Beurteilungen am Platze.

Offenbar beruhen die immer wiederkehrenden Fehlschlüsse auf nicht genügender Kenntnis der kommunalen Verhältnisse, des Aufgabenkreises der Kommunen und der ganzen Stellung der Gemeinden innerhalb des Staats- und Wirtschaftskörpers. Schon bei der *Höhe* der kommunalen Verschuldung und bei dem *Anteil*, den sie an der Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand hat, beginnt die Kritik. Gewiß, auf den ersten Blick erscheint das Anwachsen der kommunalen Neuverschuldung recht beträchtlich (Stand vom 30. Juni 1930: 6855 Mill. RM in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und in Gemeindeverbänden, rund 8200 Mill. RM in sämtlichen Gemeinden und in Gemeindeverbänden). Vergleicht man noch für sämtliche Gemeindekörper die durchschnittliche Zunahme im Jahr (1924/30 1261,5 Mill. RM) mit dem Steigerungsmaß der Vorkriegszeit (1908/14 572,7 Millionen RM), so scheint das Urteil beinahe nicht zweifelhaft. Es kann sich hier gewiß nicht darum handeln, etwa jede kommunale Anleihe oder jedes sonstige Darlehen als wohl begründet rechtfertigen zu wollen, aber soviel darf wenigstens der Beachtung empfohlen werden, daß der mechanische Vergleich von Gegenwart und Vergangenheit trügt, daß das schnelle Ansteigen der kommunalen Schulden nach der Stabilisierung anders bewertet werden muß. Gehen nicht den wenigen zurückliegenden Wiederaufbaujahren zehn Kriegs- und Inflationsjahre voraus? Zehn Jahre der Wertvernichtung, des völligen Stillstandes kommunaler Investitionstätigkeit sind es gewesen, deren Schädigungen und Ausfälle in der kurzen Zeitspanne seit 1924 wieder eingeholt werden mußten. Wenn sich schon rechnerisch für die Neuverschuldung ein relativ hoher Durchschnittsbetrag je Jahr ergibt, angesichts eines in insgesamt sechzehn Jahren entstandenen und immer wieder aufgeschobenen Bedarfs nimmt er sich anders aus, erscheint er, auf die gesamte Bedarfsperiode umgelegt, sogar verhältnismäßig niedrig. Auf andere wesentliche Gründe, die die Höhe der kommunalen Verschuldung in der Nachkriegszeit ausschlaggebend beeinflussen, sei im folgenden näher eingegangen.

Bleibt weiter der Einwand, wieso gerade die Gemeinden vor Reich und Ländern in einem solchen Tempo eine Schuldvermehrung auf sich nahmen. Ist doch ihr Anteil an der öffentlichen Gesamtschuld heute (rund 48 % der Neuverschuldung) erheblich größer als früher (1914: 33 %). Auch dafür fehlt es nicht an einleuchtenden Gründen. Was sich uns zeigt, ist nur die Fortsetzung einer Entwicklung, die schon lange vor dem Kriege eingesetzt hat: eine immer stärker werdende Zusammendrängung all jener Verwaltungsaufgaben bei den Gemeinden, die im wachsenden Maße Investierungen erfordern. Während namentlich bei den Ländern die alten großen Kapitalbedürfnisse aus dem Ausbau der Eisenbahnen völlig aufgehört haben und eigentlich nur noch Wasserbauten, Landwirtschaft, ländliche Siedlungen und zu einem gewissen Teil die Energiewirtschaft als kapitalbeanspruchende Aufgaben übriggeblieben sind, beim Reich in der Nachkriegszeit, abgesehen von Kriegslastenverpflichtungen und einzelnen Verkehrsprojekten sowie Maßnahmen zur allgemeinen Wirtschaftsförderung, entscheidend ins Gewicht fallender Investierungsbedarf überhaupt nicht bestand, wird der Wirkungskreis der Gemeinden gerade von jenen Aufgaben ausgefüllt, die einen großen Sachaufwand, ausgedehnte Einrichtungen aller Art und damit eine beträchtliche Kapitalverwendung bedingen.

Verwendung der kommunalen Neuverschuldung
(Stand vom 31. März 1929 in Prozent)

Unternehmungen und Betriebe	27,67
Vermögensverwaltung (Grundvermögen) . . .	9,78
Wohnungsbau und Siedlungswesen	22,15
Kämmereiverwaltungen	32,40
davon Straßenbau	*14,79*
„ gem. Anstalten und Einrichtungen . .	*4,67*
„ Wohlfahrtswesen	*6,34*
„ Bildungswesen	*4,68*
Sonstiges (insbesondere Kassenreserven und Betriebsmittel)	8,00

Man denke nur daran, daß der Ausbau und der Betrieb der Versorgungsunternehmungen, der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, und der lokalen Verkehrseinrichtungen schon seit der Vorkriegszeit in immer größerem Umfang eine Angelegenheit der Kommunen geworden ist. Gerade diese Einrichtungen haben in den vergangenen Jahren eine durchgreifende Erneuerung und eine beträchtliche Ausdehnung erfahren müssen. Allein dadurch und durch die übrigen Wirtschaftsbetriebe aller Art (Schlachthöfe, Landwirtschaft, Markthallen, Sparkassen) wurde der kommunale Kapitalbedarf wesentlich beeinflußt (27,7 % der gesamten Neuverschuldung). Hinzu kommen die Kapitalanforderungen für die Fülle der gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen, wie Kanalisation, Bestattungswesen, Müllbeseitigung und Feuerlöschwesen (4,4 %), für das weitausgreifende Sozialgebiet (6,3 %) mit der Vielzahl von Wohlfahrts- und Heilanstalten, und für das Bildungswesen und seine Einrichtungen (4,7 %). Von geradezu ausschlaggebender Bedeutung sind darüber hinaus die Kapitalbedürfnisse des Straßenbaus. Der Bau und die Unterhaltung von Straßen gehört heute mehr als früher zu den gemeindlichen Obliegenheiten, und noch nie sind die Aufwendungen hierfür so in den Vordergrund getreten wie gegenwärtig (14,8 %). Der neuzeitliche Ausbau des Straßennetzes, notwendig geworden durch die Automobilisierung des Stadt- und Überlandverkehrs, hat solche Kapital- und Kreditansprüche einfach erzwungen. Es verbleiben noch von den schon aus der Vergangenheit überkommenen Aufgaben die Kreditverwendungen für die gemeindliche Bodenwirtschaft. Sie ist mit der Stadterweiterung, den städtebaulichen Aufgaben und — das ist für die Gegenwart entscheidend — mit dem Siedlungswesen aufs engste verbunden; ein inniger Zu-

sammenhang, der zugleich darüber Aufschluß gibt, wieso gerade in Zeiten beengten Kapitalvolumens hierfür recht ansehnliche Kreditbeträge angelegt wurden (9,8 %).

Wir sind damit zu einer völlig neuartigen Aufgabe gekommen, die in der Nachkriegszeit von den Gemeinden getragen werden mußte, gleichzeitig aber zu wesentlichen Teilen Höhe und Tempo der gemeindlichen Neuverschuldung beeinflußt hat: Es handelt sich um das *Wohnungs- und Siedlungswesen*, das vor dem Kriege ausschließlich der privaten Wirtschaftssphäre zugehörte und dort mit seinen großen Kreditansprüchen bodenständig war. Dieses weitgehende Aufgabengebiet ist aus bekannten Gründen vorübergehend in die öffentliche und hier ganz überwiegend in die kommunale Sphäre herübergewechselt. Es hat dort selbstverständlich gleiche und wegen des bestehenden Wohnungsfehlbedarfs verstärkte Kapitalanforderungen gestellt, im Ergebnis also den gemeindlichen Kreditbedarf um einen Betrag erhöht, der früher innerhalb der Privatwirtschaft befriedigt wurde. Bei diesen Verschiebungen handelt es sich um einen für die Beurteilung des Kommunalkredits der Nachkriegszeit entscheidenden Vorgang, der jedoch bei der Kritik des gemeindlichen Schuldbestands in dieser Deutlichkeit niemals herausgestellt worden ist. Durch unmittelbare Ansprüche des Wohnungs- und Siedlungswesens ist rund ein Viertel (22,1 %), durch unmittelbare und mittelbare — wenn man die Aufwendungen für Grunderwerb, Straßenbau und Kanalisation zum Teil hinzurechnet — erheblich mehr als ein Drittel der gegenwärtigen Neuverschuldung der Gemeinden ausgelöst worden. Man kann mit vollem Recht sagen, daß kein Gebiet die kommunale Kreditgebarung der Nachkriegszeit so nachhaltig beeinflußt hat, wie die in diesem Rahmen völlig neue Aufgabe des Wohnungsbaus. Diese Tatsache läßt bereits eine entscheidende Wendung in der Weiterentwicklung des Kommunalkredits voraussehen, wenn sich nämlich mit dem Abbau der öffentlichen Wohnungswirtschaft das Anleihebedürfnis Zug um Zug vermindern wird. Für die Gegenwart macht jedenfalls die kommunale Förderung des Wohnungswesens zusammen mit den übrigen großen Wirtschaftsaufgaben der Gemeinden die relative Höhe und das Übergewicht der kommunalen Verschuldung im Rahmen des Gesamtschuldenstandes der öffentlichen Hand in weitem Maße verständlich.

Es leuchtet ein, daß alle Betrachtungen, die die eigenartige Rolle des Wohnbaukredits bei den Gemeinden nicht genügend würdigen, notwendig unter einer falschen Perspektive geschehen. Bedenklich wird es namentlich, wenn Überlegungen darüber angestellt werden, inwieweit etwa im Vergleich zur Vorkriegszeit Verschiebungen in der Verwendung der Kreditmittel eingetreten sind. Bekanntlich bestehen schon von vornherein Schwierigkeiten, in der Verausgabung der Kreditmittel nach Kämmereiverwaltungen einerseits und nach Vermögensverwaltung (Grunderwerb) und Betrieben andererseits zu unterscheiden. Derartige Gegenüberstellungen nach dem Gesichtspunkt der finanzwirtschaftlichen Produktivität hatten schon immer etwas Mißliches und Schiefes an sich. Sie werden jedoch völlig irreführend, wenn man sogar, wie es leider oft geschieht, irgendwie den Wohnungsbau hineinvermengt. Etwa auf dieser Basis gewonnene Schlüsse über einen relativ hohen Anteil der Kämmereiverwendungen (durch Zurechnung des Wohnungsbaus), hoch namentlich auch gegenüber der Vorkriegszeit, müssen notwendig falsch sein. Es ist eher das Gegenteil festzustellen. Läßt man den Wohnungsbau beiseite, so zeigt sich in der Nachkriegszeit ein so starkes Zurücktreten der Anleiheverwendung für die Kämmereizwecke (32,4 %), wie es früher nicht bekannt war.

So stellt sich auch die Belastung der Gemeinden durch ihre Schuldverpflichtungen wesentlich anders dar, als es bei Gegenüberstellungen der oben erwähnten Art behauptet wurde. Die Rolle der produktiven, d. h. die Selbstverzinsung und Tilgung sichernden Verwendungen ist gegenüber minderertragreichen (Kämmereiverwaltungen) in allen Gemeindegrößengruppen, in den größeren noch weit mehr als in den kleineren, unverhältnismäßig gewachsen. Es kommt hinzu, daß wesentliche Teile des Kommunalkredits von den Gemeinden gar nicht unmittelbar verausgabt wurden, sondern auf allen Gebieten, insbesondere im Wohnungsbau, als Darlehen oder Beteiligungen weitergeleitet sind. Die Gemeinden stehen hier nicht nur in der Rolle eines Kreditvermittlers für die Privatwirtschaft — was übrigens die Ergebnisse der öffentlichen und privaten Schuldbilanz nicht unwesentlich beeinflußt —, sie werden auch dadurch in nicht geringem Umfang der Sorge überhoben, für die Aufbringung der Zinslast selbst einzustehen. Unter diesen Umständen sieht es mit dem Rückgriff auf allgemeine Haushaltsmittel zur Regelung des Zinsendienstes keineswegs so ungünstig aus, wie verschiedentlich behauptet wurde. Gewiß ist es richtig, daß es für die volkswirtschaftliche Beurteilung der öffentlichen Verschuldung nicht so sehr auf die absolute Höhe der Schuldsumme ankommt, als vielmehr darauf, in welchem Umfang die Steuerkraft für Zinszahlungen in Anspruch genommen wird. Angesichts der starken Zurückdrängung, die die engeren Kämmereigebiete nach der obigen Darlegung bei den Kreditzwecken erfahren haben, sind jedoch Befürchtungen nach dieser Richtung nicht so zu werten, wie es vielfach geschehen ist. Dieses Problem ist eher eine Frage der Zinshöhe bzw. der Absenkung des überhöhten Zinsniveaus als eine Angelegenheit der Verwendung des Kommunalkredits. Im übrigen haben sich die Gemeinden bereits selbst seit längerem jene Beschränkungen auferlegt, die etwa notwendig waren und die die überaus ungünstige Lage des Kapitalmarktes sowieso von allen Kreditnehmern verlangt.

Was die Zusammensetzung des Kommunalkredits betrifft, so sind auch dabei einige Vorstellungen über Bedeutung und Verwendung der Auslandsmittel und über die Größe der schwebenden Schuld im Rahmen des gesamten gemeindlichen Kreditvolumens zu berichtigen. Leider nehmen die vom Ausland herein-

genommenen Schuldbeträge nicht entfernt den Raum ein, den man nach der ausgiebigen Diskussion über dieses Problem eigentlich erwarten sollte. Nur etwa 10 % aller aus den Kreditmärkten geschöpften Mittel entstammen dem Ausland. Dagegen haben das Reich (ohne Dawes-Anleihe und ohne mobilisierte Reparationsverpflichtungen) rund 22 %, die Länder rund 25 % und die Hansestädte rund 30 % ihrer Anleihebedürfnisse im Ausland gedeckt. Zur Frage der Verwendung der Auslandsmittel bei den Gemeinden genügt hier wohl der kurze Hinweis, daß sie in engster Befolgung der „Richtlinien" und im stärksten Maße produktiv geschehen ist. Rund 95 % sind in werbenden Unternehmungen und Betrieben und in der Vermögensverwaltung investiert worden.

Die geringe Beteiligung der Gemeinden am Auslandskredit hat übrigens die Struktur der kommunalen Verschuldung in überaus nachteiliger Weise beeinflußt. Wenn Kritiker die beträchtliche Höhe der schwebenden Gemeindeschuld zum Gegenstand ihrer Einwände nehmen, so berühren sie sicher einen der schwierigsten Punkte des gemeindlichen Kreditproblems. Man muß aber daran erinnnern, daß die kritische Situation gerade in Verfolg der Abschnürung der Gemeinden von den ausländischen Kreditmärkten entstanden ist. Sicher ist das Anwachsen der kurzfristigen Kredite seit 1927 zu einem erheblichen Teil auf das Ausbleiben schon beinahe gesicherter Auslandsmittel zurückzuführen. Aber von diesem Zusammenhang abgesehen, der schließlich nicht alles erklären kann, was in den letzten drei Jahren vor sich gegangen ist, hat das Problem der schwebenden Kommunalschuld auch sonst in Öffentlichkeit und Presse nicht immer die richtige Bewertung erfahren. Mangels ungenügenden Eindringens in die einzelnen Vorgänge sind durch unzutreffende Beurteilung sogar die unangenehmsten und für diese diffizile Frage nachteiligsten Erschwernisse entstanden. Von Anfang an sind Angaben über die Höhe der kurzfristigen Kommunalschuld stark übersteigert worden. Schon 1927 sprachen ernsthafte Stellen von Beträgen um rund 3 Milliarden RM. Für derartige Übertreibungen mit ihren höchst schädlichen Auswirkungen gab es vielleicht solange Entschuldigungen, wie eine amtliche Statistik noch fehlte. Merkwürdig jedoch, daß sich auch heute die Übersteigerungen fortsetzen, und zwar bedauerlicherweise durch eine falsche oder ungenaue Weiterverwendung der amtlichen statistischen Unterlagen. Gegenwärtig hört man wieder da und dort, daß die kurzfristige Kommunalschuld mehr als 3 Milliarden RM betrage, ja, man schätzt vereinzelt noch kühner auf 3½ und sogar auf 4 Milliarden RM. Nichts von alledem trifft zu. Die kurzfristige Schuld der Kommunen beträgt nicht mehr als 1,7—1,8 Milliarden RM, und was sonst genannt wird, ist entweder völlig aus der Luft gegriffen oder beruht auf einer beinahe schon tragischen Verwechslung. In allen solchen Fällen wird nämlich die Summe der *mittel-* und kurzfristigen Kredite (d. s. alle Schulden mit einer Laufzeit bis zu *zehn* Jahren), die am 30. Juni 1930 in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und den Gemeindeverbänden 2,62 Milliarden RM und in sämtlichen Gemeindekörperschaften etwa wenig mehr als 3,0 Milliarden RM beträgt, als Betrag der kurzfristigen Kommunalschuld weiterverbreitet. Offenbar verleitet dazu die Reichsstatistik, die eine Trennung nach mittelfristigen und nach kurzfristigen Krediten bisher nicht vorgenommen hat. In der üblichen Terminologie gehören zu den kurzfristigen Krediten nur solche, deren Laufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt. So kommt es, daß für die schwebende Schuld der Gemeinden für die kürzeste Zeit Verdoppelungen und noch mehr glaubhaft gemacht werden. Derartige Übertreibungen, sie mögen nicht einmal böswillig sein, haben leider eine sachgemäße Würdigung dieses schwierigen Problems oft genug verhindert. Andererseits ist es nicht etwa so, als ob von kommunaler Seite versucht würde, die Bedeutung der Frage zu verringern. Auch die wirkliche Höhe des kurzfristigen Kommunalkredits birgt Gefahren in sich, die bei nicht genügender Beachtung wieder akut werden können.

Bei einer kritischen Stellungnahme zum kurzfristigen Kommunalkredit müssen auch die großen Zusammenhänge mit der allgemeinen Lage der Kreditmärkte beachtet werden. Ein Blick auf Reich und Länder, ja auf die Privatwirtschaft zeigt, daß die Gemeinden keineswegs allein zu einem beträchtlichen Teil und weit mehr als früher kurzfristige Verpflichtungen haben. In gewissem Umfange ist also der relativ hohe Anteil von Geldmarktmitteln an der Kreditversorgung auf allgemein-wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen, für die der einzelne Kreditnehmer gar nicht einzustehen hat. In Verfolg der Kapitalvernichtung und -verknappung mußten beinahe automatisch die kurzfristigen Geldkapitalien für die Krediteindeckung der Gesamtwirtschaft eine höhere Bedeutung gewinnen als in der Vorkriegszeit. So spiegeln sich in der Struktur des gemeindlichen Schuldenstandes und in dem stärkeren Hervortreten kurzfristiger Kreditbeträge die Bedingungen der deutschen Kapitalmarktlage in der Nachkriegszeit.

Man wird nicht ohne Recht einwenden, daß Erläuterungen noch keine Besorgnisse zu beheben vermögen, die die Höhe der kurzfristigen Kommunalkredite mehrfach ausgelöst hat. Bei näherem Zusehen stellt sich jedoch die Situation nicht so kritisch dar. Die Stetigkeit der kurzfristigen Kredite der Gemeinden fällt nämlich außerordentlich mildernd ins Gewicht. Ohne die Dringlichkeit der Fundierung irgendwie abschwächen zu wollen, sei nur darauf hingewiesen, daß die kurzfristigen Mittel zu erheblichen Teilen aus Quellen stammen (Anstaltskredit, insbesondere kommunale Kreditinstitute, Sparkassen), die ihnen trotz der formellen Kurzfristigkeit einen mehr oder weniger langfristigen Charakter geben. Wenn Gefahren aus der schwebenden Kommunalschuld zu befürchten waren, so betrafen sie niemals den Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite, sondern immer nur gewisse Spitzen, für die nicht die gleichen günstigen Bedingungen vorlagen.

Die Beseitigung von Gefahrenquellen innerhalb des kurzfristigen Kommunalkredites hat sich niemand so

sehr angelegen sein lassen wie die Gemeinden selbst. Durch eine gemeinschaftliche Hilfsaktion sind sie der Entwicklung nachdrücklich entgegengetreten. Seit Ausgang 1929 läuft bekanntlich die *kommunale Konsolidierung,* in deren Verlauf mit Hilfe der kommunalen Kreditinstitute und der Sparkassen schon rund 250 Mill. RM umgeschuldet worden sind. Auch unter den sehr erschwerten Verhältnissen des Winters 1930/31 werden alle Anstrengungen gemacht, um die Schuldenfundierung fortzusetzen und die einmal erzielten Fortschritte zu halten. Schon wenn es gelingt, ein erneutes Ansteigen der kurzfristigen Kredite zu verhindern, wäre das im gegenwärtigen Zeitpunkt ein starker Erfolg.

Die gemeindliche Kreditpolitik in allem verdient nicht die schlechte Note, die ihr des öfteren von nicht genügend unterrichteter Seite erteilt wurde. Die Verhältnisse waren schwierig genug und gelegentlich auch wohl stärker als der Wille, der sich ihnen mit aller Anstrengung entgegenzustellen versuchte. Irgendwie haben die Gemeinden jedoch immer wieder versucht, auch die schwersten Stöße gegen den Kommunalkredit abzufangen. Erst zuletzt ist ihnen das noch wieder durch die großzügige Konsolidierungsaktion gelungen. Im abgelaufenen Jahr waren schließlich eine starke Selbstdisziplin und Zurückhaltung Merkmale der gemeindlichen Kreditpolitik. Vermöge der Kreditausschüsse, die aus der Idee der Selbstverantwortung geboren wurden, ist es ihnen möglich gewesen, eine aufs Ganze gerichtete Anleihepolitik zu treiben. Dabei haben sie zusammen mit anderen öffentlichen Stellen ganz zielbewußt ihre Bestrebungen darauf gerichtet, den erschöpften Kapitalmarkt wieder zum Aufleben zu bringen. Trotz aller Bedrängnis — neuerdings wieder durch das Bleigewicht der Erwerbslosenlasten, die bedrohliche Fehlbeträge entstehen lassen — muß und wird sich der Kommunalkredit durch die gegenwärtige Notzeit hindurchsetzen.

Die marktmäßigen Wirkungen der neuen russischen Agrarpolitik

Von Galina Berkenkopf-Orlow

Während der letzten Jahre hat die Zahl der bäuerlichen Einzelwirtschaften in Rußland stark abgenommen, während die der genossenschaftlich geleiteten Großbetriebe rasch gestiegen ist. Diese Kollektivierung konnte erfolgen, obwohl ihr die unorganisierten Bauern großen Widerstand entgegensetzten. Noch immer kommt dem freien Markt, auf dem die Bauern weit höhere Preise erzielen, eine große Bedeutung zu. Eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Kollektivierungsaktion stellt die bessere Versorgung der Bauern mit Industrieerzeugnissen, besonders auch mit Verbrauchsgütern, dar.

Seit dem vorigen Jahr hat die *Kollektivierung* der russischen Landwirtschaft neues Interesse für die Agrarprobleme der Sowjetwirtschaft hervorgerufen. In zahlreichen Aufsätzen[1]) hat man zu dem großen Umbau in der russischen Agrarwirtschaft Stellung genommen. Im folgenden soll versucht werden, die Begleiterscheinungen und Folgen der russischen Agrarpolitik der letzten Zeit rein marktmäßig zu schildern. Alle betriebswirtschaftlichen und technischen Fragen bleiben außer acht.

Einige Tatsachen müssen allerdings vorher kurz erwähnt werden. Die „Liquidation der Kulaken" und die im Fünfjahresplan in diesem Ausmaß nicht vorgesehene massenhafte Kollektivierung der Bauern sind allgemein bekannt; doch seien einige Zahlen dazu hier angeführt, um das Ausmaß dieser Erscheinung zu illustrieren:

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den UdSSR[2])

	Sowjetgüter	Kolchose	Einzelwirtschaften	Zusammen
1928	3100	33 300	24 531 300	24 567 700
1929	3000	57 000	24 432 400	24 492 400
1930	3000	83 800	20 134 600	20 221 400

Nach diesen Zahlen ist im letzten Jahr die Zahl der Einzelwirtschaften um mehr als vier Millionen zurückgegangen; dagegen vermehrten sich die Kolchose in den zwei Jahren fast auf das Dreifache. Die durch Gegensätze in der Wirtschaftspolitik hervorgerufenen starken Schwankungen der Kolchosenzahl sind bekannt. Die Tatsache des beträchtlichen Rückgangs der individuellen Betriebe bleibt jedoch bestehen.

Nach *Betriebsgrößen* bedeutet dies zunächst eine Annäherung an die Vorkriegsverhältnisse im Gegensatz zu der von der Revolution verursachten starken Parzellierung der Landwirtschaft.

Prozentualer Anteil der größeren Betriebe[3])

	Saatfläche	Brutto-Ernte	Marktproduktion
Vor dem Krieg	34,0	40,5	61,5
1926	7,0	8,6	20.0
1927	5,8	8,0	20,0
1928	5,4	6,0	17,3
1929	6,7	7,5	18,0
1930	32,0	36,0	50—60

Diese Analogie ist jedoch rein äußerlich. Die Eigenart und die volkswirtschaftlichen Folgen der gegenwärtigen „Großbetriebe" und der ganzen Agrarpolitik lassen sich mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit nicht vergleichen.

Neben der Verschiebung in den Betriebsgrößen zeigt die neuere russische Agrarpolitik noch andere charakteristische Züge, von denen uns besonders die sogenannte *Kontrahierung* beschäftigen soll, deren

[1]) Vgl. insbesondere die gute Darstellung bei *O. Schiller: Die Kollektivbewegung in der Sowjetunion.* Berlin 1931.
[2]) *Tschernoff* in „*Planowoje Chosjaistwo*", 1930, Nr. 6.
[3]) *Minajeff* in dem Sammelwerk „*Sozialistischer Umbau der Landwirtschaft der UdSSR zwischen dem 15. und 16. Parteikongreß*". Moskau 1930.

Aufgabe die Überführung möglichst großer Mengen agrarischer Produkte in die Hand des Staates ist.

Eine aktivere Agrarpolitik tritt schon seit dem Jahre 1928 hervor, Hand in Hand mit der Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Die Gründe dafür werden z. T. die offiziell angegebenen gewesen sein, nämlich die Rückständigkeit der russischen Agrarwirtschaft und ihre Unfähigkeit, einem stärker industrialisierten Lande als Produzent und Abnehmer zu genügen. Als Beweis einer immer mehr hervortretenden Disproportionalität zwischen der Industrie und der Landwirtschaft können folgende Zahlen dienen:

Anteil der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtproduktion[4])

	1913		1927/28		1928/29		1929/30	
	Brutto-	Markt-	Brutto-	Markt-	Brutto-	Markt-	Brutto	Markt-
	produktion		produktion		produktion		produktion	
Industrie	42,1	68,8	45,2	71,2	48,7	72,4	53,0	76,0
Landwirtschaft	57,9	31,2	54,8	28,8	51,8	27,6	47,0	24,0

Auch abgesehen von dem stärker hervortretenden Anteil der Industrie soll, „wenn man das Jahr 1928/29 mit dem Jahr 1925/26 vergleicht, die Landbevölkerung um 6,2 %, die städtische um 16 % zugenommen haben, während z. B. die Zahl der Kühe in derselben Zeit nur um 4½ % gestiegen ist“[5]).

Nicht minder bestimmend für ein aktives Eingreifen des Staates dürften die Schwierigkeiten gewesen sein, die sich einer planmäßigen Wirtschaft von der Seite der unorganisierten individuellen Bauernwirtschaften entgegenstellen. Abgesehen von allen politischen Faktoren, entzieht sich der von den Bauern gebildete und gestützte private Markt der staatlichen Einwirkung. Die Preise bei den staatlichen Getreidebereitstellungen wichen im Lauf der Zeit immer mehr von denen des freien Marktes ab. Dies zeigt eine gewissenhafte Untersuchung[6]), der wir folgende Zahlen entnehmen:

Preise für Roggen auf dem freien Markt am 1. Januar 1929

(Staatliche Einkaufspreise = 100)

Zentrales Schwarzerdgebiet..	236.6	Unteres Wolgagebiet	131,9
Wjatkagebiet	183,2	Weißrußland	207,5
Uralgebiet	119,1	Ukraine	200,0
Mittleres Wolgagebiet	252,4	Steppengebiet	384,0

Ähnlich sind die Zahlen für Weizen und Hafer. Außer einer bedeutenden Differenz zwischen den staatlichen und den freien Preisen bestehen starke regionale Schwankungen. Es gab keinen einheitlichen „freien Markt“, sondern nur verschiedene lokale Märkte, deren Preise stark voneinander abwichen. Wenn man damit z. B. die Schwankungen der deutschen Kleinhandelspreise für Weizenmehl vergleicht, so zeigt sich, daß in Deutschland die regionalen Unterschiede erheblich geringer sind, obwohl in Rußland mächtige zentrale Einkaufsbehörden die Preise reguliert hatten. Die Tatsache der starken Abweichung der freien von den regulierten Preisen erschwerte sowohl eine billigere Versorgung der Stadt als auch die Durchführung verschiedener preispolitischer Maßnahmen zur Förderung des Anbaus agrarindustrieller Rohstoffe (durch Festsetzung niedriger Getreidepreise im Verhältnis zu den Preisen von Flachs, Tabak usw.).

Zudem war der Umfang der staatlichen Getreideankäufe ungenügend. Große Mengen Getreide wurden zu den Preisen des freien Markts veräußert oder entzogen sich auf irgendeine andere Weise der Erfassung durch staatliche Behörden. So werden für den Anteil verschiedener Kontrahenten beim Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Bauern folgende Zahlen angegeben[7]):

(Prozent)	Getreide			Alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse		
	Staatl. Handel	Privat-Handel	Private Verbr.	Staatl. Handel	Privat-Handel	Private Verbr.
Januar bis April 1927	60.8	16.6	22.6	30.5	26.4	43,1
April bis Juli 1927	37,1	23,1	39,8	23,5	25,5	51,0
Juli bis Oktober 1927 ..	70,3	14.0	15,7	37,5	24.6	37,9
Oktober bis Januar 1928	66.8	14.5	18.7	37,0	23.5	39,5
Januar bis April 1928 ..	79,4	4,3	16.3	44.8	13.2	42,0
April bis Juli 1928	50,5	7,1	42,4	33,3	14.8	51,9

Der Anteil der staatlichen Handelsstellen beim Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse schwankte also um etwa ein Drittel des gesamten Handelsvolumens. Die staatliche Preispolitik, die bis vor ein bis zwei Jahren als wichtigster Hebel auf agrarpolitischem Gebiet angesehen wurde, konnte nicht den gewünschten Erfolg erzielen, da zwischen den regulierten und den freien Preisen beträchtliche Differenzen bestehen und der Anteil der Marktproduktion an der Gesamtproduktion relativ gering ist. Der größte Teil des Getreides wurde unmittelbar in der Wirtschaft des Bauern verbraucht. Es gibt darüber für das Jahr 1926/27 interessante Zahlen, die den gesamten Umsatz an Getreide zu erfassen suchen[8]):

Art des Umsatzes	Mill. Ztr.	In % der Bruttoernte a. d. Lande
1. Ausfuhr	26	3,4
2. Versorgung der Stadt u. Vorräte b. Handel	62	8,0
3. Verkauf der Produzenten unmittelbar an Städter	9	1,2
4. Interregionaler Handel	22	2,8
5. Lokaler Handel auf dem Lande	33	4,2
6. Verkauf der Produzenten unmittelbar an Bauern	19	2,5
7. Rückzahlung d. Saatvorschüsse an d. Staat	3	0.4
8. Direkter Verkehr zwischen Produzenten in Geldform	52	6,7
9. Direkter Verkehr zwischen Produzenten in Naturalaustausch	11	1,4
10. Wirtschaftlicher u. persönlicher Verbrauch der Produzenten	536	69,3
11. Bruttoernte auf dem Lande	773	100,0
12 Bruttoernte in der Stadt	5	0.6
13. Bruttoernte zusammen	778	100,6
Getreideumsatz 1—9	262	33,9
Die gesamte Marktprodukt. an Getreide (1—6)	171	22.1
Das Getreide auf dem städtischen und dem Weltmarkt	119	15,4

Auf Grund dieser Zahlen könnte man sagen, daß nur etwa 16 % der Bruttoernte zu regulierten Preisen veräußert worden sind, d. h. ungefähr die Hälfte des ganzen gehandelten Getreides. Dieser Anteil war zu gering, um die Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte zu beherrschen und auf diesem Wege den Umfang und die Arten der landwirtschaftlichen Produktion zu bestimmen.

Aus diesem Zustand erklärt sich die Wandlung der russischen Agrarpolitik, deren Zeugen wir in den letzten zwei Jahren gewesen sind.

---

[4]) *„Woprossy Torgowli“*, Jahrg. 1930, Nr. 7/8.
[5]) *„Woprossy Torgowli“*, Jahrg. 1930, Nr. 6.
[6]) *Prosorowskij* in *„Statistitscheskoje Obosrenije“*, Jahrg. 1929, Nr. 2.
[7]) *Kryloff* in *„Statistitscheskoje Obosrenije“*, 1929, Nr. 3. Für die UdSSR ohne Mittelasien und Transkaukasien.
[8]) *Nemtschinoff* in dem Sammelwerk *„Sozialistischer Umbau der Landwirtschaft der UdSSR zwischen dem 15. und 16. Parteikongreß“*. Moskau 1930.

Außer der Kollektivierung — die bisher trotz der Wucht der Regierungsmaßnahmen erst den kleineren Teil der Bauernwirtschaften umfaßt — kommt als eine der wichtigsten Maßnahmen der neuen Politik die schon vorher erwähnte *Kontrahierung* in Betracht. Ihre Bedeutung ist sehr groß, da sie die wichtigste Form ist, in der der Ankauf von den individuellen Bauern (bzw. Dorfgemeinden) und von den Mitgliedern der Kolchose vor sich geht.

Die Kontrahierung, die seit dem Jahre 1928 in größerem Umfang durchgeführt wird, stellt einen Anbau- und Lieferungsvertrag zwischen den staatlichen Organen (Getreidegenossenschaften usw.) und den Kolchosen (bzw. Bauerngemeinden) dar[9]). Der Vertrag erstreckt sich auf seiten des Bauern auf die Durchführung bestimmter Anbauregeln („Agrominimum") und auf Ablieferung eines bestimmten Teils der Ernte zu staatlichen Preisen. Die Verpflichtung des Staates besteht in einem Vorschuß bei der Aussaat (Geld oder Saatgut) und in der Versorgung des Bauern mit industriellen Waren nach Ablieferung des Getreides.

Bei diesen Ablieferungsverträgen sind jedoch die beiden Parteien nicht gleichgestellt, da der Staat außer der rechtlichen Übermacht auch das wirtschaftliche Monopol der industriellen Warenproduktion besitzt. Diese ungleiche Stellung wirkte sich naturgemäß dahin aus, daß die Bauern ihre Produkte abliefern mußten, während die versprochene Versorgung mit industriellen Erzeugnissen teilweise ausblieb oder nur in geringem Maße und mit großer Verspätung stattfand.

Die Bedeutung der Kontrahierung ist in der letzten Zeit rasch gestiegen. Im Jahre 1927/28 wurden erst 6 % der Saatfläche, im Jahre 1928/29 dagegen schon 20 % von ihr erfaßt. Im Frühling 1930 sollen es bereits 60 % der Saatfläche bei Winter- und 90 % bei Sommergetreide gewesen sein. Für das Jahr 1931 ist die Erfassung der ganzen Saatfläche bei Sommergetreide in Aussicht genommen (für die wichtigsten Gebiete). Bei den agrar-industriellen Rohstoffen war die Bedeutung der Kontrahierung von Anfang an durchweg größer, da der Mangel an diesen Waren die Regierung schon früher zu einer intensiven Förderung des Anbaus und zu einer vollständigeren Erfassung der Ernten zwang[10]).

Der Staat gewährte bei der Getreidekontrahierung durchschnittlich 8 bis 10 Rubel je ha Vorschuß; die Ablieferung an Getreide sollte mindestens den Gegenwert des doppelten Vorschusses betragen und nicht später als zwei Monate nach Beginn der Ernte erfolgen[11]). Auf diese Weise sollte ein bestimmter Betrag für den Staat gesichert werden.

Durch Kollektivierung und Kontrahierung hat der Staat bei der Getreidebereitstellung gewaltige Machtmittel in die Hand bekommen. Ein Vergleich mit dem vorigen Jahre gibt folgendes Bild[12]):

Die Art der Getreidebeschaffung

(Prozent)	1929/30	1930/31*)
aus Sowjetgütern	2,4	8,0
„ Kolchosen	9,1	42,1
„ der Vermahlungsabgabe	13,3	11,1
„ „ Rückzahlung des Saatvorschusses	—	2,3
„ „ Kontrahierung bei Einzelbauern	19,4	24,4
„ sonstigen Quellen	55,8	12,1
Insgesamt	100,0	100,0

*) Schätzung.

Wir sehen in diesem Jahre einen gewaltigen Umschwung. Der kollektivierte Teil hat das Übergewicht. Wenn man die mehr oder minder zwangsmäßigen Abgaben der Sowjetgüter, Kolchosen, kontrahierten Einzelbauern usw. zusammenzählt, ergeben sich mehr als 80 % der gesamten Getreidebereitstellungen, während dieselben Posten im vorigen Jahre nur 44,2 % ausmachten. Dabei bedeuten diese relativen Zahlen absolut noch viel mehr, da die Planzahl für Getreideeinziehung in diesem Jahr die des vorigen Jahres beträchtlich überschreitet. Der Gesamtwert aller landwirtschaftlichen Ankäufe des Staates soll nämlich von etwa 2 Milliarden Rbl (im vorigen Jahre) auf 3 Milliarden steigen, die Getreidemenge auf 24 Mill. t. Es sollen also etwa 20 Mill. t Getreide durch die Verpflichtung zur Ablieferung eingezogen werden. Der Ankauf dieser gewaltigen Mengen erfordert naturgemäß außerordentlich große Mittel, obwohl er zu den niedrigen staatlichen Preisen erfolgt. Schon die Lagerung einer den Bedarf so sehr übersteigenden Getreidereserve, eines Sicherungsfonds, stellt ein totes Kapital dar, dessen Kosten bei einer anderen Organisation dem Staat erspart werden könnten. Aber auch der Ankauf und die in den Kontrahierungsverträgen zugesicherte Versorgung mit industriellen Waren stellt an den staatlichen Handel (Getreide- und Konsumgenossenschaften) Anforderungen, denen er absolut nicht gewachsen ist. Die Unkosten für den Ankauf sind im Jahre 1930 weit höher als im Vorjahr; sie betragen 1,5 Rbl je Zentner frei Waggon gegen 0,96 Rbl im vorigen Jahr[13]). Dazu kommen die Transport-, Lagerungs- und Verteilungskosten, die ebenfalls nicht gerade niedrig veranschlagt werden dürfen und zusammen wohl den an die Bauern gezahlten Betrag erreichen werden.

Zahlreiche Schwierigkeiten ergeben sich auch aus der Notwendigkeit, das Dorf mit industriellen und sonstigen Konsumwaren im Austausch gegen die landwirtschaftlichen Produkte zu versorgen. Als Vermittler dient die Genossenschaft mit ihrem Handelsapparat. Es ist aber verständlich, daß der schwerfällige staatliche (bzw. genossenschaftliche) Verteilungsapparat gegen große Schwierigkeiten zu kämpfen hat. So sagte ein russischer Fachmann[14]) schon 1929 im Zusammenhang mit der Kollektivierung, daß der private Handel von dem staatlichen im Jahre 1929/30 in dem Maße verdrängt worden sei, wie dies erst im letzten (1932/33) Jahre des Fünfjahresplans vorgesehen werde; dennoch seien die Kapitalinvestitionen auf demselben Niveau geblieben. Aber schon aus den Zahlen der Krediterteilung der Staatsbank

[9]) Vgl. die Schilderung bei *Schiller: Die Kollektivbewegung in der Sowjetunion.*

[10]) Deshalb werden die gesamten Anbauflächen von Baumwolle, Tabak, Sojabohnen, 80 % der Zuckerrüben und 50 % des Flachses erfaßt.

[11]) *Tschernow* in „*Woprossy Torgowli*", 1930, Nr. 1.

[12]) „*Ekonomitscheskaja Shisjn*" vom 27. September 1930.

[13]) *Nurinoff* in „*Woprossy Torgowli*", 1930, Nr. 3/4.

[14]) *Fischhändler* in „*Woprossy Torgowli*", 1929, Nr. 1.

im letzten Sommer geht eine stärkere Beanspruchung durch die Genossenschaften hervor (am 1. Januar 1930: 751,7 Mill. Rbl, am 1. September 1439,1 Mill. Rbl). Zu den größten Schwierigkeiten des Umbaus der Landwirtschaft in der letzten Zeit gehört die Aufgabe, zum Austausch gegen die ungeheuer gewachsenen Getreideankäufe die nötigen Mengen an Waren in richtiger Zusammensetzung bereitzustellen. In der Heranschaffung des notwendigen Quantums industrieller Waren liegt die wichtigste Voraussetzung für eine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und für ihre Veräußerung durch die Bauern. Bisher ist diese Aufgabe von dem staatlichen (genossenschaftlichen) Handel nicht annähernd gelöst worden. Bei den täglichen Meldungen über den Erfolg der Getreideablieferungs-Kampagne hört man viel seltener davon, wie sich die andere Seite der Kontrahierungsverträge — Belieferung der Bauern mit den notwendigen industriellen Erzeugnissen — gestaltet hat. Aus Pressemeldungen kann man jedoch mit Sicherheit entnehmen, daß der Staat in diesem Fall seine Verpflichtung dem Bauern gegenüber viel weniger erfüllen konnte als der Bauer die seine gegenüber dem Staat. Der Umfang der ins Dorf gelangenden Waren ist äußerst unzureichend, da die Versorgung der Arbeiter in erster Linie berücksichtigt werden muß.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aus dem sogenannten Assortimentproblem. Nach Meldungen der russischen Presse werden dem Bauern teure Mäntel und Anzüge, seidene Wäsche, kosmetische Mittel, Damenlackschuhe und sonstige für ihn unbrauchbare Waren angeboten, während die einfachen und dringend benötigten Gebrauchsgegenstände selten zu finden sind. Die mit größter Energie und Hartnäckigkeit geführte Klassenpolitik auf dem Lande kompliziert die Lage auf diesem Gebiet besonders. Eigentlich müßte den armen Bauern, Kolchosenmitgliedern und ähnlichen von der Agrarpolitik der Sowjets bevorzugten Schichten bei der Ablieferung von Getreide die Möglichkeit geboten werden, viel mehr Waren einzukaufen, als den sonstigen Dorfbewohnern, insbesondere den „Kulaken", die zur Ablieferung von Getreide gezwungen sind und auch keinen Anspruch auf Warenbezug haben sollen. Nun stelle man sich die Schwierigkeiten vor, mit denen der Handelsapparat auf dem Lande zu kämpfen hat! Er soll bei jedem Bauern — und es sind oft, infolge der energischen Durchführung der Getreideablieferungskampagne, lange Wagenzüge der Bauern vor den Ankaufsstellen versammelt — zuerst dessen Klassenzugehörigkeit prüfen und daraufhin den notwendigen Vermerk auf der Empfangsquittung vornehmen.

Die Sowjetgüter und die kollektivierten Betriebe werden aber auch in großem Umfang vom Staate *finanziert*. Alle Maßnahmen für die Förderung besserer Methoden des landwirtschaftlichen Anbaus, für die Versorgung mit Maschinen, für groß angelegte Viehzucht usw. verlangen bedeutende Kapitalien, die von den kollektivierten Bauern allein nicht aufgebracht werden können. Deshalb verschlingt die Finanzierung der Landwirtschaft in der letzten Zeit immer größere staatliche Mittel. In den drei letzten Jahren zeigt die Entwicklung der gesamten Finanzierung der Landwirtschaft folgendes Bild[15]):

(Mill. Rbl)	Eigene Mittel	Budgets regionaler Stellen	Staatshaushalt	Kredite staatlich. Banken	Sonstige Mittel	Zusammen
1928/29	450.0	128,3	508.5	339.0	38,0	1473,8
1929/30	892.0	232.0	1015.0	773.0	160.0	3072,0
1930/31 .... (Plan)	1528,0	267,9	2561,4	1045,3	18,0	5420,6

Die Mittel, die in der Landwirtschaft investiert werden sollen, entstammen also in der Hauptsache den zentralisierten Fonds. Staatshaushalt und Kredite der staatlichen Banken zusammen machten im Jahre 1929/30 1788 Mill. aus von den gesamten 3072 Mill.

Diese gewaltigen Mittel wurden naturgemäß fast ausschließlich in den staatlichen und kollektivierten Betrieben verwendet. Die Ausgaben des Finanzierungsplans setzen sich folgendermaßen zusammen:

(Mill. Rbl)	1929/30	1930/31
Sowjetgüter	990.0	2249.5
Kolchosen u. Traktorenstationen	920.0	2030.0
Produktivgenossenschaften	365,0	243.0
Individuelle Betriebe	251.0	80.0
Sonstiges	546,0	578,1
Zusammen	3072,0	5180,6

Nun ist es aber klar, daß im gesamten Finanzplan der russischen Volkswirtschaft keine freien Mittel im Umfang von mehreren Milliarden vorhanden sind, die für den Umbau der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden könnten. Deshalb gilt es gegenwärtig mehr denn je, *alle Geldmittel des Dorfes zu mobilisieren.* Der Plan der „Mobilisierungskampagne" ist aufgestellt und sollte in den Hauptzügen bereits am 1. Januar 1931 durchgeführt sein. Es sollen im Jahre 1930 2,34 Milliarden Rbl vom Lande eingezogen werden, davon 1,38 Milliarden bis zum Januar 1931. Im Jahre 1931 sollen nach dem Finanzplan 3,5 Milliarden Rbl auf dem Lande „mobilisiert" werden. In der Hauptsache besteht dieser Betrag aus den Einzahlungen bei den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (Anteile, Einlagen und Rückzahlung der Kredite, zusammen 771 Mill. Rbl), aus den Anteilen und Einlagen der Konsumgenossenschaften (450 Mill. Rbl), aus Steuern (300), Versicherungszahlungen (274), Anleihen (225), Selbstbesteuerungen (162), Sparkasseneinlagen (93) und aus Anteilen der gewerblichen Genossenschaften (68 Mill. Rbl). Von diesen Posten sind nur die Steuern und die Versicherungsbeiträge Zwangsbezüge, deren Einzahlung mit Sicherheit zu erwarten ist; sie machen zusammen 574 Mill. Rbl aus. Alle anderen Posten sind mehr oder minder freiwillige Zahlungen; der Erfolg der Mobilisierungskampagne bleibt deshalb unsicher. Am besten fundiert scheint die „Selbstbesteuerung" zu sein, deren Beträge auf Grund eines „freiwilligen" Beschlusses der Dorfgemeinde als Zwangssteuer eingesammelt werden. Sie dürfen zwar nicht 50 % der Landwirtschaftssteuer überschreiten; aber bereits im Plan ist der Betrag mit mehr als 50 % davon eingesetzt. Die neue Steuer ist als eine zusätzliche Besteuerung der wohlhabenderen Bauern gedacht.

[15]) *„Finanssy i Narodnoje Chosjaistwo"* vom 30. September 1930.

Bei dem größten Posten der Mobilisierung, den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, ist nach den bisherigen Erfahrungen eine gewisse Vorsicht geboten. So waren nach Angaben vom 1. April 1930 30 % der erteilten Kredite mit der Rückzahlung im Verzug; davon machten die Kolchose 60 % aus. Es ist aber wahrscheinlich, daß mit der zunehmenden planmäßigen Leitung der Kolchose eine pünktlichere Rückzahlung der Vorschüsse eintritt.

Schlimmer steht es mit der *Anleihezeichnung.* So wurden in der ganzen Union bis zum 1. September 1930 nur 34,87 Mill. Rbl gezeichnet, obwohl im ursprünglichen Plan 150 Mill. Rbl vorgesehen waren. Dabei wurden von dem gezeichneten Betrag nur etwa 40 % eingezahlt. Von dem Betrag wurde (in der RSFSR) die Hälfte von den Kolchosen gezeichnet. Im Vergleich mit dem Ergebnis dieses Jahres scheint also die Planzahl für das nächste Jahr reichlich hoch gegriffen zu sein.

Die Hauptursache der Schwierigkeiten bei der Einziehung der Geldmittel des Dorfes liegt in der mangelhaften Versorgung des Dorfes mit industriellen und sonstigen Konsumwaren von seiten des staatlichen Handels. Der Bauer, dessen lebensnotwendigster Bedarf ungedeckt bleibt, ist somit auf die Versorgung des „freien“ Markts, des Schleichhandels, auf den Naturalaustausch mit der Stadt angewiesen. Dieser Markt erfordert aber wegen der viel höheren Preise entsprechend größere Geldmittel. So erklärt es sich, daß die Berechnungen der amtlichen Statistik über die dem Bauern nach Befriedigung seines Warenbedarfs zur Verfügung stehenden Geldbeträge, auf denen sich auch der „Mobilisierungs“plan stützt, viel zu hoch angesetzt werden. Denn der Rubel ist hierbei nach seiner Kaufkraft im staatlichen Handel bemessen, während sich die Kaufkraft tatsächlich zum großen Teil nach den viel höheren Preisen des freien Markts richtet. So ist es den Bauern nicht möglich, größere Summen als Sparkapital bei den staatlichen Stellen anzulegen, statt sie zu konsumieren.

Die Verdrängung des privaten Handels hat die Lage in dieser Beziehung nicht erleichtert. Es tritt hier noch ein Umstand hinzu: Infolge der verschiedenen natürlichen Bedingungen sind in Rußland bestimmte Gebiete nicht nur beim Bedarf an industriellen Erzeugnissen, sondern auch bei der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten auf andere Gebiete angewiesen. Wegen der verschiedenen Entfernungen divergieren die Preise der Lebensmittel sehr stark. In dieser Hinsicht einen Ausgleich zu schaffen, wird durch die Ausschaltung des privaten Handels stark erschwert.

Das ist ein weiterer Grund dafür, daß der Bauer nur mit den äußersten Mitteln genötigt werden kann, seine flüssigen Geldmittel als Kapital anzulegen, statt sie zu behalten oder als Warenvorräte zu horten. Einen Beweis dafür liefert uns die Presse, die täglich von dem „Raffertum“ in den Kolchosen berichtet, wenn die Bauern bestrebt sind, einen möglichst großen Teil der Produktion zu behalten oder auf dem freien Markt zu veräußern, wo sie viel höhere Preise erzielen können. Das aber ist verboten und wird bestraft. Sogar ein unter den Bedingungen des Dorflebens derart natürlicher und unbedeutender Handel wie der Verkauf von Leder an kleine Kustari (Gerber, Schuster) wird als rechtswidrig bezeichnet; denn alle Überschüsse, soweit sie verkauft werden, sollen in die Hand des Staates gelangen. Eine Regulierung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte ist jedoch viel schwieriger durchzuführen als entsprechende Maßnahmen in der Stadt. Die zwangsweise Kapitalbildung, die in der Stadt durch Monopolpreise, Anleihen, Förderung der Spartätigkeit leicht durchzusetzen ist, stößt auf dem Lande auf viel größere Schwierigkeiten. Das Problem von der Seite der Produktion anzupacken, um durch Vermehrung der Marktproduktion den Umfang des „Sozialprodukts“ zu vergrößern, ist eine Aufgabe der Staatsgüter und Kolchose. Die andere Seite aber — den Absatz dieser Marktproduktion und die Verwendung der Geldmittel des Bauern zu regulieren — scheint uns eine ebenso schwierige Aufgabe zu sein wie die Kollektivierung. Der „natürliche“ Weg hierfür wäre eine Vermehrung der dem Bauern im Austausch angebotenen Waren oder eine Produktionssteigerung in den entsprechenden Industriezweigen, um dem Bauer durch die Befriedigung seines wichtigsten Bedarfs die Möglichkeit und den Anreiz zur Kapitalbildung zu geben und die Bedeutung des privaten Marktes für das Dorf zu verringern.

Glossen

Wendung in der Entwicklung der Reichsfinanzen?

Trotz der aus saisonmäßigen und konjunkturellen Gründen außergewöhnlich gesteigerten Arbeitslosenlasten hat der *Januar 1931* für das Reich nicht ungünstiger abgeschlossen als der Januar 1930 (vgl. die Tabelle in Nr. 10, S. 497). Der Einnahmenüberschuß, der im ordentlichen Haushalt regelmäßig im Januar zu verzeichnen ist, war sogar etwas höher als vor einem Jahr. Der *kassenmäßige* Fehlbetrag des Ordinariums belief sich für die ersten zehn Monate des Rechnungsjahrs auf rund 280 Mill. RM. Er wird zweifellos im Februar und März noch eine Erhöhung erfahren; immerhin fließen in diesen Monaten dem Ordinarium noch zwei große Beträge zu, die im Februar fällig gewesene Rate der Aufbringungsumlage und der größte Teil des Erlöses aus dem Verkauf von Reichsbahn-Vorzugsaktien an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Das *etatsmäßige* Bild wird freilich ungünstiger sein als der Kassenabschluß; denn abweichend von der vorjährigen Entwicklung werden aus dem Rechnungsjahr 1930 namhafte Ausgabenreste in das folgende Etatsjahr übernommen werden. Gleichwohl darf man sagen, daß

die fortschreitende Verschlechterung der Finanzlage des Reichs in den letzten Monaten zu einem gewissen Stillstand gekommen ist. Leider verspricht dieser Zustand nicht von Dauer zu sein; der Verlauf der Etatsberatung für 1931 hat gezeigt, daß man in den maßgebenden Regierungskreisen noch weit davon entfernt ist, zu einer gesunden Finanzgebarung zurückzukehren. Insbesondere mit dem Osthilfegesetz hat man den Reichsfinanzen eine Last aufgebürdet, die über ihre Tragfähigkeit weit hinausgeht. Die in den letzten Monaten zu beobachtende Tendenz des Reichsfinanzministeriums, in erster Linie für die Liquidität der Reichskasse Vorsorge zu treffen — ein an sich zu begrüßendes Bemühen —, leistet leider solchen verschwenderischen Neigungen Vorschub, denn zweifellos sind gefüllte Kassen nicht geeignet, die Begehrlichkeit der Ressorts wirkungsvoll einzuschränken. Ende Januar betrugen die greifbaren flüssigen Mittel des Reichs über 200 Mill. RM. Die Finanzierung des März-Ultimo dürfte mit diesem Betrag und mit den Finanzierungsaktionen der letzten Wochen (neben der Diskontierung der Vorzugsaktien-Erlöse Neubegebung von halb- und einjährigen Schatzanweisungen) sichergestellt sein.

Neue Rußlandgeschäfte unter Reichsbürgschaft

Nach monatelangen Erörterungen über die Entwicklung und Möglichkeiten des deutschen Rußlandgeschäfts und nach Vereinbarungen zwischen dem unter Führung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft stehenden Kreditkonsortium und der Golddiskontbank über die Bereitwilligkeit dieses Instituts, Rußland-Lieferungen der deutschen Industrie in erweitertem Umfang zu finanzieren, haben siebzehn Großindustrielle von einer Reise nach Rußland für rund 300 Mill. RM Auftragszusagen der russischen Wirtschaftsbehörden heimgebracht. Diese Zusagen sind an die Bereitwilligkeit der deutschen Wirtschaft und der Reichsregierung gebunden, die Kreditaktion zur Förderung des Rußland-Geschäfts, die im Jahre 1926 eingeleitet wurde und Ende dieses Monats abgewickelt sein wird, zu erneuern. Von der früheren Aktion soll sich die neue im wesentlichen dadurch unterscheiden, daß die den Russen einzuräumenden Zahlungsfristen im Durchschnitt um etwa sechs Monate verlängert werden. Vom Standpunkt Rußlands ist der Wunsch nach neuen deutschen Krediten begreiflich; denn ein halböffentliches Bankinstitut wie die Golddiskontbank wird kaum in irgendeinem anderen Lande imstande sein, den Russen gleich günstige Kreditkonditionen zu bieten. Nach den offiziösen Verlautbarungen besteht die Absicht, von der Golddiskontbank Akzepte aus dem Rußland-Geschäft mit 6 % diskontieren zu lassen, so daß sich zuzüglich der Bankspesen (⅛ % je Monat) für die Finanzierung Gesamtkosten von etwa 7½ bis 8 % jährlich ergeben werden. Vor kurzem bedangen noch Russenwechsel auf dem freien Markt in Deutschland einen Diskont von bis zu 20 %. Vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft aus ist eine Wiederholung der Aktion von 1926 ebenfalls erwünscht. Außerhalb des Bezirks der offiziellen deutschen Agrarpolitik hat man sich in Deutschland im allgemeinen noch genug Einsicht bewahrt, um zu erkennen, daß Deutschland und die volkreichste Nation Europas auf die Dauer nicht in einem Wirtschaftskrieg leben können, weil Rußland billiges Holz, billiges Getreide und nicht sinnlos überteuerten Flachs zu verkaufen in der Lage ist (vgl. die nächste Glosse). Die Verhandlungen der siebzehn Prominenten in Moskau waren von der Überzeugung getragen, daß auf die Dauer eine Intensivierung des deutsch-russischen Warengeschäfts im Interesse beider Nationen liege, und aus manchen Äußerungen der russischen Interessenten darf man vielleicht die Hoffnung schöpfen, daß es nicht gelingen wird, von der Agrarpolitik her die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu stören und die deutsche Roggenpolitik bis zum Zusammenbruch des mit Rußland abgeschlossenen Meistbegünstigungsvertrags zu treiben. Ist schon die den deutsch-russischen Wirtschafts- und Kreditverhandlungen zugrunde liegende Erkenntnis von der Verflochtenheit der beiden Wirtschaften und den großen Aufgaben, die Deutschland bei der Entwicklung der produktiven Kräfte Rußlands erfüllen kann, zu begrüßen, so gilt dies nicht zuletzt auch von dem *Zeitpunkt*, in dem die Erwägungen über den Ausbau des deutschen Rußland-Geschäfts zu konkreten Ergebnissen geführt haben. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß das deutsch-russische Kreditgeschäft von 1926 Hunderttausenden deutscher Arbeiter in der damaligen kritischen Lage Arbeit gegeben hat. Es ist nur logisch, daß man sich dieser Erfahrung fünf Jahre später entsann und so zu dem Projekt eines neuen Rußlandkredits gelangte, das nunmehr den behördlichen Stellen vorliegt. Wenn wir auch grundsätzlich Subventionsmaßnahmen zur künstlichen Ausfuhrförderung skeptisch gegenüberstehen, so ist doch nicht zu bestreiten, daß der Einsatz öffentlicher Garantien für die Förderung des deutschen Rußlandgeschäfts ein beinahe zwangsläufiges Ergebnis der Eigentümlichkeit der russischen Wirtschaftspolitik und der deutsch-russischen Beziehungen ist. Nachdem die deutsche Regierung das gegenwärtige russische Regime politisch anerkannt hat, bedeutet die Garantie für Rußland-Lieferungen gewissermaßen nur die Umprägung dieses Anerkenntnisses in bankmäßig verwertbare Formen. Bereits in den Jahren 1929 und 1930 hat man stillschweigend durch die Übernahme von Reichsgarantien über die 1926 in Aussicht genommenen Beträge hinaus der Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung Rechnung getragen. Das hat sich in einer günstigen Bewegung der deutschen Ausfuhr nach Rußland ausgewirkt. Wenn die neuen Garantien in dieser Hinsicht den gleichen Erfolg haben werden, so werden sie sich — auch fiskalisch — bezahlt machen.

Russisches Dumping

Der Begriff des Dumping ist keineswegs geklärt. Der herrschenden Meinung entspricht die Auslegung, die Prof. Viner in einem Gutachten für den Völkerbund gab: sie erblickt in dem Verkauf auf dem Weltmarkt unter den Inlandspreisen den Tatbestand des Dumpens. Eine andere, gleichsam subjektivistische Erklärung fügt dem Tatbestand hinzu, der Verkäufer müsse die Absicht verfolgen, den Markt, auf dem er dumpt, zu zerrütten. Erfüllt nun der russische Export von Getreide, Holz, Zucker — um von einigen weniger wichtigen Waren abzusehen —, über den gegenwärtig soviel geklagt wird, die Be-

dingungen des Dumpens? In der Hauptsache dienen die Verkäufe Rußlands auf dem Weltmarkt dazu, Gelder zu beschaffen, um dafür andere Waren zu kaufen. Bei der Organisation des russischen Außenhandels spielen natürlich politische und wirtschaftspolitische Motive eine erhebliche Rolle; vielleicht spricht auch der Wunsch mit, den kapitalistischen Staaten Ungelegenheiten zu bereiten. Der subjektivistische Tatbestand des Dumping wäre somit gegeben. Nur darf man nicht vergessen, daß die Russen nicht die einzigen sind, die Dumping treiben. Das deutsche Einfuhrscheinsystem z. B. ist im Sinne der Vinerschen Definition unzweifelhaft echtes Dumping; dasselbe gilt von den Verkäufen der deutschen Eisen-Industrie auf dem Weltmarkt, ebenso von den angekündigten Verkäufen des Bundesfarmamts auf dem Weizenweltmarkt: dieses Amt verwahrt sich zwar (genau wie die anderen eben bezeichneten Kreise) entrüstet gegen den Vorwurf, es wolle dumpen oder es habe gedumpt, aber der Unterschied zwischen dem Weltmarktpreis und dem inneramerikanischen Getreidepreis ist aktenkundig. Daß diese Gruppen nicht die Absicht haben, den Weltmarkt zu zerrütten, wird man ihnen zugestehen dürfen; allerdings zeigt jede, sich über längere Zeiträume erstreckende Marktübersicht, daß sie und andere, ähnlich vorgehende Kreise den Markt — wahrscheinlich sehr gegen ihren Willen — gelegentlich kräftig erschüttert haben. Sogar für die Russen ist eigenartigerweise die Frage nach dem animus iniuriandi nicht ohne weiteres zu beantworten. Der jüngste Fall z. B., der Verkauf russischen Zuckers nach Indien, ist zu Preisen erfolgt, die angesichts der Umstände die Absicht einer Marktzerrüttung mindestens nicht deutlich erkennen lassen. Der russische Kristallzucker ist schlechter als der javanische Superieur, er ist vor allem auf dem indischen Markt nicht eingeführt. Trotzdem hat Rußland zu der Zeit, zu der Java zu etwa 8 Gulden je 100 kg verkaufte, 7 s 3 d für den cwt erzielt, also (unter Nichtberücksichtigung abweichender Bedingungen) etwa denselben Preis. Das gilt für die ersten drei Schiffsladungen. Der Preis, der dann für 100 000 Tonnen erzielt wurde, ist nicht bekannt; selbst wenn er etwas niedriger gewesen wäre — bei der gesamten Marktlage und bei einem so großen geschlossenen Posten wäre es zu verstehen. Um schließlich noch einige Beispiele von den Getreidemärkten zu geben: Die Russen verkauften im Februar 1930 (Preisangaben nach Rotterdamer Fachberichten) Roggen zu etwa 8 Gulden cif Skandinavien, in einer Zeit, in der ungarischer Roggen zu 8,20 à 7,90 cif, wahrscheinlich cif Nordsee, also mit billigeren Frachten, angeboten war. Gleichzeitig erzielten die Russen für ihren Weizen 12¾ Gulden cif Rotterdam; Manitoba II ging damals mit 13 Gulden, Barletta mit 11 Gulden um. Mitte April war deutsch-polnischer (d. h. polnischer) Roggen mit 6 Gulden, ungarischer mit 7 Gulden, russischer mit 7½ Gulden auf dem Markt. Für Anfang September gibt dieselbe Quelle die Preise russischen Weizens mit einer sehr breiten Spanne, nämlich zwischen 8¼ und 10¾ Gulden an, den Preis für Hardwinter I und II zwischen 9,15 und 9,30 Gulden. Der letzte Bericht von Ende Februar nennt für Manitoba I einen Preis von 7,30 Gulden, für russischen Weizen 5,80 bis 6 Gulden, für Bahia Blanca 5,85 Gulden. Für Hardwinter werden gleichzeitig 6,50 Gulden gefordert. Es zeigt sich also, daß die Russen, die selbstverständlich Wert darauf legen, bei ihren Verkäufen möglichst viel zu erlösen, bestrebt sind, für ihre Waren Weltmarktpreise zu erzielen. Schwieriger noch als die Frage, ob der „subjektivistische" Tatbestand des Dumpens gegeben sei, ist die Frage zu beantworten, wie sich die russischen Inlandspreise und Exportpreise zueinander verhalten. Es ist nicht einfach, einem westeuropäischen Unternehmen oder Verband Dumping nachzuweisen. Im Falle Rußland ist aber das Problem deshalb besonders kompliziert, weil es sich überhaupt nicht um eine Marktwirtschaft, sondern um ein planwirtschaftlich aufgezogenes Gebilde handelt, das über Hoheitsrechte (vor allem Steuerrechte) verfügt, also in seiner Preisbildung ganz anderen Gesetzen folgt als die privatkapitalistische Welt. Es läßt sich sogar darüber streiten, ob auf eine derartige Wirtschaft der konkurrenzwirtschaftliche Begriff des Dumping überhaupt anzuwenden sei. Das ist freilich ein terminologisches Problem, dessen Entscheidung nichts daran ändert, daß zwar das Vorhandensein eines unter starkem Verkaufszwang stehenden Anbieters die Tendenz der betreffenden Märkte drückt, daß aber dem russischen Dumping bei weitem nicht die Bedeutung zukommt, die ihm aus politischen Gründen vielfach zugeschrieben wird.

Englischer Finanzzolltarif
Ein Vorschlag von Keynes

Wie Prof. Gregory vor einiger Zeit im Magazin der Wirtschaft (vgl. Nr. 2, S. 103) ausführte, ist dem englischen Freihandel besonders der Abfall der Intellektuellen gefährlich. Von dieser Seite tauchen immer wieder bedenkliche Projekte auf, die zwar kritischer Betrachtung nicht standhalten, die aber die Verwirrung in den Köpfen steigern. So hat *John Maynard Keynes*, der mit den protektionistischen Tendenzen sympathisiert, dieser Tage im „Wirtschaftsdienst" (Nr. 10) den Vorschlag gemacht, England solle einen „Finanzzolltarif" einführen, d. h. es solle auf alle fertigen und halbfertigen Waren 15 %ige, auf gewisse Rohstoffe und auf alle Lebensmittel 5 %ige Wertzölle legen. Dieses System hätte in Kraft zu bleiben, bis „die Weltmarktpreise den Stand von 1929 wieder ereichen", d. h. in Wirklichkeit bis zum Nimmerleinstag. Keynes verspricht sich davon zunächst die Sanierung der englischen Staatsfinanzen; diese Zölle sollen jährlich 50—75 Mill. £ bringen. „Wo würden die Finanzen anderer Länder stehen", fragt Keynes, „wenn sie keine Zolleinnahmen hätten?" Dabei zieht er nicht in Betracht, daß es in England ein wohlausgebautes System von Finanzzöllen gibt und daß in allen Ländern die Zolleinnahmen zu wesentlichen Teilen auf den echten Finanzzöllen beruhen. Aber handelt es sich bei dem Keynesschen Vorschlag wirklich um Finanzzölle? Offensichtlich nicht, denn Keynes selbst nimmt an, daß sie „zu einer Ersetzung früher importierter Güter durch heimische Erzeugnisse" führen könnten, ja, er erwartet sogar eine Erhöhung des inländischen Beschäftigungsgrads! Keynes übersieht — ein grundlegender Irrtum —, daß Zölle, die auf Waren erhoben werden, die das Land selbst produziert, keine Finanzzölle mehr sind. Zölle dieser Art fördern nämlich die Inlandserzeugung

mit dem Ergebnis, daß die Importe und damit die Zolleinnahmen zurückgehen. Jeder Finanzzoll auf solche Waren wirkt wie ein Schutzzoll. Wird ein „Finanzzoll“ auf Waren gelegt, deren Überschuß ohnehin exportiert wird, so verfehlt er freilich seine protektionistische Wirkung; dafür vermindert sich das Einkommen der betreffenden Produzenten, und zwar um den Betrag, um den sich ihre Ausgaben (produktiver und konsumtiver Natur) durch die glücklicheren Produzenten zugute kommenden „Finanzzölle“ erhöhen. Das Ergebnis ist eine Schwächung der Industrien, die über — im klassischen Sinne — „natürliche“ Produktionsvorteile verfügen, und eine Stärkung der Industrien, die bisher in ihrer Entwicklung gehemmt waren, kurz und gut jene Verkrüppelung der nationalen Produktion, wie wir sie in Deutschland an viel zu vielen Stellen unseres Wirtschaftslebens beobachten können. Wir glauben, daß die Befolgung des Keynesschen Vorschlags England nur schaden würde, ja, daß der Schaden Englands schließlich größer sein würde als der Schaden der übrigen an der Weltwirtschaft beteiligten Nationen, gegen die Keynes zufolge „die englische Regierung in Gestalt eines Zolltarifs eine sehr hohe Karte in der Hand hat“. Gleichwohl sollten die Nationen, die mit England im Warenaustausch stehen, Schaden, der auch ihnen bei einem Übergang Englands zum Protektionismus erwachsen würde, dadurch abzuwenden suchen, daß sie selbst sich in ihrer Handelspolitik Mäßigung auferlegen. Die Aufforderung der britischen Regierung an eine Reihe kontinentaler Staaten — darunter auch Deutschland —, die Ermäßigung und Fixierung gewisser Tarifpositionen zu erörtern, gibt eine erwünschte Gelegenheit, den protektionistischen Strömungen in England entgegenzutreten.

Raus aus dem Roggen, rin in den Roggen!

Der *Roggenzoll* ist in der vergangenen Woche von 150 auf 200 RM je Tonne erhöht worden. Diese Zollerhöhung hat ihre besondere Vorgeschichte und eine symptomatische Bedeutung. Ein deutsches Konsortium unter Führung der Firma Kampffmeyer erwarb in Rotterdam 135 000 t russischen Roggen, den gesamten dort noch lagernden Restbestand, zu einem Preise von rund 8 Mill. RM. Bei dem bis zum 6. März geltenden Roggenzoll von 150 RM hätte dieser russische Roggen nach Deutschland importiert werden können, denn die Preisdifferenz von knapp 20 RM je Tonne hätte etwa dem Qualitätsunterschied entsprochen. Nun wird zwar vom Reichsernährungsministerium seit August vorigen Jahres die Auffassung vertreten, daß gegen Ende des Erntejahrs in Deutschland eine Roggenknappheit entstehen werde, und noch vor wenigen Wochen hat der Reichsernährungsminister seine „Roggenlogik“ verteidigt, auch wenn sie sich nicht in den Roggenpreisen ausgewirkt habe. Man könnte also annehmen, daß eine Roggeneinfuhr erwünscht wäre. Der großen „Gefahr“, daß der russische Roggen nach Deutschland käme, galt es aber rechtzeitig durch Zollerhöhung einen Riegel vorzuschieben. Diese Maßnahme steht im Widerspruch zu der eben gekennzeichneten Auffassung, die das Reichsernährungsministerium hinsichtlich der Marktlage für Roggen vertritt. Aber in diesem Fall scheint die Logik zwar verteidigt, aber selten beobachtet zu werden. Die Zollerhöhung ist auch vom Standpunkt der deutschen Agrarpolitik aus unverständlich. Wünscht man ernsthaft eine dauernde Einschränkung des Roggenanbaus, so wird man das Preisideal von 230 RM je Tonne aufgeben müssen. Hält man aber an diesem Ideal fest, so wird der angekündigte „Reichsbestellungsplan“ undurchführbar. Dabei ist es gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig, den Blick auf die *Zukunftsaussichten des Roggenmarkts* zu richten. Allein infolge der Anbaueinschränkung, die für das neue Anbaujahr vorgenommen wurde, wird die deutsche Roggenernte im Jahre 1931 nicht über 7,5 Mill. t hinausgehen können. Dazu kommt, daß vor allem in Ostdeutschland die Anwendung künstlichen Düngers stark zurückgegangen ist. Es ist deshalb anzunehmen, daß in diesem Jahr bereits 7 Mill. t als eine sehr befriedigende Roggenernte anzusehen wären. Eine Ernte in dieser Höhe deckt aber nur knapp den normalen Roggenbedarf. Der übliche Rückgang des Roggenpreises zu Beginn des nächsten Erntejahrs wird also schwerlich eintreten; vielmehr ist mit einer langsamen, aber stetigen Steigerung zu rechnen. Genau umgekehrt wird voraussichtlich die *Entwicklung des Weizenpreises* sein. Hier wird eine beträchtlich vergrößerte Produktion auf den Markt drängen. Es besteht demnach die Wahrscheinlichkeit, daß sich Roggen- und Weizenpreis kreuzen werden. Im Anfang des Erntejahrs dürfte der Roggenpreis über den Weizenpreis steigen. Unter diesem Eindruck würde dann die Herbstbestellung 1931 das im Jahre 1930 Erreichte wieder rückgängig machen; die Roggenanbaufläche würde wieder steigen, die Weizenanbaufläche zurückgehen. Damit wäre die Einführung eines Roggenanbauzyklus erreicht. Die jüngste Roggenzoll-Erhöhung ist ein weiterer Schritt auf diesem Wege. Hinter dem harmlosen Aspekt eines Kampffmeyer-Geschäfts und seiner Bekämpfung taucht die Problematik unserer ganzen Agrarpolitik auf.

Verhandlungspause des Roggen-Ausschusses

Man schreibt uns: „Nach vorübergehendem Anlauf zu größerer Lebendigkeit ist das Arbeitstempo des Ausschusses zur Untersuchung der Roggenstützung schon in den letzten beiden Wochen wieder recht gemächlich geworden. Jetzt steht, wie verlautet, eine größere Verhandlungspause bevor; sie wird damit begründet, daß die im Ausschuß vertretenen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, das Bedürfnis hätten, den Anfang der Reichstagsferien zu einem kräftigen Agitationsfeldzug im Lande auszunutzen. Was haben diese von allen Seiten gewünschten Verhandlungen bisher an tatsächlichen Aufschlüssen erbracht? Wenig genug. Man hat den Kauf der GIC-Aktien bis in seine Einzelheiten aufgeklärt — ein auch in der letzten Nummer des MdW als dankenswert bezeichnetes Unternehmen, das nur leider nicht die Hintergründe der Roggenstützung von 1929 und 1930 aufklärt —, man hat die Gehaltsbezüge des Roggenkommissars untersucht und man hat schließlich festgestellt, daß die Handhabung der Geschäfte in der deutsch-polnischen Roggenkommission für den Ruf des deutschen Roggens im Ausland mindestens nicht nützlich, wahrscheinlich schädlich gewesen ist. Aber auf die bewußt einseitigen Darlegungen über die Roggenpolitik der letzten anderthalb Jahre, die der Minister Schiele und der Roggenkommissar Dr.

Baade in der ersten Ausschußsitzung gaben, ist man bisher noch nicht mit einem Wort eingegangen. So wird im günstigsten Fall wohl der Mai herankommen, ehe die eigentliche Untersuchung beginnt, und ihre Ergebnisse werden keinesfalls zu dem Zeitpunkt vorliegen, in dem über die Getreidepolitik im allgemeinen, die Roggenpolitik im besonderen für das kommende Jahr entschieden werden muß. Man mag der politischen Zielsetzung des Ausschusses jedes Zugeständnis machen; nach der bisherigen Art seiner Arbeit ist er sachlich ein glatter Versager. Die ersten Wochen, in denen er noch das Ohr der Öffentlichkeit hatte, vergeudete er mit Nebendingen und es ist mehr als fraglich, ob es ihm in späterer Zeit und für wichtigere Dinge gelingen wird, sich ihrer Aufmerksamkeit erneut zu versichern. Das ist bedauerlich, denn die deutsche Roggenpolitik bedarf dringend einer baldigen Durchleuchtung im Kreuzverhör und unter Eid: das zeigen ihre ‚Erfolge', deren letzter ein Zoll von mehr als 300 % des Weltmarktpreises war."

Ein Werksspionage-Prozeß

Im Anschluß an seinen Artikel „Der Schutz des Betriebsgeheimnisses" (MdW Nr. 2 und 3) schreibt uns Herr Rechtsanwalt Dr. *Arno Blum:* „Der Werksspionageprozeß, von dem kürzlich die Zeitungen berichteten, verdient in hohem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Nicht allein das Urteil ist beachtenswert, sondern der ganze Verlauf des Prozesses ist typisch für die juristische und kriminalistische Behandlung derartiger Fälle. Zeitungsnachrichten zufolge war dies der Sachverhalt: Die Spiralbohrerfabrik Stock & Co. in Marienfelde besitzt Öfen zum Härten hochlegierter Stähle. Die Konstruktion dieser Öfen ist durch Patent nicht geschützt; die Firma hielt sie jedoch offenbar geheim. Stock & Co. wurden eines Tages von der Ofenfabrik Schilde Härteöfen angeboten, deren Konstruktion mit der der Stockschen Öfen genau übereinstimmte. Die angebotenen Öfen waren nach Angaben der Firma Rohde & Dörrenberg in Düsseldorf gebaut worden. Der Verdacht lag nahe, daß die letztgenannte Firma auf irgendwelche Weise die Geheimkonstruktion von Stock & Co. erkundet hatte. Man stellte fest, daß drei Angestellte, ein Chemiker, ein Werkmeister und ein Schlosser, vor einiger Zeit aus den Diensten der Firma Stock & Co. ausgeschieden und zu Rohde & Dörrenberg übergegangen waren. Die Konkurrenzfirma zu belangen, war zunächst nicht möglich, weil man noch keine Unterlagen zum Beweis der Werksspionage besaß. Man stellte also gegen die drei früheren Angestellten Strafantrag und veranlaßte Staatsanwaltschaft und Polizei, bei den Beschuldigten Haussuchungen vorzunehmen. Diese Haussuchungen, die also auf Grund eines bloßen Verdachts vorgenommen wurden, förderten angeblich belastendes Material, Tabellen, Zeichnungen und Photographien, zutage. Es wurde Anklage erhoben, die Staatsanwaltschaft bejahte das Vorliegen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung — und schließlich wurden die drei Angestellten vom Schöffengericht freigesprochen, weil die so sorgsam gehütete, wertvolle Geheimkonstruktion gar kein Geheimnis war. Angeblich ist sie schon in der ältesten technischen Fachliteratur beschrieben. Nun geht das Reichsgericht in der Annahme eines Betriebsgeheimnisses viel weiter, und so besteht durchaus die Gefahr, daß das Urteil in der Berufungs- oder Revisionsinstanz aufgehoben wird. Man wird abwarten müssen, ob sich der Staatsanwalt oder die Firma Stock & Co. als Nebenklägerin bei dem Freispruch beruhigen oder gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung einlegen werden. Von dem endgültigen Ergebnis des Strafprozesses wird es vermutlich auch abhängen, ob Stock & Co. einen Zivilprozeß gegen Rohde & Dörrenberg anstrengt oder nicht. Welche Rolle diese Firma bei der ganzen Angelegenheit gespielt hat, ist nicht recht geklärt; hat sie die Angeklagten angestiftet oder hat sie ihr Tun nur stillschweigend geduldet, ohne Näheres wissen zu wollen? Auf jeden Fall hat sie die Früchte aus dem zweifelhaften Tun der Angeklagten gezogen. Betriebsgeheimnisse werden bekanntlich um deswillen gegen Verrat und Verwertung geschützt, weil sie dem Unternehmen im Wettbewerb einen Vorsprung gegenüber den Konkurrenten sichern. Der wahre Feind ist der Konkurrent, der das Geheimnis erfährt und für sich ausnützt; die eigentlichen Verräter, die Angestellten, sollen nur als Helfer des Konkurrenten erfaßt werden. Nun aber die Praxis: Verraten wurde nach den Feststellungen des Schöffengerichts etwas allgemein Bekanntes, was also dem Unternehmen keinen wettbewerblichen Vorsprung sichern konnte. Ein Schaden ist durch die Mitteilung dieses vermeintlichen Betriebsgeheimnisses an die Konkurrenz ebenfalls nicht entstanden. Sicherlich haben die angeklagten Angestellten ihre Treupflicht gegenüber der früheren Firma verletzt und ihren Verträgen gröblich zuwider gehandelt; sie verdienen alles eher als unsere Sympathie. Aber strafbar haben sie sich nicht gemacht. Wenn gerade im Hinblick auf derartige Fälle, die zwar zivilrechtlich, aber nicht strafrechtlich faßbar sind, von vielen Seiten eine Verschärfung der Strafbestimmungen und eine Erweiterung der strafbaren Tatbestände zum Schutz gegen Werksspionage und Geheimnisverrat gefordert wird, so kann dem dennoch nicht beigestimmt werden. Denn eine Schädigung oder auch nur Gefährdung des Unternehmens ist nicht eingetreten, weil gar kein Geheimnis vorlag. Der wahre Schuldige, der Nutznießer, dem verraten wird, wird doch nicht getroffen. Und wenn die Angeklagten, die letzten Endes nur Werkzeuge des Konkurrenzunternehmens sind, auch vorläufig der Verurteilung entgangen sind; die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Strafverfahrens mit allen seinen Nebenerscheinungen, Haussuchungen, Presseerörterungen usw., sind mit dem Freispruch kaum aus der Welt geschafft. Hier liegt das große Bedenken gegen die gegenwärtige gesetzliche Regelung, die keinen unbedingten Schutz dagegen bietet, völlig unschuldige Personen in ein Strafverfahren mit allen seinen nicht wieder gutzumachenden Nebenwirkungen zu verwickeln. Polizei und Staatsanwaltschaft sind gar nicht in der Lage, festzustellen, ob überhaupt Betriebsgeheimnisse in Frage stehen. Sie sind völlig auf die Angabe der anzeigenden Firma angewiesen. Und wie nahe die Möglichkeit einer unrichtigen und irrtümlichen Beurteilung liegt, hat ja der gegenwärtige Fall deutlich gezeigt. Die Gefahren für das Unternehmen sind gering im Vergleich zu der Bedrohung, die eine Verschärfung der geltenden Bestimmungen für weiteste Volksschichten, besonders aber Arbeiter und Angestellte mit sich bringen würde."

Gehaltsminderung bei Kurzarbeit von Angestellten

Herr Prof. Dr. *Heinrich Hoeniger* stellt uns die folgende Glosse zur Verfügung: „Das Reichsarbeitsgericht hat in dem wichtigen Urteil vom 20. Dezember 1930 die Möglichkeit grundsätzlich bejaht, bei Kurzarbeit das tarifmäßige Monatsgehalt der Angestellten im Wege der Einzelvereinbarung zu kürzen. Es muß jedoch beachtet werden, daß in dem von der letzten Instanz entschiedenen Fall besondere Umstände die sofortige Durchführung der Kurzarbeit mit Gehaltsminderung gestattet haben.

1. Prinzipiell bedeutsam ist die Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts zu der Streitfrage: Ist das im Tarifvertrag festgelegte Monatsgehalt so unabdingbar, daß es auch bei verkürzter Arbeitszeit vollständig gezahlt werden muß? Der Tarifvertrag sieht für die Angestellten gewöhnlich eine 48stündige Wochenarbeit vor. Die Frage ist deshalb auch in folgender Weise formuliert worden: Hat der Angestellte Anspruch auf die tarifvertraglich vorgesehene 48 Stunden-Arbeit und demgemäß in jedem Falle auf die Entlohnung dafür? Das Reichsarbeitsgericht hat beide Fragen mit folgenden Ausführungen verneint: Das Monatsgehalt des Angestellten ist ebenso wie der Stundenlohn des Arbeiters Gegenleistung für geleistete Arbeit. Wenn im Tarifvertrag die regelmäßige Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche festgesetzt ist, so ist das Monatsgehalt Entgelt für eine diesem Maße entsprechende Arbeitsleistung. Es würde dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung widersprechen, wenn der Tarifvertrag das Entgelt für die monatliche Arbeitsleistung ohne Rücksicht auf ihren Umfang festsetzen wollte. Soll dies geschehen, so muß es in dem Tarifvertrag unzweideutig zum Ausdruck gebracht sein. Die ungleiche Länge der Monate sowie die verschiedene Zahl der Feiertage in den verschiedenen Monaten beweist nicht, daß das Monatsgehalt von dem zeitlichen Umfange der Arbeitsleistung überhaupt unabhängig ist. Das volle Monatsgehalt wird gewährt, wenn der Angestellte die in diesen Monat fallenden regelmäßigen Arbeitstage voll gearbeitet hat. Durch den Tarifvertrag wird demnach das Monatsgehalt nur bei Leistung der tarifmäßig festgelegten regelmäßigen Arbeitszeit, nicht aber umgekehrt ein Recht auf Ableistung dieser Arbeitszeit garantiert.

2. Die Besonderheit des vom Reichsarbeitsgericht entschiedenen Falls liegt in folgendem: Der Kläger, der seit 1914 Kontorist bei der Beklagten (Brennaborwerke) war, hat im Jahre 1920 einen Anstellungsvertrag unterschrieben, auf Grund dessen im Fall einer Arbeitsstreckung ohne vorherige Ankündigung die Bezüge entsprechend gekürzt werden können. Der Arbeitgeber brauchte also in diesem Fall nicht zu kündigen. Er konnte vielmehr auf Grund des Anstellungsvertrags von 1920 die proportionale Gehaltskürzung durch einseitige Erklärung zum Inhalt des nunmehr veränderten Einzelarbeitsvertrages machen. Damit ist eine sehr wichtige Frage ausgeschieden. In allen Fällen, in denen sich in den besonderen Einzelanstellungsverträgen diese oder eine ähnliche Klausel nicht findet, muß der Arbeitgeber zum Zwecke der Herbeiführung veränderter Arbeitsbedingungen zunächst kündigen und einen neuen Arbeitsvertrag mit verkürzter Arbeitszeit und vermindertem Gehalt anbieten. Bei älteren Angestellten müssen insbesondere die Fristen des Kündigungsschutzgesetzes gewahrt werden. Wenn dies im Falle der Brennaborwerke nicht notwendig war, so beruht das eben auf dem Vorbehalt im Anstellungsvertrag von 1920. Wenn zum Zweck der Kurzarbeit mit Gehaltsminderung gekündigt werden muß, so sind vom Arbeitgeber grundsätzlich alle Kündigungsvorschriften und Beschränkungen zu beachten.

3. Das Reichsarbeitsgericht spricht nicht allgemein aus, daß sich etwa das tarifliche Monatsgehalt automatisch prozentual im Verhältnis zur verkürzten Arbeitszeit mindert. Im gegebenen Falle war dies nicht notwendig, weil es in der Abmachung von 1920 vorgesehen war. Das Gericht läßt anscheinend jede Einzelvereinbarung im Fall der Kurzarbeit zu. Am 20. Dezember 1930 ist in einem anderen in schriftlicher Begründung noch nicht vorliegenden Urteil ein solcher Einzelarbeitsvertrag für gültig erklärt worden. Einer Angestellten, die bisher mehr als 200 RM bezog, war für nur halbtägige Beschäftigung ein Gehalt von 100 RM angeboten worden. Sie hatte sich schließlich damit einverstanden erklärt. Nach den vorläufigen Berichten ist auch dieser Einzelvertrag als gültig angesehen worden. Unentschieden ließ das Gericht, ob nicht bei allgemeiner Einführung der Kurzarbeit mit Gehaltskürzung der Angestelltenrat das Recht hat, nach § 78, 2 des Betriebsrätegesetzes eine Betriebsvereinbarung zu erwirken.

4. Zusammenfassend ist zu sagen: Der bekannte Grundsatz der Unabdingbarkeit hindert bei tariflich festgelegtem Monatsgehalt dessen Minderung im Falle der Arbeitszeitkürzung nicht. Für die Durchführung dieser Gehaltsminderung lag der Fall Brennaborwerke besonders günstig. Wie sonst zu verfahren ist, kann nur im Einzelfall beurteilt werden. Es dürften gerade in den gewöhnlichen Fällen (in denen kein besonderer Anstellungsvertrag mit Vorbehalt für Arbeitsstreckung vorliegt) noch mancherlei Fragen zu klären sein."

Versicherungs-Sparbriefe der Allianz

Eine neue, den besonderen Zeitumständen angepaßte Form der Lebensversicherung bringt die *Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG* in Gestalt eines „Versicherungs-Sparbriefs" heraus. Gegen eine einmalige Prämie von 100 RM wird eine Versicherung in Höhe von 160 RM gewährt, die spätestens nach zehn Jahren, bei früherem Tod des Versicherten sofort zur Auszahlung kommen. Beim Tode des Versicherten im ersten Jahr nach Abschluß der Versicherung wird allerdings nur der eingezahlte Betrag zurückvergütet; eine ärztliche Untersuchung ist nicht nötig, nicht einmal eine Erklärung über den Gesundheitszustand wird vom Versicherten gefordert. Der Versicherungs-Sparbrief zerlegt gewissermaßen die normale Lebensversicherung unter erleichternden Bedingungen in Einzelteile und befreit gleichzeitig die Gesellschaft von dem sehr hoch gewordenen Risiko des Storno, mit dem ein großer Aufwand an Verwaltungskosten, Provisionen usw., aber auch Ärger und Mühe verbunden sind. Es kommt noch hinzu, daß jede Lebensversicherung, zu deren Stornierung der Versicherungsnehmer gezwungen ist, bei diesem ein bitteres Gefühl hinterläßt, zumal in den ersten Jahren des Bestandes der Versicherung ein Rückkaufswert nicht oder kaum vorhanden ist. Der Versicherungs-

Sparbrief ist die Kleinlebensversicherung mit Einmalprämie, bei der es dem Versicherungsnehmer offensteht, je nach der Entwicklung seiner Einkommens- oder Sparmöglichkeiten weitere derartige „Briefe" zu erwerben. Der Mann mit kleinem Einkommen legt gewissermaßen mit jedem Brief 160 RM „auf die hohe Kante". Der Verzicht auf ärztliche Untersuchung verbilligt das Verfahren, der Verzicht auf Erklärung über den Gesundheitszustand erhöht die Bequemlichkeit des Kaufs, wobei sich die Versicherungs-Gesellschaft nur dadurch vor Mißbrauch schützt (indem z. B. für einen Schwerkranken auf dessen bald erwartetes Ableben hin gewissermaßen ein Spekulationsgeschäft gemacht wird), daß im ersten Jahr der Versicherungsdauer lediglich die Einmalprämie zurückvergütet wird; in diesem Fall verzichtet, offenbar um der Popularität der neuen Versicherungsart nicht zu schaden, die Allianz auf Abzüge für Verwaltungskosten und Agentenprovision, sie trägt diese Lasten vielmehr selbst. Jeder, der noch nicht über 50½ Jahre alt ist, soll Versicherungs-Sparbriefe bis zu 10 000 RM erwerben können. Die Allianz will indes diese neue Art der Versicherung auch unter dem Gesichtspunkt der *Kapitalanlage* gewertet wissen. Sie zeigt den Versicherten, daß bei einer 4 %igen Verzinsung binnen zehn Jahren 100 RM zu 148 RM, bei einer 5 %igen zu 163 RM anwachsen. Es fragt sich, ob die Kapitalanlage im Versicherungs-Sparbrief unter den für die nächsten zehn Jahre zu erwartenden Zinsverhältnissen einen Anreiz bietet. Es ist wohl nicht unwahrscheinlich, auch bei sonstiger langfristiger Anlage innerhalb der nächsten zehn Jahre durchschnittlich 5 % zu erzielen, wobei allerdings der Versicherungsnehmer zu beachten hat, daß die volle Versicherungssumme bereits im zweiten Jahr nach Kauf des Versicherungs-Sparbriefs fällig werden kann. Rein rechnerisch ist somit die Frage, ob sich dieser „Brief" als Kombination von Versicherung und Kapitalanlage in jedem Fall empfiehlt, nicht ohne weiteres zu beantworten. Sicherlich aber ist die neue Versicherungsart geeignet, dem Versicherungs- und Spargedanken in recht großen Kreisen Raum zu schaffen, die heute für eine normale Lebensversicherung wegen der Unsicherheit der Aussichten auf „Durchhalten" weniger als in der Vorkriegszeit in Frage kommen.

Günstige Abschlüsse der gemischten Banken

Auf Grund eines alten Privilegs vereinigen in Bayern einige Institute noch immer den Betrieb einer Kreditbank mit dem einer Hypothekenbank. Die größten von ihnen sind die *Bayerische Hypotheken- und Wechselbank* und die *Bayerische Vereinsbank.* Im abgelaufenen Jahr hat sich diese Mischung, übrigens nicht zum erstenmal, recht gut bewährt. Während das eigentliche Kreditbankgeschäft auch bei diesen Instituten recht schwierig war, lieferte das Realkreditgeschäft unter dem Einfluß der Geldflüssigkeit der ersten Hälfte des Jahres ziemlich günstige Ergebnisse. Unter diesen Umständen kann, wie vor kurzem die Bayerische Hypothekenbank, so jetzt auch die Bayerische Vereinsbank in München-Nürnberg anscheinend ohne Mühe ihre *10 %ige Dividende* aufrecht erhalten, obwohl in der *Bankabteilung* vorweg „erhebliche Beträge zu den unvermeidbaren Abschreibungen und Rückstellungen" gekürzt werden mußten. Demgemäß erscheinen hier Zinsen nur mit 5,71 (6,10) und Provisionen mit 5,38 (5,13) Mill., also zusammen um 0,14 Mill. niedriger. Dafür ergab sich in der *Hypothekenabteilung* eine Steigerung des Nettozinsgewinns auf 3,76 (3,41) und der Provisionen auf 1,41 (1,38) Mill., also um insgesamt 0,38 Mill. Der Reingewinn erscheint trotzdem mit 4 (4,03) Mill. etwas niedriger, da die Unkosten infolge höherer Steuern etwa 0,25 Mill. mehr erforderten. Er ermöglicht nach Ausschüttung der 10 %igen Dividende auf die 30 Mill. Aktien wieder eine Dotierung der Hypothekenreserve mit 0,50 und des Pensionsfonds mit 0,30 Mill. Der Vortrag erhöht sich auf 0,45 (0,40) Mill. Auch im üblichen Kreditgeschäft hat sich nach Ansicht der Bank die *Besonderheit des bayerischen Geschäfts* bewährt. Die in Bayern überwiegenden kleinen und mittleren Kredite verursachen zwar ein Mehr an Arbeit und Spesen, bergen aber ein geringeres Risiko. In der Bilanz haben sich die Kreditoren mit 204 (212) Mill. leicht verringert, was zum Teil auf der *Abwanderung von kurzfristigen Einlagen in die Pfandbriefanlage* beruht und insofern der Bank wieder zustatten kam. Der Umlauf an Pfandbriefen konnte auf 375 (310) Mill. gesteigert werden. Der Umlauf an Kommunalobligationen, der sich nur von 8,94 auf 10,82 Mill. erhöht hat, spielt bei dem Institut von jeher keine besondere Rolle. Bei den Anlagen fällt eine Erhöhung der *Wertpapiere* auf 40 (25,81) Mill. auf, die in der Hauptsache auf Zugängen von fest verzinslichen Werten beruht. Eigene Emissionen machten hiervon 7,20 Mill. aus. Wechsel, fast ausschließlich Warenwechsel, sind mit 23,63 (44,42) Mill. stärker zurückgegangen, Debitoren mit 139,51 (145,63) Mill. dagegen nur leicht gesunken. Entsprechend der Entwicklung des Obligationenumlaufs sind die Hypotheken auf 386 (332), die Kommunaldarlehen auf 12,25 (11,15) Mill. angewachsen. Die *Bilanzsumme* des Instituts hat sich auf 669 (609) Mill. erhöht und damit eine ebenso starke Ausdehnung erfahren wie 1929. Der Umsatz stieg auf 13,74 (13,26) Milliarden.

„Unterbewertete Aktien"

Eine allzu intensive, öffentliche Beschäftigung einer Verwaltung mit dem Kurs der eigenen Aktien galt bisher als nicht ganz angemessen. Entsprechenden Mitteilungen haftete immer etwas Fragwürdiges an. Um so überraschender mußte es wirken, daß kürzlich durch ein offiziöses Telegraphen-Büro unter dem Anschein einer Verwaltungsmitteilung über den Kurs der Aktien der *Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft,* also eines der größten deutschen Versicherungsinstitute, eines Unternehmens von internationalem Rang, mitgeteilt wurde, „der Aktienkurs sei bisher entsprechend der allgemeinen Schwäche der Börse stark unterwertet gewesen; eine Steigerung der Kurse erscheine daher gerechtfertigt und erklärlich in Anpassung an günstigere Börsenverhältnisse und die nahe bevorstehenden Dividendenzahlungen". Eine derartige öffentliche Stellungnahme muß Bedenken erregen. Kapitalisten, die daraufhin die Aktien der Gesellschaft kaufen und die jetzt erweckten Hoffnungen auf Kurssteigerung etwa nicht erfüllt sehen sollten, werden mit Recht die Verwaltung verantwortlich machen. Davon abgesehen, erhebt sich die Frage, was die Leitung der Gesellschaft veranlaßt haben kann, mit einer solchen Erklärung hervorzutreten oder sie zuzulassen. Die

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft hat ein Kapital von 20 Mill. RM, das mit 30 % eingezahlt ist. Seit der Katastrophe der Favag ist ganz allgemein ein sehr starker Rückfluß von Versicherungsaktien zu beobachten gewesen, besonders jener Versicherungsaktien, die nur teilgezahlt sind, bei denen also noch eine Haftung für ausstehende Kapitaleinzahlungen besteht. Diese Art von Versicherungsaktien ist besonders unbeliebt geworden, seitdem in manchen Fällen Einzahlungen eingefordert werden mußten. Nun kommt allerdings bei der Aachener und Münchener Feuer, die hochrentierend und eine der bestgeleiteten Versicherungsfirmen Deutschlands ist, eine Einzahlung auf das Aktienkapital nicht in Betracht. Aber das Publikum unterscheidet nicht genügend; auch hat sich in den letzten Jahren als Folge der Kapitaleinforderungen bei verschiedenen Gesellschaften, wie auch der Versicherungszusammenbrüche, die teilgezahlte Versicherungsaktie als wenig beliebt und nicht sehr geeignet zur Anlage in Vermögensverwaltungen usw. erwiesen. So mag auch in den Aktien der Aachener und Münchener Feuer ein stärkerer Rückstrom, wie überall, eingetreten sein, der die nach Ansicht der Verwaltung bestehende Unterbewertung an der Börse herbeiführte. Es ist in den letzten Jahren schwierig gewesen, die zurückfließenden Aktien aufzufangen, ohne den Kursdruck allzu scharf werden zu lassen; vielfach hat man in Kreisen der Assekuranz diese Aktien selbst übernommen oder in Konzerntochterfirmen eingelegt, zum Teil unter Darlehnsgewährung an diese. Natürlich kann dieses an sich nicht sehr erwünschte Verfahren der Intervention nicht unbegrenzt fortgesetzt werden. Daher wohl auch jetzt die Versuche, durch öffentliche Hinweise auf Unterbewertung an der Börse den Aktienrückstrom aufzufangen oder ihm gegenüber Nachfrage hervorzurufen. Zur Erreichung dieses Ziels sollten indes andere Wege gesucht werden.

Konzentration in der chemischen Industrie Italiens

Wie in einer Reihe anderer Länder, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, in England und vor allem in Deutschland, hat sich in Italien um die Mitte des vergangenen Jahrzehnts ein Konzentrationsprozeß in der chemischen Industrie vollzogen. Eine Besonderheit der italienischen Entwicklung war, daß hier im Gegensatz zu den Industrien anderer Staaten eine Trennung zwischen organischer und anorganischer Chemie stattfand. Auf dem Gebiete der anorganischen Chemie herrschte die Montecatini-Gruppe, während die organische Chemie von der 1925 durch Verschmelzung der Farbstoffwerke Bonelli und Società Italica per Materie Coloranti mit den Sprengstoffwerken von Sipe Cengio entstandenen *„Acna“ (Aziende Chimiche Nazionali Associate)* betreut wurde. Dieses Unternehmen diente vor allem der Produktion von Kohlenteerfarbstoffen, Zwischenprodukten und Sprengstoffen, von Erzeugnissen also, die für die italienische Rüstungsindustrie von hervorragender Bedeutung sind. Sein Leiter, Direktor *Panzarasa*, trieb eine recht unvorsichtige Expansionspolitik; er überzahlte die Firmen, die in den Konzernen aufgenommen wurden, und versäumte es, dem Unternehmen eine gesunde finanzielle Basis zu geben. Das Kapital, das sich bei der Gründung auf 30 Mill. Lire belief, wurde allmählich auf 126 Mill. erhöht; der Versuch, es im März 1929 auf 200 Mill. Lire zu bringen, mißlang. Jetzt steht die Acna vor dem *finanziellen Zusammenbruch.* Die Folge wird sein, daß die Trennung zwischen organischer und anorganischer Chemie in der italienischen Industrie beseitigt wird. Der Montecatini-Konzern, der eine viel vorsichtigere und erfolgreichere Finanzpolitik befolgt hat als die Panzarasa-Gruppe, wird das Unternehmen durch Übernahme der Farbstoffbetriebe wenigstens teilweise sanieren, er wird es aber auch gleichzeitig derart aufteilen, daß die Acna danach wohl nur noch ein Schattendasein führen wird. Denn für die Sprengstoffbetriebe hat die Montecatini kein Interesse; sie sollen aus der Acna-Gruppe herausgenommen werden und wahrscheinlich in irgendeiner Form der unmittelbaren Kontrolle des italienischen Staates unterworfen werden. Daß sich die *I. G. Farbenindustrie AG an der Transaktion der Montecatini-Gruppe beteiligt*, ist durchaus nicht so sicher, wie es in der Presse vielfach behauptet wird. Freilich liegt eine solche Beteiligung nahe. Der Montecatini-Konzern ist im Farbengeschäft ohne Erfahrung, während die I. G. es besser kennt als irgendein anderes chemisches Unternehmen. Zudem besteht anscheinend in Italien eine gewisse Neigung, sich die deutsche Mitarbeit bei der Entwicklung junger Wirtschaftszweige zu sichern; man denke an die Zusammenarbeit der Vereinigte Aluminiumwerke AG mit der Montecatini-Gruppe in der Aluminiumproduktion. Wenn also auch die Nachricht, daß im Farbengeschäft eine Kooperation angebahnt wird, richtig ist, so muß man doch zumindest damit rechnen, daß sich die Verhandlungen noch einige Zeit hinziehen werden.

Englands Zahlungsbilanz im Jahre 1930

Für England bedeutet die Zahlungsbilanz weit mehr als für irgendein anderes Industrieland, weil kein anderes Land in gleicher Weise in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die in der Zahlungsbilanz zum Ausdruck kommen, eingeflochten ist. Trotzdem arbeitet die amtliche englische Zahlungsbilanzaufstellung stärker noch als die mancher anderen Länder mit zum Teil sehr unsicheren Schätzungen, kann also nur als ein recht roher Anhaltspunkt für die Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung dienen. Die gegenüber der Vorkriegszeit wie auch gegenüber den vorausgegangenen Jahren ständig *wachsende Passivität der Handelsbilanz* ist die Resultante der steigenden Einfuhr einerseits, der sinkenden Ausfuhr andererseits (an dem „Volumen“ gemessen). Es ist weniger verwunderlich, daß England bei dieser Situation unter einer nun schon mehr als zehn Jahre dauernden „strukturellen“ Arbeitslosigkeit leidet, als daß trotzdem der englische Lebensstandard über dem Vorkriegsstand liegt und sich offenbar auch noch in den letzten Jahren — mit Ausnahme vielleicht des vergangenen Jahres der Weltkrise — gebessert hat. Aber auch die Erklärung hierfür findet ihren Ausdruck in Symptomen der Zahlungsbilanz. Während in der Vorkriegszeit jährlich ein Kapitalbetrag im Ausland neu investiert wurde, der den Einnahmen aus überseeischen Investitionen fast gleichkam, sind gegenwärtig *die Auslandsinvestitionen zugunsten der inländischen Kapitalinvestitionen* bedeutend zurückgegangen. Die Einnahmen aus auswärtigen Investitionen

dienen heute zahlungsbilanzmäßig zur Bezahlung des Importüberschusses, volkswirtschaftlich zur Finanzierung des englischen binnenwirtschaftlichen Kapitalbedarfs. Trotz einer gegenüber der Vorkriegszeit mutmaßlich verminderten Kapitalbildung, trotz stärkeren Kapitalbedarfs der öffentlichen Körperschaften, liegen die industriellen Investitionen wahrscheinlich über denen der Vorkriegszeit. In dieser Umsteuerung des Kapitalstroms liegt vielleicht die Lösung sowohl für das „Rätsel der englischen Zahlungsbilanz“ als auch für das Rätsel, daß dieses Land trotz des Verlustes wichtiger Absatzmärkte, trotz anhaltender Arbeitslosigkeit in wichtigen Wirtschaftszweigen seine Produktion steigern, seinen Lebensstandard heben und bisher eine so überaus kostspielige Versorgung seiner Erwerbslosen durchhalten konnte. Allerdings legen die Zahlen für 1930 auch Zeugnis von den besonderen Wirtschaftsschwierigkeiten dieses Jahres ab. Da trotz der erwähnten Umsteuerung des Kapitalstroms wohl immer noch rund 100 Mill. £ im Ausland investiert wurden, konnte die Abdeckung dieses Betrages bei gleichzeitiger — wenn auch minimaler — Verstärkung der im Vorjahr geschwächten Goldreserve nur mittels *kurzfristiger Auslandsverschuldung* erfolgen. Es ist nicht bekannt, wieweit hierbei im Vorjahr gebildete kurzfristige Auslandsforderungen mit herangezogen werden konnten. Die Schwierigkeiten der englischen Wechselkurspolitik dürften eine Folge dieser Situation sein. Obwohl gegenüber den offenkundigen Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft die günstigen Entwicklungskomponenten vielfach übersehen werden, zeigt doch gerade diese jüngste Zahlungsbilanz sehr deutlich, daß England binnenwirtschaftlich wie außenwirtschaftlich noch nicht ein neues Gleichgewicht gegenüber der veränderten Weltmarktlage gefunden hat.

(Mill. £) [1]	1913	1928	1929	1930
Sichtbare Posten:				
Überschuß der Wareneinfuhr	146	352	382	387
Überschuß der Edelmetalleinfuhr (+) bzw. -ausfuhr (—)	+ 12	+ 6	— 16	+ 5
Handelsbilanz (Einfuhrüberschuß) ..	158	358	366	392
Unsichtbare Posten:				
Überschuß der Einnahmen aus Regierungszahlungen	.	15	24	21
Überschuß der Schiffahrtseinnahmen	94	130	130	105
Überschuß der Einnahmen von Kommissionen[2])	25	65	65	55
Überschuß der Einnahmen aus überseeischen Investitionen	210	270	270	235
Überschuß der Einnahmen aus sonstigen Quellen	10	15	15	15
Einnahmeüberschuß insgesamt	339	495	504	431
Verfügbar für überseeische Kapitalanlagen	181	137	138	39

[1]) Ohne Berücksichtigung der Geldwert-Änderungen. — [2]) Einschließl. kurzfristiger Bankgeschäfte. — *Quelle:* Board of Trade Journal.

Australien in der Inflation

Man schreibt uns: „Seitdem die australische Devisenzwangswirtschaft zusammengebrochen ist (vgl. MdW, Nr. 4, S. 216), sind drei Ereignisse eingetreten, die erneut eine Vorstellung von den großen Schwierigkeiten geben, in denen sich die australische Wirtschaft befindet. Neu-Südwales hat die Zahlungen auf seine Anleihen eingestellt, die oberste Bundes-Arbeitsschlichtungs-Behörde hat sich für eine 10 %ige Senkung des Lohnniveaus ausgesprochen, und die Premierminister-Konferenz hat in aller Form den Beschluß gefaßt, offiziell zur Inflation überzugehen. Die erste Maßnahme ist allerdings für den inner-australischen Lastenausgleich von größerer Bedeutung als für die Gläubiger. Denn der Entschluß des Regierungschefs von Neu-Südwales, Mr. Lang, auf die Auslandsanleihen vorläufig überhaupt nichts zu zahlen und die inneren Staatsschulden mit 3 % abzufertigen, zwingt nach den bestehenden staatsrechtlichen Bindungen (Financial Agreement Validation von 1929) den Bund, der die Anleihegarantie übernommen hat, einzuspringen. Aber auch darüber hinaus gehen von Neu-Südwales akute politische Gefahren aus. So wurde die Drohung ausgesprochen, sich wieder autonom zu machen, eine Idee, die anscheinend auch bei einigen anderen Bundesmitgliedern — Tasmanien, Queensland, Westaustralien — Anklang gefunden hat. Auf der Premierminister-Konferenz im Februar hatte Mr. Lang den Vorschlag gemacht, generell so zu verfahren, wie er es nach Ablehnung seines Sanierungsplans durch seine Kollegen nunmehr selbständig getan hat: keine Zinsen nach London zu zahlen, so lange man dort die australischen Anleihen schlechter behandelte als die englischen Kriegsschulden gegenüber den Vereinigten Staaten. Natürlich ist die Parallele gewaltsam konstruiert, weil es sich im australischen Fall um Verpflichtungen handelt, die erstens nur zum geringen Teil in der Kriegszeit und zweitens Privaten und nicht dem Staat gegenüber eingegangen worden sind. Aber die Situation ist so verzweifelt, daß man für Logik nicht mehr empfänglich zu sein scheint. Lang hat sogar noch viel gefährlichere Pläne aufgestellt. Da die freie Goldwährung in Australien doch nicht mehr funktioniert, ist er auf den Gedanken gekommen, auch noch die bestehenden Reste abzuschaffen. Das ganze international verbreitete Vokabularium der Verfechter der nationalen Autarkie steckt in seinen Ausführungen, von den hungernden Australiern, die darben müssen, damit das internationale Kapital auf seine Kosten kommt, und von der Notwendigkeit einer neuen Währung, die „Neuer Goldstandard“ heißen soll, weil sie — lucus a non lucendo — eine Abkehr vom Goldstandard bringt und auf den „australischen Volksreichtum“ begründet sein soll. Das neue Geld würde, nach Langs Theorie, die Wirtschaft wieder ankurbeln können, die industrielle Aktivität wieder heben und die Arbeitslosigkeit beseitigen. Diese Vorschläge sind in der Ministerkonferenz zurückgewiesen worden. Der Ablehnung verfallen ist aber auch ein zweiter Sanierungsplan, der von Beamten des Schatzamts ausgearbeitet worden ist und objektiv unter den gegebenen Umständen am diskussionswürdigsten war. Er sah einen Ausgabenabbau von 15 Millionen £ vor, umfaßte eine Revision des Pensionswesens und eine Kürzung der Beamtengehälter und schloß auch eine Art Verwaltungsreform und eine Reorganisation des Eisenbahnwesens mit dem Ziel der Einstellung der Staatszuschüsse ein. Geblieben ist das Reformprogramm von Mr. Theodore, der wie erinnerlich (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 36, S. 1693) schon einmal das Opfer seiner privaten Geschäftstüchtigkeit geworden ist, dessen zweifellose Fähigkeiten aber vor kurzem Veranlassung gegeben haben, ihn in das Amt des Bundesschatzkanzlers zurückzuberufen. Theodore, Sozialist wie der Premierminister Scullin, und noch mehr als dieser vom australischen Ideal des hohen Lebensstandards eingenommen, hat seine Abneigung gegen die vorgeschlagene Lohnsenkung deutlich zu erkennen gegeben und die Schlichtungsbehörde veranlaßt, die Termine für Inkrafttreten

des Schiedsspruchs zu vertagen. Er hat sich sogleich mit einiger Schärfe gegen die Ideen von Lang gewandt. Was er positiv zu raten weiß, entfernt sich allerdings nicht sehr wesentlich von den Kassenscheinträumen, die er bekämpft. Ihm schwebt eine ganz gewöhnliche Inflation vor. Nachdem seine Forderung, daß die Commonwealth Bank of Australia einen Kredit in Höhe von 20 Mill. £ für Staatszwecke einräumen solle, am Widerstand der gesamten australischen Bankwelt gescheitert ist, hat er einen ‚Dreijahresplan' vorgelegt, der das Budget innerhalb dieser Zeit bereinigen will, vorläufig aber die Emission eines ungedeckten Notenbetrags von 18 Mill. £ — zuerst war sogar von 24 Mill. £ die Rede — vorsieht. Er hat erklärt, daß man die Inflationsgefahr allgemein übertreibe. Was es aber bedeutet, 18 Millionen zusätzlich in den Verkehr zu leiten, geht am besten aus dem Umstand hervor, daß sich der gegenwärtige Notenumlauf auf nur rund 45 Mill. £ beläuft. Man gibt diesem Schritt die Begründung, daß nach der Aktion des Staates Neu-Südwales eine Anleiheemission notwendigerweise am Mißtrauen aller Investoren scheitern müßte, und man will, wenn die Bedingungen günstiger werden, eine Fundierung des fiduziarischen Notenbetrags durch langfristige Anleihen erreichen. Ob dieser Plan gelingt, ist höchst zweifelhaft. Zwar ist es möglich, daß das Parlament die Regierung unterstützen wird. Aber im Senat überwiegt die Opposition, und wahrscheinlich sind Neuwahlen nicht zu umgehen; ihr Ausgang ist ungewiß, und eine, durchaus mögliche Niederlage der Regierungsparteien würde wahrscheinlich dazu führen, die vorläufig beiseite gelegten Pläne auf Lohnsenkung und Herabsetzung der staatlichen Ausgaben von neuem zu prüfen."

Ermäßigung der Hauszinssteuer in Preußen

Durch die Notverordnung vom 1. Dezember ist den Ländern eine Senkung der Realsteuern um 3 % vorgeschrieben worden; bei den Grundstücken, die der Hauszinssteuer unterliegen, wird die Realsteuersenkung durch eine entsprechende Ermäßigung der Hauszinssteuer abgegolten. Neben dieser Lastensenkung ergab sich die Frage, ob und in welcher Weise den Hausbesitzern ein Ausgleich gewährt werden solle für die Mehrbelastung, die aus der Neuregelung der Aufwertungshypothekenzinsen entsteht (vgl. zuletzt Jahrg. 1930, Nr. 29, S. 1372). Vom 1. Jan. 1932 an betragen die Zinsen nach dem neuen Aufwertungshypotheken-Gesetz 7½ % statt bisher 5 %. Die Abgeltung der Mehrzinsen erfordert einen Betrag, der etwa 5—20 % der Hauszinssteuersumme—je nach der Belastung des Grundstücks—entspricht. Ob der Hausbesitz auf Grund des Aufwertungsgesetzes einen Rechtsanspruch auf diese Abgeltung hat, ist bestritten. Die Mehrheitsparteien im Preußischen Landtag haben jedenfalls im Einvernehmen mit der Staatsregierung eine vorläufige Neuregelung der Hauszinssteuersätze getroffen, die den Wünschen der Hausbesitzer — deren Lage sich im Zusammenhang mit dem allgemeinen Konjunkturrückgang verschlechtert hat — entgegenkommt. Diese Regelung gilt nur für das Etatsjahr 1931/32, in das erst ein Vierteljahr der Mehrbelastung der Hausbesitzer fällt. Die Hauszinssteuer, die in Preußen in Hundertsätzen der Grundvermögenssteuer berechnet wird, ist neu gestaffelt worden, wobei die Steuersätze um 3 % und mehr gesenkt wurden, je nach der Grundstücksbelastung. Für den unbelasteten Grundbesitz ist der Zuschlag z. B. von 375 auf 360 % der Grundvermögenssteuer herabgesetzt worden, für die höchstbelasteten Grundstücke von 1150 auf 1110 %. Bedauerlicherweise bedeutet diese Regelung eine recht erhebliche Kürzung des Hauszinssteuer-Aufkommens. Für das Etatsjahr 1931/32 rechnet man mit einem Ausfall von 45 Mill. RM. Noch größer wird der Ausfall im nächsten Jahr sein. Die Regelung wird also eine weitere Einschränkung des Wohnungsbaus zur Folge haben, zu dessen Finanzierung ein Teil der Hauszinssteuer dient, aber auch die preußischen Finanzen belasten, deren Lage ohnedies nicht mehr glänzend ist.

Reorganisation der Centrallandschaft

Das von Geheimrat Kißler auf der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vorgetragene Projekt einer Zentralisierung des landschaftlichen Beleihungsgeschäfts bei der Centrallandschaft (vgl. Nr. 7, S. 330) ist in kurzer Zeit verwirklicht worden. Durch eine Verordnung der Preußischen Staatsregierung hat die Centrallandschaft ein neues Statut erhalten, das es ermöglicht, dem Institut eine breite Kapitalbasis und eine straffe Geschäftsführung zu geben. Das Grundkapital der Centrallandschaft wird vorläufig auf 15 Mill. RM festgesetzt. 3 Mill. werden zu gleichen Teilen von den Landschaften Ostpreußens, Schlesiens, Pommerns, Brandenburgs, Schleswig-Holsteins und Sachsens, 12 Mill. durch die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt aufgebracht. Die Rentenbank-Kreditanstalt bringt etwa die Hälfte ihrer aus der Kreditaktion der Golddiskontbank stammenden Forderungen gegen die Landschaften ein und führt so gleichzeitig eine Teilprolongation durch. Mit Hilfe einer Emission 7 %iger Centrallandschaftlicher Pfandbriefe soll offenbar der Rest der Golddiskontbankkredite zur Abwicklung gelangen. Bei dieser Konstruktion dürfte der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt durch ihr kapitalmäßiges Übergewicht der von ihr gewünschte Einfluß gesichert sein. Die allgemeine Bedeutung dieser Zentralisierung der Landschaften haben wir in der oben erwähnten Glosse gekennzeichnet. Es wird sich nunmehr zeigen, ob die Diskriminierung, der der landschaftliche Pfandbrief seit langem auf dem Rentenmarkt ausgesetzt ist, wirklich, wie die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt anzunehmen scheint, ausschließlich ein Ergebnis technischer Mängel und der Häufung gleichartiger Risiken war, oder ob nicht vielmehr für die unfreundliche Beurteilung dieser Pfandbriefe die Einbuße ausschlaggebend gewesen ist, die der Agrarkredit ganz allgemein in der letzten Zeit erlitten hat.

Der Abschluß der Landesbankenzentrale

Ebenso wie zahlreiche andere öffentliche Banken pflegt die Deutsche Landesbankenzentrale AG in Berlin als Spitzeninstitut der Landesbanken sowohl das kurzfristige wie das langfristige Kreditgeschäft. Von ihrem Kapital von 5 Mill., von dem 3 Mill. ausstehen, besitzen *Girozentrale* und *Preußenkasse* je 20 %, den Rest die im Verband öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten zusammengeschlossenen Institute. Im abgelaufenen Jahr bewegte sich die Entwicklung des Spitzeninstituts anscheinend in ruhigen Bahnen. Bei unverändert 1,01 Mill. Bruttogewinn wird ein Reingewinn von 0,29 (0,25) Mill. ausgewiesen, aus dem wieder *8 % Dividende* verteilt werden und die Reserve 90 000 RM (51 000) erhält. Die Bilanzsumme ist auf 147 (160) Mill. zurückgegangen, hauptsächlich weil im Vorjahr noch 14 Mill. aus der den Mitgliedsanstalten im Ausland vermittelten Umschuldungsanleihe für die Landwirtschaft durchliefen, die jetzt in Wegfall gekommen sind. An eigenen *langfristigen Verbindlichkeiten* werden 67,15 (76,53) Mill. ausgewiesen, davon 20,04 (20,58) Mill. aus der amerikanischen Wohnungsbauanleihe, 38,96 (40,14) Mill. aus der ebenfalls im Ausland aufgenommenen Anleihe für die mittlere Industrie und 8,15 (15,81) Mill. aus dem Darlehn der Rentenbank-Kreditanstalt, das einstmals 50 Mill. betrug. Die *kurzfristigen Verbindlichkeiten* erreichten 67,23 (60,73) Mill., wobei es sich in der Hauptsache um Einlagen der angeschlossenen Institute handelt. Binnen 7 Tagen fällig waren davon 11,89 (18,87) Mill.; die längerfristigen Gelder haben sich also absolut und prozentual vermehrt. Unter

den *Anlagen* stellen sich die langfristigen Ausleihungen auf 67,15 Mill., Debitoren auf 28,76 (48,20), Nostro-Guthaben auf 33,51 (9,27) und Wechsel auf 10,53 (7,07) Mill. Die Verringerung der Debitoren bei gleichzeitiger Steigerung der Nostro-Guthaben beruht auf einer Änderung der Buchungsmethoden, da die Bank diesmal erfreulicherweise das Zwischenbilanzschema der Reichsbank angenommen hat. Die Beanspruchung durch die Mitgliedsanstalten hat sich nach dem Geschäftsbericht trotz der zunehmenden Schwierigkeiten der Kommunen in angemessenen Grenzen gehalten, zumal die Anstalten selbst größte Zurückhaltung übten. Der *Umsatz* der Landesbankenzentrale war mit 5,01 (4,86) Milliarden etwas höher als 1929. Der Bericht enthält eine interessante Aufgliederung der *Ausleihungen der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten*, die in den ersten elf Monaten 1930 von 3,88 auf 5,36 Milliarden, also recht erheblich, gestiegen sind.

Das Beitragsaufkommen der Arbeitslosenversicherung

Gelegentlich der Besprechung der Pläne, eine „Reichsarbeitslosenfürsorge" zu schaffen, nahmen wir bei vorsichtiger Schätzung an, das Beitragsaufkommen der Arbeitslosenversicherung werde rund 1,2 Milliarden RM betragen (vgl. Nr. 8, S. 383). Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung macht uns darauf aufmerksam, daß diese Schätzung zu niedrig sei. Die Reichsanstalt rechnet für das Haushaltsjahr 1931 mit Beitragseinnahmen in Höhe von 1,68 Milliarden RM und hofft, damit im Jahresdurchschnitt 1 750 000 Hauptunterstützungsempfänger versorgen zu können. Wir haben den Eindruck, als seien in diesen Zahlen die Ausfälle durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau nicht genügend berücksichtigt. Bei nochmaliger Prüfung gelangten wir zu Zahlen in Höhe von 1,5 Milliarden RM und 1 550 000 Arbeitslosen. Auf den Gedankengang unserer damaligen Ausführungen, mit Überschüssen der Arbeitslosenversicherung, die zugunsten der Krisenfürsorge und der Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen verwandt werden könnten, sei nicht zu rechnen, ist diese zahlenmäßige Korrektur im übrigen ohne Einfluß.

Bat'as Expansion

Man schreibt uns: „Der zweitgrößte Leder- und Schuhkonzern der Tschechoslowakei — der bei weitem größte Produzent ist Bat'a — befindet sich im Besitz der Mährische Bank AG. Zu ihm gehören die *Busi Schuhfabriken AG* (Aktienkapital 10 Mill. Kč) und die *Budischowsky Söhne AG* (Kapital 10,8 Mill. Kč). Die beiden Gesellschaften bilden eine Einheit; Budischowsky erzeugt Leder, das Busi verarbeitet. Die Mährische Bank ist jetzt gezwungen, diese Beteiligungen abzustoßen, die seit Jahren die nicht sehr großen Mittel der Bank binden, aber keinen Ertrag abwerfen. Als Käufer hat sich Bat'a gemeldet, und die Transaktion ist bereits so gut wie abgeschlossen. Der Kaufpreis wird auf 70 Mill. Kč geschätzt. Für Bat'a bedeutet diese Transaktion eine wesentliche Erweiterung seines Machtgebiets, denn die Leistungsfähigkeit der beiden Gesellschaften ist nicht unerheblich. Von besonderem Wert ist für ihn die Lederfabrik Budischowsky, da seine eigene Lederproduktion bisher nicht seinen Bedarf deckte. Busi erzeugt Flechtschuhe, die Bat'a bisher vernachlässigt hat, weil sie viel Handarbeit erfordern. Die Absatzmöglichkeiten der Flechtschuhe werden günstig eingeschätzt, insbesondere die Exportchancen; diese Erzeugung soll deshalb rationalisiert und ausgebaut werden. So droht auch in diesem Zweig der Schuherzeugung eine Verschärfung des Wettbewerbs der internationalen Industrie mit Bat'a. Von der Reorganisation der beiden Gesellschaften verspricht sich Bat'a um so mehr, als Busi ein recht großes Filialnetz im Ausland besitzt; schon durch dessen Eingliederung in das Bat'asche Netz lassen sich wahrscheinlich große Ersparnisse erzielen. Der Ankauf der beiden Gesellschaften gab den Anstoß zur *Umwandlung der Firma Bat'a* in eine Aktiengesellschaft. Das Kapital soll 100 Mill. Kč betragen und ganz im Besitz Bat'as bleiben."

Harte Bedingungen der neuen rumänischen Anleihe

Nach langwierigen Verhandlungen ist nunmehr die *zweite Anleihe* des rumänischen Monopolinstituts zum Abschluß gelangt. Noch bis zuletzt war der Abschluß zweifelhaft, nachdem sich die rumänische *Notenbank* der französischen Bedingung einer Verlängerung der 1929 geschaffenen Auslandskontrolle widersetzt hatte. Nach einem scharfen Konflikt mit der Regierung nahm der Notenbankpräsident seinen Rücktritt, so daß der französischen Forderung Genüge geleistet werden konnte. Freilich soll wenigstens Prof. Rist durch einen anderen „Beobachter" ersetzt werden, dessen Befugnisse wohl auch etwas weniger umfangreich sind. Die neue Anleihe wird 52 Mill. $ betragen, während der erste, Anfang 1929 emittierte Abschnitt 101 Mill. $ ausmachte. Die Bedingungen sind noch ungünstiger als die der ersten Anleihe. Diese kam bei 7 %igem Nominalzins mit 88 % heraus, während die jetzige Emission nur zu 86½ % aufgelegt werden soll, obwohl sie einen 7½ %igen Nominalzins trägt. Freilich war die erste Anleihe kein Erfolg für die Banken, und seitdem hat sich der rumänische Staatskredit kaum gebessert. Beteiligt sind jetzt neben den Vereinigten Staaten alle europäischen Finanzplätze, mit Ausnahme Londons. Den größten Teil, über 40 %, übernimmt ein *französisches Konsortium* unter Führung der Banque de Paris et Pays Bas. Bemerkenswert ist weiter, daß sich an der Emission auch der *Kreuger-Konzern* beteiligt, der gegen Überlassung des Zündholzmonopols schon einen erheblichen Teil der ersten Anleihe zeichnete. Auch eine *deutsche Quote* von 1¾ Mill. $ wird abgezweigt. Sie wird einstweilen nur vom Bankhaus Mendelssohn und der Dresdner Bank übernommen; Mendelssohn führt übrigens mit seiner Amsterdamer Zweigfirma auch das holländische Konsortium. Auch 1929 hatte sich eine deutsche Bankengruppe an der damaligen Anleihe mit 5 Mill. $ beteiligt, nachdem kurz zuvor eine Generalbereinigung der deutsch-rumänischen Streitigkeiten erfolgt war. Damals wie jetzt trägt die deutsche Beteiligung den Charakter einer Demonstration im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien. Das Zeichnungsinteresse des deutschen Publikums wird angesichts der Kapitalmarktlage schwerlich groß sein, so daß das deutsche Konsortium entweder Rückendeckung im Ausland suchen oder die Stücke in der Hauptsache selbst behalten muß. Bei der ausländischen Auflegung wird angesichts der Rendite von fast 9 % mit einem recht guten Erfolg gerechnet. Deutschland wird sich auch an dem internationalen Konsortium beteiligen, das die Hälfte der Aktien der neu zu errichtenden rumänischen *Agrarhypothekenbank* übernehmen wird. Die andere Hälfte soll die rumänische Regierung selbst zeichnen, und zwar aus dem Erlös der neuen Anleihe, die im übrigen für *Wege- und Eisenbahnbauten* bestimmt ist. Bei der Vergebung der Bestellungen soll Deutschland, wie zugesichert wurde, berücksichtigt werden. Weitere Zusicherungen sind Deutschland hinsichtlich der Regelung der noch nicht bereinigten Vorkriegsschulden gemacht worden. Für die Anleihe haften die Einnahmen des Monopolinstituts, die auch für den Abschnitt von 1929 verpfändet sind. Sie überdeckten den Schuldendienst der ersten Emission zuletzt um ein Mehrfaches, so daß auch die neue Anleihe gut gesichert sein dürfte. Bei einer Normaltilgung binnen vierzig Jahren hat Rumänien vom Jahre 1936 an das Recht zur Gesamtkündigung.

Personalia

Am 10. März wurde der Wirkliche Geheime Oberregierungsrat und Ministerialdirektor i. R. Dr. jur. *Graf von Keyserlingk-Cammerau* 65 Jahre alt. Graf Keyserlingk ist einer der Mitbegründer des Deutschen Landwirtschaftsrats; er gehört dem Vorstand des Schlesischen Landbunds an und ist Vorsitzender des Niederschlesischen Landwirtschaftsrats. Schließlich ist er Mitglied des Preußischen Staatsrats, des Reichswirtschaftsrats und des Enquête-Ausschusses.

Stadtrat Dr. *Alfred Schmude* wird Ende Mai aus dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. austreten und unter Übersiedlung nach Hannover einen leitenden Posten im Konzern der Preag übernehmen.

Der Leiter der Provinzial-Feuer-Versicherungsanstalt der Rheinprovinz, Generaldirektor, Landesrat a. D. *Clemens Adams*, der kürzlich das 67. Lebensjahr erreicht hat, wird am 1. Juli in den Ruhestand treten.

Aus dem Vorstand der I. G. Farbenindustrie AG sind Dr. *Alfred Ammelburg*, Dr. *Rudolf Mann*, *Georg Molnar*, Dr. *Emil Zacharias* und Dr. *Otto Bonhoeffer* ausgeschieden.

Die Vereinigung der Kursmakler der Berliner Fondsbörse e. V. wählte folgende Mitglieder in den Vorstand: *Hans Magerski* (Vorsitzender), *Arthur Abrahamsohn* (stellvertretender Vorsitzender), *Franz Reiche* (Schriftführer), *Hermann Krüger* (Schatzmeister), *Sally Gustmann* (Beisitzer).

Der Generaldirektor der Rothenburger Versicherungs-Gesellschaften, *Paul Winkler*, ist im Alter von 64 Jahren gestorben.

Im Alter von 75 Jahren starb in Stuttgart Kommerzienrat *Heinrich Otto*, der Seniorchef der Firma Heinrich Otto, Baumwollspinnerei und Weberei, Reichenbach. Der Verstorbene hat sich früher als Handelspionier in Deutsch-Ostafrika große Verdienste erworben.

Am 8. März starb Major a. D. *Ludwig Lenssen*, Aufsichtsratsmitglied der Bergbau-AG Lothringen und Mitglied des Grubenvorstands der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Graf Schwerin.

Privatdozent Dr. *Fritz Marbach*, Bern, ist zum außerordentlichen Professor an der dortigen Universität ernannt worden. Gleichzeitig wurde ihm ein Lehrauftrag für Sozialökonomik erteilt.

Literatur

Die Großeisenindustrie an Rhein und Ruhr

Von Dr. Georg Wolff, Essen

Im Gegensatz zum Ruhrkohlenbergbau bzw. zum rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat, das sich von jeher großer Beliebtheit als Objekt für Dissertationen und umfangreichere Bearbeitungen in Buchform erfreut, hatte die Großeisenindustrie Westdeutschlands in der Nachkriegszeit lange Zeit keine zusammenhängende Darstellung in Buchform erhalten. Die Ursache lag vielleicht in den Jahre hindurch unkonsolidierten Konzern- und Kartellverhältnissen, die bis in die jüngste Zeit Umänderungen erfahren haben. 1927 erschien als erste die Darstellung von *Dr. Walter Krüger* über „Die moderne Kartellorganisation in der deutschen Stahlindustrie", in der Anlage sehr beachtenswert, aber durch die damals noch stark im Fluß befindliche Aufbaubewegung der Eisenverbände schon bald nach dem Erscheinen in seinem sachlichen Teil überholt. Ein Jahr später erschien von *Dr. Paul Berkenkopf* die Schrift über „Die Neuorganisation der deutschen Großeisenindustrie", die neben einer umfangreichen sachlichen Darstellung auch zahlreiche kritische Ausführungen zum Konzern- und Kartellproblem brachte. Als drittes im Kreise dieser Werke ist nunmehr ein Buch von *Dr. Hans J. Schneider*[1]) erschienen. Die eingehende und umfangreiche Darstellung der Entwicklung der westdeutschen Großeisenindustrie im letzten Jahrzehnt geht wohl zu einem großen Teil auf das Material des Enquêteausschusses zurück, das dem Verfasser zur Abfassung seiner Schrift bereits vor Veröffentlichung des Enquêteberichts über die Eisen schaffende Industrie vorgelegen hat.

Die kluge Zusammenfassung und übersichtliche Gestaltung des fast unübersehbaren Materials und der Kausalzusammenhänge macht das Buch zu einer Arbeit, an der künftig kein Bearbeiter dieser Materie wird vorübergehen können. Der übliche Fehler derartiger Arbeiten, die sich auf dem halben Raum mit längst vergangenen Zeiten beschäftigen, fällt hier fort; die Aktualisierung des Materials ist so weit wie möglich getrieben. Der kürzlich erschienene Enquêtebericht über die Eisen erzeugende Industrie schmälert allerdings den Wert des vorliegenden Buches als Materialsammlung.

Soweit Schneider jedoch den Boden der Tatsachen verläßt, fordert er zum *Widerspruch* heraus. Die in der Monopolpreispolitik der Eisensyndikate, in den Fehlern der Rationalisierung liegenden Ursachen der Schwierigkeiten der Schwerindustrie werden zwar erkannt und zum Teil detailliert dargestellt, aber bei der Frage nach den letzten Motiven zu diesen Fehlern, nach der Schuld, nimmt der Verfasser den einfachen Ausweg, lediglich andere zu beschuldigen. Ganz offensichtlich hat er sich die Aufgabe gestellt, die von der Schwerindustrie getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen des letzten Jahrzehnts zu verteidigen. Die kritischen und wirtschaftspolitischen Auffassungen des Buches erscheinen deshalb fast als vorweggenommene Apologie der Schwerindustrie gegen die im Enquêtebericht erhobenen Vorwürfe. Besonders im letzten Teil ähnelt die Darstellung auch in der Form mehr einer interessenpolitisch orientierten Tageszeitung als einem — größeren Abstand haltenden — Buch; sie verschiebt die wirtschaftliche Problematik der Eisenindustrie fast ganz auf das *sozialpolitische* Gebiet, auf dem im Stile etwa der „Deutschen Bergwerkszeitung" die Fehler von Regierung und Parlament als Ursache aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingestellt werden. Schneider versteigt sich dabei u. a. zu der These, daß die in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe gegen die „Überkapazität" der Rohstoffindustrien nichts weiter seien, als der Versuch, „die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von der Überspannung der Lohn- und Sozialpolitik in den letzten Jahren abzulenken". Auch in der Frage der Überkapitalisierung, deren Auswirkung Schneider erkennt und beleuchtet, bleibt es bei der Untersuchung der Ursache bei Anklagen gegen andere.

Aus derselben Einstellung heraus wird das Verhältnis der Eisenerzeuger zu den Eisenverarbeitern betrachtet. Die Ausfuhrbelebung bestimmter Wirtschaftszweige der Eisenverarbeitung geht beispielsweise nach der Meinung des Verfassers auf die günstigen Auswirkungen des Avi-Abkommens zurück. Er sieht also die Avi-Rabatte als große Wohltat der Schwerindustrie an die Verarbeiter an und verkennt vollkommen, daß es sich dabei nicht um eine neue zusätzliche Leistung handelt, sondern nur um die teilweise Milderung der aus der Monopolpreispolitik den Verarbeitern erwachsenden Belastung, die aber keineswegs ausreichend gewesen ist, wie z. B. der heute noch nicht beendete Kampf um die Ausdehnung der Avi-Rabatte auf die Überpreise zeigt. Was selbst im Kreise der Schwerindustrie bisher als problematisch galt und was weitsichtige Wirtschaftsführer in letzter Zeit als eigene Fehler zugegeben haben, wird von Schneider als unanfechtbar optimale Lösung hingestellt. Vielleicht liegt es in der Natur des Apologeten, päpstlicher als der Papst sein zu müssen; Schneider hat aber dadurch bewirkt, daß sein Werk trotz mancher guten Eigenschaften nicht die wissenschaftlich kritische Bearbeitung der gegenwärtigen eisenindustriellen Probleme darstellt, die, wenn man vom Enquêtebericht absieht, in der Fachliteratur noch fehlt. Dabei hätten sich nach unserer Auffassung gerade aus der jüngsten Entwicklung der Eisenindustrie weit stichhaltigere Verteidigungsmöglichkeiten im Sinne des Verfassers ergeben, wenn er z. B. die Ansätze zu einer privatwirtschaftlich-

[1]) *Schneider, Dr. rer. pol. Dr. phil. Hans J.*: *„Der Wiederaufbau der Großeisenindustrie an Rhein und Ruhr"*. Berlin 1930, Verlag Reimar Hobbing. 126 Seiten. — Preis 8 RM.

planmäßigen Gestaltung des Produktionsapparates weiter entwickelt hätte, wie sie etwa in dem von ihm nur kurz behandelten Gruppenschutz der Rohstahlgemeinschaft oder in den Versuchen zur Unterbindung von Quotenzuwachs beim Kohlensyndikat zu finden sind.

Atzler, Edgar, und Lehmann, Günther: Anatomie und Physiologie der Arbeit. Band III, Teil 1 des Handbuchs der Arbeitswissenschaft, herausgegeben von Fritz Giese. Halle 1930, Verlag Carl Marhold, 364 Seiten mit 223 Abbildungen und 28 Tabellen. — Preis geh. 20,70 RM.

Der dritte Band des von *Giese* herausgegebenen Handbuchs der Arbeitswissenschaft ist den *ärztlichen* Grundlagen der Arbeitswissenschaft gewidmet; im vorliegenden 1. Teil dieses Bandes werden die normalen anatomischen und physiologischen Grundlagen der Arbeit dargelegt, die zugleich die Grundlagen bilden für Arbeiterschutz, Arbeitshygiene, Pathologie und Therapie der Arbeit, die in den beiden folgenden Teilen behandelt werden sollen.

Die Verfahrensweise der Verfasser ist die, daß sie in den ersten 13 Kapiteln des Buches ein Kompendium der Anatomie und Physiologie des Menschen geben und sich hier darauf beschränken, auf die arbeitswissenschaftliche Bedeutung einzelner Feststellungen hinzuweisen. (Atzler behandelt das Knochensystem, die Muskelphysiologie, die allgemeine Muskelmechanik, die spezielle Muskellehre, den Stoffwechsel; Lehmann gibt histologische Vorbemerkungen und behandelt die Gesetze der körperlichen Entwicklung, den Blutkreislauf, die Atmung, Niere und Harn, die Sinnesorgane und das Nervensystem.)

Der Hinweis auf die arbeitswissenschaftliche Bedeutung der einzelnen Feststellungen besteht schon hier meistens darin, daß auf die *Unterschiede* in der Anatomie und Physiologie verschiedener Menschen und die Bedeutung dieser Unterschiede für die allgemeine Arbeitseignung und für die Eignung zu speziellen Verrichtungen hingewiesen wird. Näher auf die Beschreibung solcher Unterschiede gehen die beiden von Lehmann verfaßten Schlußkapitel des Buches ein, die sich mit dem allgemeinen Körperbau und der Konstitution beschäftigen, während das gleichfalls von Lehmann verfaßte Kapitel „Vererbung" auf die *Ursachen* der Unterschiede zurückgreift. Auch dieses Kapitel kann als eine ausgezeichnete Einführung in die Vererbungslehre bezeichnet werden. Im Kapitel „Allgemeiner Körperbau" behandelt der Verfasser auch die Rassenprobleme — die Einteilung in Rassen, die körperlichen und seelischen Eigenarten der Rassen —, z. T. im Anschluß an Günther, aber im ganzen doch — was bei diesem vielumstrittenen Problemgebiet besondere Anerkennung verdient — mit bemerkenswerter Kritik und Zurückhaltung.

In engster Beziehung zur eigentlichen Arbeitswissenschaft stehen die drei von Atzler verfaßten Kapitel: „Der Energiewechsel belebter Motoren", „Rationalisierung der menschlichen Muskelarbeit nach physiologischen Gesichtspunkten" und „Das Ermüdungsproblem vom arbeitsphysiologischen Standpunkt".

Das erstgenannte dieser Kapitel ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil Atzler hier die Methodik der Respirationsversuche schildert, deren Ergebnisse die Hauptgrundlage der beiden folgenden Kapitel bilden. Das Wesen dieser Methode besteht darin, daß an dem während einer Arbeit stattfindenden „Gaswechsel", d. h. der Menge ausgeatmeter Kohlensäure im Verhältnis zur Menge eingeatmeten Sauerstoffs, der Energieverbrauch gemessen wird. Indem man nun bei verschiedenen Formen körperlicher Verrichtungen, bei verschiedener Arbeitsorganisation oder bei verschiedener Gestaltung der Werkzeuge den Energieverbrauch vergleicht, kommt man zu einer Rationalisierung der menschlichen Muskelarbeit nach physiologischen Gesichtspunkten. Auf diesem Gebiet hat das von Atzler geleitete Kaiser Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund seine höchst bedeutungsvollen Ergebnisse erzielt. Das Kapitel, in dem die praktischen Ergebnisse der Arbeitsphysiologie geschildert werden, scheint mir denn auch den wichtigsten Teil des vorliegenden Bandes darzustellen.

Den Ermüdungsgrad *des Arbeiters* mit solchen Methoden zu bestimmen, erscheint mir nicht möglich. Wohl aber kann der Ermüdungswert *einer Arbeit* so bestimmt werden, und mit diesem Ausblick schließt Atzler auch die Ausführungen seines Kapitels „Das Ermüdungsproblem vom arbeitsphysiologischen Standpunkt", in dem er die schwere, die mittelschwere und die leichte körperliche Arbeit gesonderten Betrachtungen unterwirft.

Atzler und Lehmann haben zweifellos ihr Ziel erreicht, es auch dem nicht medizinisch Vorgebildeten möglich zu machen, „in die Physiologie und Anatomie so weit einzudringen, daß er befähigt ist, die Entwicklung der Arbeitsphysiologie und Arbeitshygiene mit Verständnis und Nutzen zu verfolgen".

Berlin *Dr. Lipmann*

Wickel, Helmut: Ein Nichts erobert die Welt. Der Aufstieg eines Industriemagnaten. Adalbert Schultz Verlag, Berlin 1930. 187 Seiten.

Das Buch gibt kein systematisches Gesamtbild; aber in interessanter und amüsanter Form werden Einzelbilder, Zitate aus Büchern, Zeitschriften und Zeitungen aneinandergereiht, um ein Bild von dem schwedischen Zündholzkönig *Ivar Kreuger* zu geben und die Bedeutung des Zündholzes im Kampf gegen Rußland zu veranschaulichen. In der Polemik und Kritik hält sich der Autor zurück; desto schärfer sitzen die nicht so sehr gegen Kreuger — der für den Autor ein „Mann von Kultur", „kein Raffer, kein Herr Neureich" ist — als gegen *Hilferding* gerichteten Ausfälle. Man erfährt zwar nichts Neues, ist sachlich nicht ganz befriedigt, liest aber doch mit Interesse dies geschickt zusammengestellte, bolschewistischen Zwecken dienende Buch.

Berlin *Dr. Wilhelm Grotkopp*

Cassau, Dr. Theodor: Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf. 2. Aufl. Halberstadt 1930. H. Meyers Buchdruckerei. IX, 355 S. — Preis 10 RM.

Die im Jahre 1925 erschienene Arbeit ist in der zweiten Auflage nur wenig verändert worden. Die Zeit für eine Auswertung der Lehren der neuesten Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ist, wie der Verfasser im Vorwort ausführt, noch nicht gekommen. Es sei auf die Würdigung verwiesen, die das Buch bei seinem Erscheinen hier gefunden hat (Jahrg. 1925, Nr. 31, S. 1088).

Die Gehaltslage der Kaufmannsgehilfen. Eine Fragebogenerhebung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Hamburg 1931. 159 Seiten. — Preis 4 RM.

Die Schrift gibt die Ergebnisse der Fragebogenerhebung wieder, die der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Jahre 1929 veranstaltet hat. Die Bedeutung dieser Erhebung und ihre Resultate sind vor einigen Monaten hier schon gewürdigt worden (vgl. den Aufsatz „Angestellten-Gehälter" von Dr. Werner Bohnstedt, Jahrg. 1930, Nr. 36, S. 1677). Über die damals bekannten Ergebnisse hinaus enthält die vorliegende Veröffentlichung, insbesondere in dem ausführlichen Tabellenwerk, wertvolles Material.

Albrecht, Prof. Gerhard: Grundfragen der Sozialversicherung. (Wirtschaftsprobleme der Gegenwart. Herausgegeben von Prof. Dr. Adolf Weber, München.) Berlin 1929. Junker & Dünnhaupt Verlag. 50 Seiten. — Preis brosch. 2,40 RM.

Die Sozialversicherung im Rahmen der gegenwärtigen deutschen Sozialpolitik — Entstehung, Entwicklung, Bedeutung der deutschen Sozialversicherung — Der Kampf

gegen das System der Sozialversicherung — Überspannungen und Mißstände in der deutschen Sozialversicherung.

Pesl, Professor Dr. Dr. Ludwig D.: Schule und Bodenreform. München 1930. Verlag Ernst Reinhardt. 108 S. Preis 2 RM.

Artikel 155 der Reichsverfassung — Wesen der Bodenreform — Schule und Bodenreform — Fragen an die Bodenreformer.

Zeitschriften - Literatur

Schindler, Dr. Axel: Kommissionsgeschäft oder Eigenhandel für landwirtschaftliche Absatzorganisationen? Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung, 8. Heft, Januar 1931.

Die Tatsache steht fest, daß die Absatzorganisationen der deutschen Landwirtschaft in ihrem Wirkungsgrad hinter denen des Auslands zurückstehen. Schindler prüft die Gründe. Es liegt nicht an Unterschieden der Mentalität; der deutsche Landwirt ist weltanschaulich eher mehr zum Genossenschaftswesen prädestiniert als etwa der amerikanische. Die Organisationsformen weichen nicht wesentlich voneinander ab. Ausschlaggebend ist nur der Umstand, daß in Deutschland der Absatz durch die Organisation im Eigengeschäft erfolgt, im Ausland dagegen überwiegend durch Kommission. Die Überlegenheit des kommissionsweisen Verkaufs beruht einmal darin, daß der Landwirt der Absatzstelle mit Eigengeschäft, wie einem Händler, mit einigem Mißtrauen gegenüber tritt, wodurch die feste Bindung mit dem Ziel der Ausschließlichkeit der Geschäftsbeziehung, in Wahrheit die Grundlage der Leistungsfähigkeit der Absatzorganisationen, stark leidet. Zweitens ist das Absatzrisiko beim Eigengeschäft voll auf die Zwischenstelle abgewälzt, die ihrerseits wieder zur Vermeidung etwaiger Verluste schnell weiter verkaufen muß; dadurch entgeht dem Landwirt die Möglichkeit zur Ausnutzung von Preissteigerungen. Poolung des Gewinnes bietet demgegenüber und auch verglichen mit reiner Kommission bessere Ausgleichsmöglichkeiten. Vorbedingung ist hierfür aber die Bildung von Güteklassen. Schließlich vermag ein Zusammenschluß lokaler landwirtschaftlicher Absatzorganisationen, der erfahrungsgemäß, in der Hauptsache wieder wegen des Mißtrauensfaktors, beim Eigengeschäft nicht möglich ist, die Stärke der landwirtschaftlichen Position im ganzen zu heben. So ist es charakteristisch, daß sich in Deutschland die nach ausländischem System organisierten Viehverwertungsgenossenschaften besser entwickeln als alle übrigen agrarischen Absatzverbände. *E. D.*

Schneider, Erich: Drei Probleme der Monopoltheorie. Zeitschrift für Nationalökonomie. Band II, Heft 3, S. 376.

Schneider setzt seine hier bereits besprochenen Betrachtungen zur Theorie des Monopolpreises fort, indem er einige Detailfragen herausgreift (vgl. Nr. 5, S. 264). Zunächst eine Marktkonstellation, in welcher der Produzent eines Monopolgutes ausschließlich zwei Produktionsgüter nachfragt, deren eines ebenfalls monopolistisch angeboten wird. Die Analyse führt zu dem Resultat, daß eine eindeutig bestimmte stabile Gleichgewichtslage mit relativem Gewinnmaximum für beide Monopolisten, ohne Rücksicht auf die Art und etwaiger Nichtkonstanz des Fabrikationskoeffizienten existiert. Die Rechnung läßt sich mit entsprechendem Ergebnis auch auf die Fälle ausdehnen, in denen das zweite Produktionsgut ebenfalls monopolisiert ist, sofern es nur zu dieser einen Produktion Verwendung findet, und daß die Zahl der Produktionsgüter unter diesen Umständen größer als zwei ist — was bekanntlich im Widerspruch zu der herrschenden Theorie von der völligen Unstabilität der Preisbildung bei bilateralem Monopol steht. Im Anschluß daran werden die Ergebnisse unter der Sondervoraussetzung geprüft, daß statt monopolistischer Angebotsgestaltung auf der Produktionsseite ein Duopol besteht. Schließlich wird ein „Universalmonopol" besonderer Art behandelt: Eine Wirtschaft mit nur zwei — monopolisierten — Produkten und drei Produktionsgütern, von denen je zwei bei jeder der beiden Produktionen Anwendung finden. Aus der Analyse der in diesem Fall geltenden funktionalen Beziehungen wird der Schluß abgeleitet, daß, entgegen der These von Edgeworth und Bowley, auch in diesem System nicht nur labiles Gleichgewicht herrscht, sondern eindeutig bestimmte Werte für alle fünf Preise mit relativ maximalem Reingewinn gefunden werden können. *E. D.*

Bilanzen

Vereinigte Deutsche Metallwerke AG

Die finanzielle und betriebliche Reorganisation des größten deutschen Metallhalbzeug-Produzenten

Der Rationalisierungsprozeß innerhalb der Metallhalbzeug-Industrie ist durch die Verschmelzung der Berg-Heckmann-Selve AG mit den Walzwerken der Metallgesellschaft zur Vereinigte Deutsche Metallwerke AG ein großes Stück weitergekommen. Schon durch den Zusammenschluß der drei Firmen Karl Berg AG in Werdohl, C. Heckmann AG in Duisburg und Selve AG in Altena zur Berg-Heckmann-Selve AG im Jahre 1927 war eine Hebung der Wirtschaftlichkeit bezweckt worden, die allerdings die Rentabilität der Berg-Heckmann-Selve AG nicht sicherte, obwohl im Geschäftsbericht 1928/29 die Umstellung der drei Grundwerke als beendet bezeichnet wurde und ausdrücklich für die nächsten Jahre keine weiteren Ausgaben für den Ausbau oder die Verbesserung der Anlagen erwartet wurden. Nur 1928 wurden 6 % Dividende verteilt.

Auf der außerordentlichen Generalversammlung, die im August vorigen Jahres über die Fusion entschied, waren von dem 20 Mill. RM betragenden Aktienkapital der Berg-Heckmann-Selve AG vertreten durch:

	Mill. RM Aktien
Viag	7,2
Dr. Heckmann	2,7
Metallgesellschaft	2,44
Generaldirektor Berg	2,3
Gelsenkirchener Bergwerks AG	1,12
Moritz von der Porten	0,5
Diverse Aktionäre	2,37
Zusammen	18,63

Die finanzielle Sanierung, deren Notwendigkeit bereits im August vorigen Jahres offenkundig war, wurde derart vorgenommen, daß zunächst das Aktienkapital von 20 auf 10 Mill. RM herabgesetzt wurde; danach wurde es wieder auf 30 Mill. RM erhöht. Von den 20 Mill. RM neuen Aktien übernahm die Metallgesellschaft 10 Mill. RM, während die restlichen 10 Mill. RM den alten Aktionären auf das zusammengelegte Kapital von 10 Mill. RM und der Metallgesellschaft auf die an sie gegebenen 10 Mill. RM neuen Aktien im Verhältnis 2 : 1 zu 106 % angeboten wurden. Die Metallgesellschaft brauchte nicht einmal von dem ganzen Bezugsrecht Gebrauch zu machen, um in den Besitz der Aktienmehrheit zu gelangen. Die Einzahlung der letztgenannten 10 Mill. Aktien ist während des jetzt laufenden Geschäftsjahrs mit 25 % erfolgt.

Der Übergang der Aktienmehrheit an die Metallgesellschaft ist ein Beweis dafür, daß man weniger die quantitative Leistungsfähigkeit der eingebrachten Werke, die bei den Walzwerken der Berg-Heckmann-Selve AG größer sein dürfte, berücksichtigt hat, als die Rentabilität der Betriebe, die bei den Walzwerken der Metallgesellschaft am größten ist.

Die Metallgesellschaft bringt gegen die Überlassung der 10 Mill. neu geschaffenen Aktien die Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke GmbH in die Firma ein. In der Bilanz per 30. September 1930 erscheinen die eingebrachten Betriebe noch nicht. Der Kapitalerhöhung

auf der Passivseite entsprechen auf der Aktivseite 20 Mill. RM noch nicht eingezahlter Aktien.

Bilanz

(Mill. RM)	30. 9. 27[1])	30. 9. 28	30. 9. 29	30. 9. 30
Aktiva				
Noch nicht begebene Aktien ..	—	—	—	[2]) 20,000
Grundstücke	3.043	2,993	2.956	2.944
Fabrikgebäude	4,573	4.916	5.078	3.321
Wohngebäude	2,996	2,868	2.678	2.364
Wasserkraftanlage	1,426	1.354	1.290	1.200
Maschinen und Einrichtungen	4,502	6.361	7,337	4.639
Neuanlage in Bau	—	0.824	0.178	0.067
Warenbestände	11.591	14.294	17,952	10.477
Forderungen	14.360	15.433	17,314	11,486
Bankguthaben	0.595	4.246	—	—
Wechsel und Schecks	0.734	1.057	1,002	0,316
Kasse. Reichsbahn, Post	0,358	0,183	0,186	0,160
Wertpapiere / Beteiligungen	1,467	1,142	2,031	1,064
Empfangene Sicherheiten	0,435	1,008	0,500	0,417
Passiva				
Aktienkapital	16,000	20,000	20,000	30,000
Gesetzliche Reserve	2,259	2.259	2.259	—
Reserve II	—	—	0,500	0,448
Obligationen	0.012	0.097	0.063	0,063
Hypotheken	0,079	0,079	0.078	0.078
Nicht abgehobene Dividende ..	—	—	0,001	0,001
Pensions- und Unterstützungskassen	0,384	0,424	0.456	0,473
Langfristige Verpflichtungen ..	7.176	4.679	4.200	4,201
Sonstige Verpflichtungen	16.207	24.127	27.838	21.874
Akzepte	1,307	1.255	1,594	0.875
Rückständ. Löhne. Steuern usw.	0.691	0,554	0.467	0,380
Rückstellung für Aufwertungen	0.976	0.580	0,113	0,094
Reingewinn	0,553	1.618	0,432	—
Gegebene Sicherheiten	0,435	1,008	1,069	—

1) Nach der Fusion. — 2) Davon hat die Metallgesellschaft am 1. Oktober 1930 10 Mill. RM gegen Einbringung der bisher durch die Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke GmbH Frankfurt a. M. betriebenen Anlagen übernommen. Die restlichen 10 Mill. RM sind inzwischen begeben und zu 25 % eingezahlt worden.

Der Preissturz für Rohmetalle verringerte einerseits Außenstände und Schulden, zwang andererseits aber zu erheblichen Abschreibungen auf die Bestände, die in der Bilanz mit 10,5 Mill. RM gegen 18,0 Mill. RM im Vorjahr zu Buch stehen. Auch auf die Anlagen wurden besondere Abschreibungen erforderlich, da im Zuge der Rationalisierung weitere Stillegungen nicht zu vermeiden waren. Nun betrug aber der Rohüberschuß 1929/30 nur 2,75 Mill. RM (1928/29: 6,92 Mill. RM), dem nur wenig niedrigere Verwaltungsunkosten und allein an notwendigen ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen auf die Anlagen 5,51 Mill. RM (1928/29: 1,12 Mill. RM) gegenüberstanden. Der Jahresverlust und die Abschreibungen wurden außer durch die angesammelten Reserven durch den Buchgewinn aus der Kapitalzusammenlegung gedeckt.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	30. 9. 27[1])	30. 9. 28	30. 9. 29	30. 9. 30
Einnahmen				
Vortrag	—	0,553	0,158	0.432
Rohüberschuß	4,008	6,538	6,916	2.750
Übertrag gesetzlicher Reserve	—	—	—	2.259
Übertrag Reserve II	—	—	—	0,500
Buchgewinn aus Kapitalzusammenlegung	—	—	—	10,000
Ausgaben				
Steuern und soziale Lasten ..	1,496	1.245	1.665	1,368
Zinsen	1,180	1,518	1.943	1,789
Handlungsunkosten	—	1,874	1,909	1,778
Ordentliche und außerordentliche Abschreibungen auf Anlagen	0,779	0,836	1,124	5,507
Außerordentliche Abschreibungen auf Wertpapiere, Beteiligungen. Warenbestände und Forderungen, Sanierungsunkosten und Rückstellungen ..	—	—	—	5,499
Reingewinn	0,553	1,618	0,432	—
Dividende in %	0	6	0	0

1) Nach der Fusion.

Das Rationalisierungsprogramm des nunmehr größten deutschen Metallhalbzeug-Konzerns wurde durch Betriebskonzentration, meist auf Kosten früherer Betriebsteile der Berg-Heckmann-Selve AG, durchgeführt. Das Drahtwerk Linscheid, das Aluminiumwalzwerk Eveking und das Werk Kupferhammer sind stillgelegt worden, das erstgenannte provisorisch. Die Drahtproduktion des Konzerns vollzieht sich in der Hauptsache im Werk Gustavsburg, jedoch unter Aufrechterhaltung der Drahtbetriebe in Bärenstein i. W. und Nürnberg-Schweinau. Der Messingbetrieb ist im wesentlichen auf das Werk Werdohl konzentriert mit Ausnahme von Messingröhren, die in Duisburg und Nürnberg hergestellt werden; ebenso ist die Feuerbuchsherstellung in Duisburg zusammengefaßt worden, abgesehen von der Fabrikation des Werks Aschaffenburg. Spezialfabriken, wie die Kabelwerke in Mannheim und die Nickelwerke in Westfalen bleiben natürlich von diesen Maßnahmen unberührt.

Infolge der Sanierung ist an die Stelle der Viag die Metallgesellschaft als maßgebender Aktionär getreten. Diese Veränderung wird für die Firma sehr vorteilhaft sein, weil die Metallgesellschaft durch ihren Aktientausch mit der Amalgamated Metal Corporation dem jetzt entstandenen größten deutschen Metallverarbeitungs-Konzern eine vorzügliche Rückendeckung hinsichtlich der Rohstoffbeschaffung bieten kann. Die Sanierung selbst läßt den Willen der Verwaltung erkennen, selbst unter erheblichen eigenen Opfern die Kapazitätsübersetzungen zu beseitigen und die Rentabilität der Produktion wiederherzustellen.

Deutsche Schiff- und Maschinenbau AG

Zunehmende Liquidität — Schlechte Aussichten für 1931

Das Jahr 1930 war für die deutsche Schiffbauindustrie noch nicht eigentlich ein Krisenjahr. Gewiß ist der Beschäftigungsgrad im vergangenen Jahr zurückgegangen. Statt 643 000 t Ende 1929 befanden sich Ende 1930 nur noch 532 000 t im Bau; fertiggestellt wurden nur 294 000 gegen 368 000 t im Jahre 1929. Die Schiffbaukrise hat sich erst gegen Ende des Jahres zugespitzt. Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß die großen deutschen Werften für das Jahr 1930 noch relativ befriedigende Ergebnisse erzielen konnten. Nach den besonders günstigen Abschlüssen der Blohm & Voß AG und der Deutschen Werft legt nunmehr die im Vorjahr durch Einziehung von 11 Mill. RM Aktien sanierte Deutsche Schiff- und Maschinenbau AG (Deschimag) ihr Rechnungswerk vor. Obwohl gerade dieses Unternehmen, das zum Interessenbereich des Bremer Bankiers Schröder gehört, von der Krise viel mehr zu spüren bekommen hat als die beiden anderen Großwerften, ist das erzielte Ergebnis nicht so ungünstig, wie man erwarten könnte.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31. 12. 27	31. 12. 28	31. 12. 29	31. 12. 30
Einnahmen				
Vortrag	0,41	0,51	0,55	0.09
Betriebsgewinn	4,35	4,86	— 3,36	2,81
Ausgaben				
Vortrag	—	—	—	—
Soziallasten	1,69	1.85	2.33	1.08
Abschreibungen	2.56	2.97	2,20	1.78
Reingewinn	0,10	0,40	—	0,03
Verlust	—	—	7,34[1])	—

1) Gedeckt durch Sanierungsmaßnahmen.

Bei dem vorgelegten Abschluß ist zu berücksichtigen, daß im Berichtsjahr gegenüber 1929 nur knapp die Hälfte an Schiffsneubauten fertiggestellt wurde: 46 425 gegen 112 716 Br. Reg. To. Allerdings hat der Umfang des Reparaturgeschäfts, insbesondere für ausländische Rechnung, bei der Gesellschaft ständig zugenommen, und man weiß, daß die großen Gewinne der Werftindustrie weniger in Neubauaufträgen als im Reparaturgeschäft erzielt werden. Außerdem ist es der Deschimag gelungen, für ihre Spezialerzeugnisse zufriedenstellenden Absatz zu finden, insbesondere für ihre Abdampfturbinen (System Bauer-Wacht), ihre Vulkangetriebe und die Flüssigkeitskuppelung. Die abgelieferten und im Bau befindlichen Getriebe erreichten eine Gesamtleistung von 170 000 WPS. Auch konnte weiteres Interesse an der von der Deschimag entwickelten Maier-Schiffsform festgestellt werden. Die Zahl der nach diesen Prinzipien konstruierten Schiffe, einschließlich der im Bau befindlichen, stieg auf 27 Dampfer mit 178 530 t.

Bilanz

(Mill. RM)	31.12.27	31.12.28	31.12.29	1.1.30[1]	31.12.30
Aktiva					
Grundstücke	3,08	3,23	3,01	3,01	2,98
Gebäude und Anlagen	13,09	12,63	9,44	9,44	8,49
Maschinen und Apparate	8,51	8,38	5,48	5,48	5,11
Schwimmdocks	5,94	5,65	3,13	3,13	3,00
Geräte und Handwerkzeuge	2,60	2,30	1,35	1,35	1,31
Material und Warenlager	9,86	11,58	5,51	5,51	3,60
In Arbeit befindl. Gegenstände	35,41	56,94	20,59	20,59	19,71
Debitoren	16,96	11,38	10,91	10,91	9,67
Wertpapiere	0,30	2,76	8,52	2,84	2,80
Beteiligungen	0,09	0,01	1,17	1,17	1,19
Kasse	0,25	0,14	0,10	1,10	0,24
Passiva					
Aktienkapital	25,00	25,00	25,00	14,00	14,00
Reservefonds	3,50	3,50	3,50	1,40	1,40
Anleihe (Aufwertung)	0,60	0,60	0,47	0,47	0,43
Pensionsfonds	1,90	1,80	1.70	1,70	1,57
Darlehen, unkündbar bis 30. Juni 1933	—	—	6,00	6,00	6,00
Anzahlung auf in Argentinien befindliche Gegenstände	64,41 (zusammen mit Verschiedene Gläubiger und Bankschulden)	57,92	21,20	21.20	20,15
Verschiedene Gläubiger		11,84	13,63	13.63	10.00
Bankschulden		13,96	4.52	4,52	3,03
Akzepte	—	—	0,54	0,54	—

[1]) Nach der Einziehung von nom. 11 Mill. Aktien.

(Mill. RM)	31. 12. 27	31. 12. 28	31. 12. 29	31. 12. 30
Betriebsgewinn	4,35	4,86	— 3,36	2,81
Abschreibungen	2,56	2,97	2,20	1.78
Reingewinn	0,10	0.04	—	0,03
Verlust	—	—	7,34	—

Obwohl die Gesellschaft infolge der durchschnittlich verringerten Belegschaft — Anfang 1930: 5996, Mitte des Jahres: 3655 und Ende des Jahres: 6494 Mann — fast die Hälfte der vorjährigen Ausgaben an Soziallasten ersparte, ist es ihr nur durch Kürzung der Abschreibungen gelungen, einen Verlustabschluß zu vermeiden. Wie man aus der Gewinn- und Verlustrechnung ersieht, sind dabei die Abschreibungen in den letzten Jahren ständig vermindert worden. Auch der vorliegende Abschluß zeigt eine Reduzierung der Abschreibungen, obwohl man die Anlagen kaum jemals in dem gegenwärtigen Umfang wird ausnutzen können. Die Verwaltung hätte gut daran getan, die Buchwerte stärker herabzusetzen. Die Bilanz zeigt schon die rückläufige Beschäftigung der Werft im neuen Geschäftsjahr. Darauf deutet insbesondere das Zusammenschrumpfen der Material- und Warenläger um fast 2 Mill. RM hin. ebenso der Rückgang der „in Arbeit befindlichen Gegenstände". Man sollte eigentlich noch einen stärkeren Rückgang dieses letzten Postens erwarten, da am Ende des Berichtsjahrs nur 36 242 Br. Reg. To. in Arbeit waren gegen 60 782 Br. Reg. To. im Dezember 1929. Auch erscheinen die Anzahlungen außerordentlich hoch im Vergleich zu den Bauvorhaben. Der Norddeutsche Lloyd hat freilich wohl für den sehr kostspieligen Umbau seines in New York ausgebrannten Dampfers „München", jetzt „General von Steuben", erhebliche Vorauszahlungen leisten müssen.

Durch den Rückgang der Beschäftigung ist das Unternehmen flüssiger geworden. Die Kreditoren haben sich ungleich mehr verringert, als die Debitoren zurückgegangen sind. Allein die Bankschulden weisen eine Abnahme um 1½ Mill. RM auf. Die verbesserte Liquidität darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die eigentliche Krise für die Deschimag erst im Jahre 1931 beginnt. Gegenwärtig werden nur noch 4514 Mann beschäftigt. Sollte die Gesellschaft in nächster Zeit nicht neue Aufträge erhalten, so wird sich, wie im Geschäftsbericht erklärt wird, die Verwaltung zu weiteren Betriebseinschränkungen und Entlassungen gezwungen sehen. Diese Tatsache macht auch die Aktivität der Deschimag-Verwaltung in der Subventionsfrage verständlich. Noch immer hat man in Bremen offenbar die Hoffnung nicht aufgegeben, auf den Krücken staatlicher Unterstützungen über das Jahr 1931 hinwegzukommen.

Marktberichte

Die Konjunktur

Die Steigerung der *Arbeitslosigkeit*, die seit dem Juli vorigen Jahres anhält und zu einer Verdoppelung der Zahl der Arbeitsuchenden von 2½ auf 5 Millionen führte, hat sich nicht weiter fortgesetzt. Einen halben Monat früher als im Vorjahr ist die Aufwärtsbewegung zum Stillstand gekommen. Von einem eigentlichen Rückgang kann man bei der Abnahme um rund 19 000 Personen, die jetzt — verglichen mit dem Stand von Mitte Februar — eingetreten ist, im Grunde kaum sprechen, um so mehr, als seit kurzem die Arbeitszeitstreckung in größerem Maße als bisher zur Anwendung gelangt und in gewissem Sinne den Erkenntniswert der Erwerbslosenzahl fälscht. Immerhin scheint, wie zu erwarten war, der Wendepunkt erreicht zu sein, falls nicht die Kälte noch einmal die Bewegung ändert. Der Rückgang der Arbeitssuchenden entfällt nahezu zu gleichen Teilen auf die Saisonaußenberufe und die übrigen Berufsgruppen. Die Krisenfürsorge ist wieder stärker belastet worden (mit einem Plus von 46 000 Hauptunterstützungsempfängern), während die Arbeitslosenversicherung von 13 000 Personen entlastet wurde. Regional hat sich die Arbeitslosigkeit besonders im Osten noch etwas erhöht, während sie in Brandenburg, Hessen, Sachsen, Bayern und Südwestdeutschland rückgängig war und in Westfalen, Mitteldeutschland und Pommern auf dem alten Stand blieb. Im Bezirk des Landesarbeitsamts Rheinland ist eine Abnahme der Zahlen nur deshalb ausgeblieben, weil die Massenentlassung der Duisburg-Meidericher Hütte die übrigen Rückgänge überkompensiert hat. Im Bezirk des Landesarbeitsamt Brandenburg kommt der Abgang von 10 000 Personen in vollem Umfang auf Berlin.

Für die weitere Entwicklung kommt es neben der in Aussicht stehenden Saisonentlastung, die durch den Witterungsumschlag eine Verzögerung erfahren kann, in erster Linie darauf an, ob die „zur Zurückhaltung mahnenden Tatsachen", von denen das Berliner Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Vierteljahrsheft spricht, an Gewicht verlieren. Unter diesem Gesichtspunkt ist natürlich auch die Annahme des Etats im Reichstag wirtschaftlich von wesentlicher Bedeutung. Was bisher an *Auslandsanleihen* perfekt geworden ist, ist als Geste des Vertrauens bedeutsamer denn für eine Ankurbelung ausreichend. Die BIZ hat sich bereit gefunden, Schuldverschreibungen zu zeichnen, die die neugegründete Internationale Bodenkreditbank in Basel im Laufe des März zu emittieren gedenkt. Weitergehende Kredithilfe scheint von dieser Seite aber gegenwärtig nicht in Aussicht zu stehen. Welches Resultat in den Verhandlungen erzielt wird, die zwischen Bücher, Max Warburg, Lammers und einer französischen Gruppe um Serruys schweben, steht noch dahin. Auf der anderen Seite besteht sogar wieder deutscher Kapitalexportbedarf; das Finanzierungsproblem ist offenbar ausschlaggebend dafür, ob es gelingt, die Aufträge im Wert von 300 Mill. RM, die die deutsche Wirtschaftsdelegation von ihrer Rußlandreise mitgebracht hat, zu sichern (vgl. S. 517). Als nächster Anwärter auf dem deutschen Kapitalmarkt tritt die Reichspost an. Ihr Bestellungsprogramm beläuft sich wiederum auf 400 Mill., und sie rechnet dabei mit einem Anleihebedarf von 140 Mill. RM.

Die Nachrichten von den einzelnen *Industrien* lauten noch überwiegend unbefriedigend. Beim mitteldeutschen Braunkohlensyndikat lagern 600 000 t, ein Bedarf von 18 Tagen, nachdem die Braunkohlenindustrie seit mehreren Jahren überhaupt nicht mehr auf Lager gearbeitet hatte. Der Stahlwerksverband berichtet über kaum veränderte Geschäftslage. Für Stabeisen ist auf dem Weltmarkt bei leichter Absatzvergrößerung der Preis unter den niedrig-

sten Vorkriegsstand gegangen, und im Inland ist ein Abflauen der infolge der letzten Preissenkung zeitweise auftretenden Nachfragebelebung erfolgt. Das gleiche gilt für das Röhrengeschäft. Im Ruhrkohlenbergbau, in den mitteldeutschen Stahlwerken, im Saargebiet ist es zu weiteren Betriebseinschränkungen gekommen. Der Versand des Ruhrkohlensyndikats hat im Februar von 224 000 t auf 191 000 t nachgelassen. Die Reichsbahn hat nach den jetzt vorliegenden Januar-Nachrichten mit einer durchschnittlichen Tagesgestellung von 105 215 Wagen den niedrigsten Verkehrsstand dieses Jahres erreicht. Einige Belebung, schon aus Saisongründen, macht sich in manchen Zweigen der Textilindustrie bemerkbar: Stoffhandschuhe und Strümpfe in Chemnitz, Seidenstoffe, Schirm- und Krawattenstoffe, Seidenschals, Bänder in der Krefelder Industrie werden stärker verlangt. Die Warenhausumsätze des Januar liegen wertmäßig um 10 % unter dem Vorjahrsniveau. Man verspricht sich einen gewissen Rückhalt von der Tatsache, daß ein dringlicher Bedarf seit langem aufgestaut ist und allmählich zu seiner Deckung geschritten werden muß.

Auf der *Leipziger Messe* haben sich diese Nachfragereserven nicht sehr stark bemerkbar gemacht. Die Einkaufspolitik, die von der Kundschaft verfolgt wurde, ist mehr als vorsichtig gewesen. Dies gilt ziemlich gleichmäßig für den Inlandsabsatz wie für den Export; insbesondere fällt im Gegensatz zu früher die wachsende Neigung auf, sofortige größere Abschlüsse zu vermeiden, sich zunächst mit Proben und kleinen Posten zu begnügen und weitere Aufträge erst nach genauer Prüfung und längerer Überlegung eventuell für später in Aussicht zu stellen, womit, neben anderem, auch das Lagerrisiko weitgehend vom Handel auf die Fabrikanten überwälzt wird. Im einzelnen ist das Geschäft natürlich sehr verschieden ausgefallen. Ländermäßig hat die fehlende Nachfrage aus Übersee sehr enttäuscht. England, Holland, Skandinavien waren um einiges besser vertreten. Was die verschiedenen Waren anbelangt, so hat es, wie immer, einige unerwartete Erfolge gegeben. Die Artikel des Buchdruckereibedarfs werden hier an erster Stelle genannt. Andererseits verzeichnen gewisse Waren direkte Mißerfolge, wie der Bürobedarf und einzelne Standard-Spielzeugarten. Im allgemeinen war der Umsatz überall bescheiden, und wenn auf der einen Seite schon bei den Besuchern weitgehende Zurückhaltung zutage trat, so wurde infolge der Vorsicht der Aussteller angesichts der zahlreichen Insolvenzen der letzten Zeit — ihre Zahl hat im Februar das besonders hohe Januarergebnis fast erreicht — der Geschäftsumfang noch mehr verengt. Durchweg aber waren die Preise äußerst stark gedrückt, und die ganze Sachlage hat dazu geführt, die Debatte über die fragliche Notwendigkeit, zweimal im Jahr Messe zu veranstalten und die Messe in dem in Leipzig gewohnten Stil aufzuziehen, erneut in Fluß zu bringen.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Umschwung auf dem Devisenmarkt

Zum erstenmal seit Wochen erfuhr die Reichsmark, die bisher dicht am oberen Goldpunkt stand, eine Befestigung. Der Dollar ging rasch von 4,2080 auf 4,20 zurück und das Pfund von 20,445 auf 20,40. Verschiedene Gründe wirkten dabei zusammen. Zunächst einmal scheint der *Kapitalimport* wieder stärker in Gang zu kommen. Die ausländischen Banken zeigten im Zusammenhang mit der günstigeren Beurteilung der deutschen Verhältnisse teilweise größere Geneigtheit zur Erhöhung ihrer kurzfristigen Ausleihungen. Auch schweben eine ganze Reihe von Plänen, um die Einfuhr von langfristigem Kapital wieder in die Wege zu leiten, wobei neben der im letzten Heft (S. 475) besprochenen Gründung der Internationalen Bodenkreditbank in Basel nur an das Norman-Projekt erinnert sei. Es wurde auch auf der letzten Tagung der BIZ erörtert, auf der im übrigen als greifbares Ergebnis eine Übernahme von Obligationen der eben erwähnten Internationalen Bodenkreditbank in Basel beschlossen wurde. Für die Abschwächung der Devisenkurse war ferner von Bedeutung, daß seit einiger Zeit auch geflüchtetes deutsches Kapital zurückströmt. Die Kehrseite dieser Bewegung ist die anhaltende Abschwächung der Devise Schweiz.

Berlin Mittelkurs:	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3	11. 3.
New York........	4,207	4,207	4,205	4,203	4,200	4,199
London..........	20,44	20,44	20,43	20,42	20,42	20,40

Parallel mit der Befestigung der Mark schwächte sich der *französische Franc* merklich ab, so daß der auf London lastende Alpdruck immer mehr schwindet. Französische Goldabziehungen bei der Bank von England sind jetzt nicht mehr möglich; allerdings erwirbt Frankreich weiterhin das auf dem freien Markt angebotene Kap-Gold. Die Francabschwächung ist ebenfalls zum Teil die Kehrseite der Markbefestigung. Frankreich scheint allmählich etwas stärker zum Kapitalexport überzugehen. Von den vermehrten kurzfristigen Ausleihungen profitieren alle umliegenden Länder und damit indirekt auch Deutschland. Von langfristigen Krediten ist neuerdings die Beteiligung an der rumänischen Anleihe (s. S. 526) bemerkenswert. Auch eine ganze Reihe anderer Balkanstaaten warten auf eine stärkere Öffnung des französischen Exportventils. Wie weit Deutschland davon Nutzen haben wird, ist noch immer ungeklärt. Eine weitere Ursache für die Abschwächung des Franc ist die Tatsache, daß die Reichsbank in diesem Monat keine Francs zu kaufen braucht, da für die Abführung der nächsten Reparationsrate der Erlös aus der bekannten Reichsbahnvorzugsaktien-Transaktion zur Verfügung steht.

Entspannung des Geldmarkts in Deutschland

Nach der ziemlich erheblichen Ultimo-Verknappung bedeutete es eine gewisse Überraschung, daß die Entspannung am Geldmarkt schnelle Fortschritte machte. *Tagesgeld* war schließlich mit 3½—4 % zu haben und der *Privatdiskont*, der im Februar nicht unter 4⅞ % zurückgegangen war, konnte am 5. März auf 4¾ % ermäßigt werden. Man vermutet, daß Wechselkäufe der BIZ dazu beigetragen haben. Der Reichsbank-Ausweis zeigte eine kräftige Entlastung. Etwa 50 % der Ultimo-Beanspruchung war am 7. März wieder abgetragen, namentlich das Lombardkonto erreichte nach einer Erleichterung um 217 Mill. RM wieder eine normale Höhe. Entsprechend dem oben erwähnten Umschwung auf dem Devisenmarkt erfuhren die Deckungsdevisen eine Zunahme um 24 Mill. RM.

1931	Berlin: Privatdiskont lange Sicht	Berlin: Privatdiskont kurze Sicht	Berlin: Tägliches Geld	Berlin: Monatsgeld	Berlin: Warenwechsel	Frankfurt a.M.: Scheckaustausch	Frankfurt a.M.: Warenwechsel
5. 3.	4¾	4¾	5½—7	5¾—7	5¼	4½	5⅛
6. 3	4¾	4¾	4¾—6	5¾—7	5¼	4½	5⅛
7. 3	4¾	4¾	4 —5½	5¾—7	5¼	4	5⅛
9. 3.	4¾	4¾	3¼—5	5¾—7	5¼	3½	5
10. 3.	4¾	4¾	3½—5	5¾—7	5¼	3	5
11. 3.	4¾	4¾	3½—5	5¾—7	5¼	3	5

Neue Geldbeschaffungsversuche der Kommunen

Den Kommunen macht die Abdeckung der am 1. April fällig werdenden *Schatzanweisungen* Sorge. *Frankfurt*, das von den fälligen Abschnitten in Höhe von 20 Mill. RM bisher erst 4 Mill. RM in neue Schuldverschreibungen konvertieren konnte, hat nunmehr einen sechs- bis neunmonatigen Zwischenkredit von 15 Mill. RM aufgenommen. *München*, dessen ursprünglich in Aussicht genommene Ersatzemission an dem Widerspruch der Überwachungsstelle scheiterte, bietet für die fällig werdenden 16 Mill. RM 5 %ige Schatzanweisungen erneut eine Konversion an, und zwar in eine 7%ige Anleihe, die mit 86 % berechnet wird. Gleichzeitig hat die Stadt an die Bayerische Girozentrale 16 Mill. RM neue 7%ige Schatzanweisungen zu 98 % begeben, die am 30. Juni 1932 fällig werden (Gesamtbelastung für die Stadt 9,29 %). Dieser Emission scheint die Zustimmung der Überwachungsstelle nicht versagt zu werden. Weiter verlautet, daß der *Freistaat Sachsen* 20 Mill. RM mittelfristige Schatzanweisungen herausbringen will.

Die Warenmärkte

Während der Berichtszeit verliefen die

Getreidemärkte uneinheitlich

bei zeitweilig erheblichen Preisschwankungen. Das wichtigste Ereignis der Woche war die plötzliche *Heraufsetzung des deutschen Roggenzolls* von 150 auf 200 RM je Tonne (vgl. S. 519). Sie folgte dem Ankauf eines Postens von rund 140 000 t Russenroggen, lagernd in Amsterdam und Rotterdam, durch eine holländisch-deutsche Gruppe. Da der Kaufpreis außerordentlich günstig war — rund ein Drittel Gulden billiger als der gleichzeitige Marktpreis — und auf der anderen Seite von den deutschen Müllern für den trockenen russischen Roggen gern ein Aufgeld bis zu 20 RM gezahlt wird, hätte eine gewisse Möglichkeit für Einfuhren aus diesem Posten nach Deutschland tatsächlich bestanden. Sie wurde sofort unterbunden, mit dem Erfolg, daß sich der Roggenmarkt in Deutschland weiter befestigte. Gute Beschaffenheiten sind allmählich knapp (vielleicht infolge Zurückhaltung durch die erste Hand); bei der Märzabwicklung sind wieder in nicht unerheblichem Umfange Minderwerte erklärt worden; in den letzten Tagen wurden der Preis für Eosinroggen erneut erhöht und die Kaufbedingungen verschärft; z. T. wurde das durch die weitere Befestigung des Futtermarkts begünstigt. — Das Geschäft mit Weizen stockt, weil Weizenmehl für den Durchschnittsverbrauch allmählich zu teuer geworden ist und keinen Absatz mehr findet; der Grundton des Markts ist denn auch eher schwächer, um so mehr als die Zurückhaltung der ersten Hand hier nicht so groß ist wie beim Roggen.

Der *Weltmarkt* stand auch weiter unter dem Einfluß der bereits im letzten Bericht besprochenen Ankündigung des amerikanischen Farmamts, das inzwischen tatsächlich einige kleine Posten nach Belgien verkauft hat. Der englische Statistiker Snow errechnet für die Union in der laufenden Ernte einen Gesamtüberschuß von mehr als 310 Mill. Bushels, etwa 8½ Mill. t; die letzten Schätzungen der Verfütterung hielten sich zwischen 60 und 100 Mill. Bushels, waren also nicht sonderlich hoch. Die privaten Schätzungen der Bestände in der ersten Hand boten dem Markt keine besondere Anregung, die — unerwartet hohen — amtlichen kamen erst am Ende der Berichtszeit heraus. — Übrigens hat die New Yorker Getreidebörse jetzt den Handel mit kanadischem Weizen unter Zollverschluß aufgenommen. — Die Klagen über die Regenfälle in Argentinien sind verstummt, vorübergehend wurde sogar gemeldet, es sei so heiß, daß die wachsende Maisernte gefährdet werden könnte. Die bisher nach Europa gelangten Posten argentinischen Weizens fallen ziemlich gut aus.

Die Abschwächung der Baumwollmärkte

während der Berichtswoche ist eine Folge des ebenfalls im vorigen Bericht bereits geschilderten Kampfes zwischen den Wünschen des Farmamts nach höheren Preisen und Einschränkung des Anbaus. Der Markt selbst hält sich nach Möglichkeit zurück, es scheint auch, als ob insbesondere in der Union die Spinner den nächsten Bedarf einigermaßen gedeckt hätten. — Das Geschäft in Garnen und Geweben hat sich in der Union leicht belebt, in England erhofft man von dem indischen Abkommen eine gewisse Anregung, trotz der Erhöhung der indischen Eingangszölle. — Die ägyptischen Märkte zeigten wieder beträchtliche Preisbewegungen. — Die begonnene

Londoner März-Wollversteigerung

bringt ein Gesamtangebot von rund 200 000 Ballen, also verhältnismäßig viel. Auf der andern Seite hat sich jedoch die Stimmung seit der Januarversteigerung gebessert, und die letzten Auktionen in Australien liefen wiederum ausgesprochen fest ab. Bemerkenswert ist, daß jetzt auch das Kammzug- und Garngeschäft eine gewisse Belebung zeigen und Preisbesserungen aufweisen. Die zu erwartenden Preisaufschläge in London wurden vorher ziemlich hoch eingeschätzt, und die ersten Versteigerungstage erwiesen diesen Optimismus als berechtigt: gegenüber dem Januar wurden durchschnittlich 15 % mehr erzielt. — Im Gegensatz zu den Vorwochen waren die

Metallpreise abwärts gerichtet,

insbesondere die Notierungen für *Kupfer*. Obgleich die amerikanischen Ausfuhrverkäufe während des Februar verhältnismäßig hoch waren und man auf eine beträchtlich gebesserte Statistik rechnet, ist die Stimmung wieder umgeschlagen, nicht zum wenigsten deshalb, weil Europa seine Käufe nach den — wie erwähnt — recht lebhaften letzten Februarwochen etwa mit Beginn der Berichtszeit wieder völlig eingestellt hat. Auf den Standardmärkten beobachtete man Glattstellungen des Handels, von dem man auch gelegentlich die Ansicht hört, daß die amerikanischen Statistiken wieder nicht vollständig zu sein schienen.

Auf dem *Zinnmarkt* riefen die Nachrichten darüber, daß die vier Regierungen sich jetzt einig geworden seien (vgl. Nr. 10, S. 482), keinen besonderen Enthusiasmus hervor, da man einmal die Wirkungen der Einschränkung als in den Kursen vorweggenommen ansah, andererseits die Februarstatistik mit rund 5000 t Bestandszunahme und beträchtlichen Übertragsbeständen besonders in Ostasien unangenehm überraschte; hier scheinen bisher verborgen gewesene Bestände sichtbar zu werden, und man hat keinen Anhalt dafür, wie weit diese Bewegung gehen wird. Überdies blieben die amerikanischen Käufe weit hinter den Erwartungen zurück.

Die *Blei-* und *Zink*preise folgten der Allgemeintendenz. Auf dem Bleimarkt beobachtete man zeitweilig Deckungen von Leerverkäufern, auf der andern Seite aber glaubte man auch Anzeichen für erneutes Eingreifen der bekannten Stützungsgruppe zu sehen.

Auf den Kohlenmärkten

ist der Druck in den letzten Wochen nicht geringer, sondern eher stärker geworden. Der Abzug von Hausbrandkohle sinkt mit der fortschreitenden Jahreszeit zwangsläufig, die Abnahmen aus der Industrie sind ebenfalls in allen Ländern geringer geworden. Vom Weltmarkt aus gesehen, wird besonders die allmähliche weitere Einengung des französischen und des belgischen Markts spürbar; belgische Kohle tritt jetzt wieder drängender im Angebot auf. — Die deutschen Haldenbestände einschließlich der Syndikatsläger hatten zu Ende Februar die 10 Mill. t wieder überschritten; in allen Revieren nahmen die Feierschichten wieder zu. — Ähnlich

gedrückt lagen auch die Eisenmärkte,

besonders in der zweiten Hälfte der Berichtszeit. Während die englischen Meldungen von einer allerdings mehr stimmungsmäßigen Besserung des heimischen Markts sprechen, berichten sämtliche festländischen Bezirke von einem völligen Versagen der Nachfrage und von neuen Preisabschwächungen. Die letzten Stabeisenpreise werden mit nom. £ 3/15 angegeben, mit dem Hinzufügen im übrigen, daß von den im vorigen November spekulativ erworbenen Eisenmengen noch recht vieles unspezifiziert sei und manches vielleicht niemals spezifiziert werden würde. — Die Internationale Rohstahlvereinigung hat in Paris beschlossen, die Grundproduktionsmengen unverändert zu lassen.

Von einer gewissen Befestigung sprechen dagegen die amerikanischen Berichte. Die Schrottpreise haben eine Kleinigkeit angezogen, auch die Forderungen für Halb- und Fertigerzeugnisse sind teilweise um einige Cents in die Höhe gesetzt worden, und der Beschäftigungsgrad der Werke wurde zuletzt mit durchschnittlich 55 % angegeben.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Kräftige Steigerungen, lebhafte Umsätze

In der abgelaufenen Woche vollzogen sich auf allen Marktgebieten der Börse recht erhebliche Steigerungen, aber bemerkenswerter als die nominellen Kurserhöhungen ist die Tatsache, daß gleichzeitig das Geschäft zum erstenmal wieder seit langer Zeit einen recht beträchtlichen Umfang angenommen hat. Nachdem sich zunächst in den vorangegangenen Wochen durch internationale Deckungen und Neuengagements der Großspekulation eine länger anhaltende Aufwärtsbewegung entwickelt hatte, haben sich nunmehr auch die *breiten Schichten des in- und ausländischen Publikums* wieder in recht großem Ausmaß am Börsengeschäft beteiligt. Es ist schwer zu erkennen, welche Anlässe im einzelnen für die Entschlüsse zum Aktien- oder Rentenkauf maßgebend waren, aber insgesamt ist eine *allgemeine Rückkehr des Vertrauens* offenbar das Charakteristikum der Bewegung. Kennzeichnend dafür ist in erster Linie, daß die Kurserhöhungen mit hervorgerufen wurden durch umfangreiche *Kaufaufträge aus der Schweiz,* die sich nicht nur auf die Standardwerte des Terminmarkts, sondern auch auf die kleinen und kleinsten Werte erstreckten. Das Ausland pflegt sich aber erfahrungsgemäß nur den international bekannten deutschen Effekten zuzuwenden, und so ist sicherlich die Schlußfolgerung nicht unberechtigt, daß es sich bei jenen Schweizer Käufen gar nicht um echte Auslandskäufe, sondern um die *Rückkehr geflüchteten deutschen Kapitals* handle. Diese Annahme wird auch bestätigt durch Beobachtungen auf den Geld- und Devisenmärkten. Freilich darf man das Ausmaß dieser Rückwanderungen nicht überschätzen, aber als Symptom ist der Vorgang recht beachtlich. Daneben mögen auch echte Auslandskäufe erfolgt sein, die teilweise vielleicht schon als ein gewisser Erfolg der mannigfachen Bemühungen um *Besserung des internationalen Kapitalausgleichs* anzusehen sind. In den letzten Tagen traten diese Erscheinungen jedoch in den Hintergrund gegenüber der sich stark steigernden Nachfrage des Inlandspublikums, die sich vor allem in einer starken Befestigung der *Kassamärkte* äußerte. In Börsenkreisen wird diese Entwicklung allerdings vielfach mit einer gewissen Skepsis verfolgt. Man verweist auf die noch trüben Nachrichten aus der Industrie und die nur ganz unwesentlich gemilderte Arbeitslosigkeit, die zu dem Optimismus der Aktienkäufer schlecht passe. Aber auf Grund der Erfahrungen von 1926 riskiert man es heute kaum, sich einer so starken Bewegung entgegenzustämmen, denn man zweifelt daran, daß die breite Masse, nachdem die Hausse einmal im Gang gekommen ist, auf Argumente überhaupt noch reagiere, und meint, daß die Rückkehr des Vertrauens an der Börse, wenn sie auch vielfach als zu stürmisch empfunden wird, schließlich die Gesamtwirtschaft bis zu einem gewissen Grade mitreißen könne.

Die allgemeine Unternehmungslust erstreckte sich so gleichmäßig auf alle Gebiete, sowohl festverzinsliche Werte wie Dividendenpapiere, daß Einzelbewegungen kaum hervortraten. Die Hauptwerte des Elektro- und Chemiemarkts, die in den letzten Wochen schon stark gestiegen waren, erzielten nur noch verhältnismäßig geringe Kursgewinne, dafür wurde der bisher wenig beachtete *Montanmarkt* stark in den Vordergrund gerückt. Besondere Überlegungen sprachen dabei kaum mit; man bezeichnete einfach das ganze Gebiet als „zurückgeblieben". Das gleiche gilt von einer Reihe von Aktien aus der *Maschinenindustrie,* besonders Orenstein, Schwartzkopff und andere, obwohl die Absatzlage überall noch recht schlecht ist. Ziemlich deutlich beeinflußt wurde die Börse zeitweilig durch den Tätigkeitsdrang einer jüngst mit neuem Kapital ausgestatteten Bankfirma, die offenbar abwechselnd einzelne Papiere oder Effektengruppen herausgriff und systematisch favorisierte, zunächst *Kunstseidenwerte,* die später einen heftigen Rückschlag erfuhren, dann *Karstadt*-Aktien, die ebenfalls bald wieder abbröckelten, und zuletzt einzelne Montanwerte. Starken Schwankungen unterlagen *Deutsche Linoleum* im Zusammenhang mit der nunmehr zustandegekommenen Neuplacierung der Aktienmajorität. Ein wesentlicher Teil der zeitweiligen Gewinne ging in den letzten Tagen wieder verloren. Abgeschwächt waren *Hansa-Dampfschiff,* da man nunmehr mit einem völligen Dividendenausfall rechnet.

Frankfurter Börse

Die Tendenz behielt, von kleineren Schwankungen abgesehen, ihre ungewöhnliche Festigkeit; zum Schluß der Berichtsperiode waren neue Höchstkurse seit dem Tendenzwandel vom Januar erreicht. Die Stärkung des Vertrauens ist in beträchtlichem Maße fühlbar.

Die Farben-Aktie schloß mit etwa 144½ %; Schweizer Käufe führten zu einer starken Steigerung der Elektrizitätspapiere; Montanwerte, besonders Rheinstahl und Mannesmann, waren im Tausch gegen andere Effekten gesucht, ein Frankfurter Bankhaus soll sich stärker in Mannesmann interessiert haben. Kunstseidenwerte fanden zunächst weitere erhebliche Deckungsnachfrage, die erst gegen Ende der Berichtszeit etwas nachließ; besonders Bemberg waren vorübergehend zu Kursen bis über 90 % gesucht. Die Salzdetfurth-Werte stiegen auf die unveränderte Dividendentaxe im Kurs. Beträchtliches Interesse stellte sich ein für die Zellstoff-Werte, besonders für Waldhof, aber auch für Aschaffenburg (bis 91 %) und Zellstoff-Verein (bis 49½ %), wobei Kombinationen über stärkere Zusammenfassung dieser Industrie in Umlauf kamen; auch die als gesichert angesehene Fernhaltung des Blumensteinschen Waldhof-Pakets vom offenen Markt spielte dabei eine Rolle. Autowerte waren lebhaft gefragt und höher, Daimler bis etwa 35 %, Kleyer — nach einer Steigerung um 20 % innerhalb ganz kurzer Wochen — bis 65 %, später 61 %, wegen der Erfolge auf der Automobilausstellung und in Hoffnung auf das beginnende Saisongeschäft; für Kleyer erwartet man keinen Verlustabschluß mehr. Bei Einzelwerten war stärkere Nachfrage, mehrfach ohne ausreichendes Material, für Hanfwerke Füssen, später 57 (52) %. Ohne Interesse angeboten waren zuerst Dyckerhoff & Widmann, dann 78 nach 82 %, später aber wieder gesteigert bis 83 %. Nur teilweise befriedigt wurde vorübergehend die Nachfrage nach Mainkraftwerke-Aktien, die am 6. März 74 nach 70⅛ % bei etwa 65 % Zuteilung notierten. Von den Nebenwerten waren Thüringer Elektrizitäts-Lieferung bis 82 nach 75 % erhöht, Lechwerke bis 90 nach 86 %. Verein für Chemische Industrie, Frankfurt a. M., stiegen bis 70¾ nach 63½ %; die Scheideanstalt soll ein Aktienpaket dieser Gesellschaft erworben haben, man sprach von einer Verbindung der beiden Firmen. Von Hypothekenbankaktien waren Meininger bis 158½ % stark gesucht.

Der Einheitsmarkt lag verhältnismäßig ruhig, aber im ganzen erheblich fester, das Material ist knapp geworden, so daß sich nun die Geldstreichungen häufen, so: Andreae Noris-Zahn in Erwartung von wieder 10 % Dividende (Taxe 105 nach 96 %), Kammgarnspinnerei Kaiserslautern,

	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Dt. Effecten- u. Wechselbank	94 1/2	94 1/2	94 1/2	94 1/2	95	95
Frankfurter Bank	90	90	91	91	91	91
Frankfurter Hypotheken-Bank	146 1/4	146 1/2	146 1/2	147	147 1/4	149 3/4
Cementwerk Heidelberg......	79	77	—	78	77	78
Scheideanstalt	131 3/4	131	132	131 3/4	132 3/8	134 3/8
Frankfurter Hof............	40	42	—	40	40	40
Hanfwke. Füssen-Immenstadt	—	52	—	—	56 1/2	57
Henninger Brauerei	121	—	—	125	—	—
Hochtief	74	75	77	77 1/2	77 3/4	78
Holzmann	90 1/8	90 1/8	90 1/2	91	91 1/2	91 1/2
Main-Kraftwerke	70 1/8	74	75	74	74 1/2	76
Metallgesellschaft	80	80 3/4	—	79	79 3/8	81 1/2
Maschinenfabrik Moenus	23	21	—	21 1/8	22 1/4	24
Ludwigshafener Walzmühle..	58	—	60	59	60	59 1/2
Tellus, Bergbau u. Hüttenind.	40	40	40	40	40	40
Verein f. chem. Industrie	63 1/2	62 1/2	63 3/4	64 1/2	64 1/2	70 3/4

Parkbrauereien (Taxe 86 nach 82 %), Enzinger-Union (später auf Abschlußhoffnungen 75¾ nach 61, dann wieder 72 %), Sachtleben AG, ferner Unterfranken (später 95 nach 85 %), Strohstoffabriken Dresden (Taxe 140 nach 136½ %), Ilse Genußscheine (später 116 nach 110⅝ %), Ludwigshafener Walzmühle (später 60 nach 68 %), Süddeutsche Eisenbahn (Taxe 95 nach 85 %). Nach Geldstreichung Chemische Albert 39 % (nach 32 %). Das Interesse für diese Märkte hat sich also gehoben. Immerhin waren noch ohne ausreichende Aufnahme Voigt & Haeffner, deren Kurs sehr schwer festzustellen zu sein scheint, Bremer Ölfabriken (zuletzt 58 %), Armaturenfabrik Hilpert, Bayerische Spiegelglasfabriken (Taxe 29 nach 34 %), Bad Salzschlirf (später 20, dann 22 %), Emag (später 58 und 56 nach 60 %).

Hamburger Börse

Die Stimmung war während der Berichtswoche recht *optimistisch*, da nach längerer Zeit wieder ein gewisses Interesse des Auslands festgestellt werden konnte. Die börsentechnische Lage ist einer Aufwärtsbewegung günstig, so daß die Kurse auch ohne große Umsätze anziehen konnten. Erst am letzten Tag wurde die Stimmung schwächer, ausgehend vom Markt der *Karstadt-Aktie*, an dem es zu erheblichem Geschäft für Berliner Rechnung kam.

Auf dem Markt der *Schiffahrts-Werte* hat der Entschluß der Großreedereien, wieder 6 % Dividende zu verteilen, anregend gewirkt. Die Börse weist darauf hin, daß, wenn die Dividende auch nur aus der Freigabe gezahlt werde, aus der Form der Gewinnverteilung doch ersichtlich sei, daß damit die Ansprüche der Aktionäre nicht endgültig abgegolten werden sollen. Immerhin wirkt diese Festigkeit überraschend, da sich aus den von den Verwaltungen veröffentlichten Zahlen berechnen läßt, daß nicht nur die Dividende, sondern auch ein erheblicher Teil der — allerdings erhöhten — Abschreibungen nur aus dem Freigabeerlös ermöglicht worden ist. Die Hapag-Aktien zogen um 5 % auf 73½ an und gingen am letzten Tag wieder um 1¼ % zurück. Lloyd-Aktien schlossen mit 75½, sie gewannen also 4½ %. Es ist bemerkenswert, daß die Spanne zwischen den beiden Werten, die nach der Dividendenverkündung zunächst stark zurückging, immer noch mehr als 2 % beträgt. Hamburg-Süd waren am Schluß mit 134½ % ein wenig schwächer bezahlt. Es kam gelegentlich zu kleinen Umsätzen; größeres Angebot kam nicht auf den Markt, so daß der Kurs leicht reguliert werden konnte. Hansa waren in den letzten Tagen ohne Notiz. Sie wurden vorher unverändert mit 106 nachgefragt. Afrika-Reedereien blieben mit 40 % gesucht. Für Flensburger Dampfer bestand kein Interesse. Von sonstigen Verkehrswerten stiegen Hochbahn um weitere 1½ % auf 72. Lübeck-Büchener wurden noch verschiedentlich mit 51 bezahlt; in den letzten Tagen wurde der Geldkurs auf 48½ herabgesetzt, ohne daß zu diesem Kurs Angebot bemerkbar wurde. *Bergedorf-Geesthachter* waren mit 29 gesucht. Der Staat hat sich inzwischen entschlossen, sein Umtauschangebot dahingehend zu verbessern, daß die zu begebenden Obligationen nicht durch Aufkauf, sondern durch Auslosung zum Nennwert getilgt werden müssen. Er will ferner auf Vorschlag der früheren Opposition, die sich jetzt im Prinzip mit dem Angebot des Staates einverstanden erklärt, die Ausgabe von Genußscheinen erwägen, und zwar ist vorgesehen, je 100 RM auf die Stamm- und je 200 RM auf die Vorzugsaktien als Genußscheine auszugeben. Nach Verteilung von 4 bzw. 5 % Dividende sollen 25 % des Reingewinns an einen Fonds abgeführt werden, aus dem die Genußscheine getilgt werden sollen. Der Wert derartiger Genußscheine ist um so zweifelhafter, als die Bahn später ganz in den Besitz des hamburgischen Staates übergeht, der auch allein die Dividendenpolitik bestimmen dürfte.

Bank-Werte waren kaum verändert. Vereinsbank blieben mit 100 gesucht, obwohl eine Ermäßigung der Dividende bevorsteht. Liquidations-Casse Hamburg waren mit 63 um 3 % fester, Westholsteinische Bank mit 174 (1 % höher) gesucht.

Der Kurs der *Karstadt-Aktien* war wieder stärksten Schwankungen ausgesetzt. Bei ziemlich lebhaftem Geschäft stieg er schließlich am letzten Tag der Berichtswoche auf 72, also um fast 6 % gegenüber dem vorwöchigen Schluß. Zu diesem Kurs kam dann plötzlich sehr starkes Angebot heraus. Da keine Interventionen vorgenommen wurden, fiel der Kurs auf 67. Die Abgaben wurden mit Gerüchten begründet, daß am 13. März die Bilanzsitzung stattfinden solle und daß die Aussichten für eine Dividendenzahlung ungünstig seien. Was die erste Annahme anbelangt, so ist sie bestimmt falsch, denn da das Geschäftsjahr erst am 31. Januar schließt, ist schon in technischer Hinsicht eine Vorlegung der Generalbilanz in den nächsten Tagen unmöglich. Die Verwaltung selbst nimmt an, daß die Bilanzsitzung erst im Mai stattfinden kann. Damit steht auch die Frage der Dividendenverteilung noch nicht zur Erörterung, deren voraussichtliche Beantwortung heute um so weniger zu übersehen ist, als man innerhalb der Verwaltung recht geteilter Meinung zu sein scheint. Wenn auch eine bescheidene Dividende aus dem Gewinn verteilt werden könnte, so wird man diese Frage vermutlich unter dem Gesichtspunkt der Liquidität besonders prüfen.

Brauerei-Werte lagen ziemlich ruhig. Holsten-Brauerei sanken um 3 % auf 130; auch Bill-Brauerei waren mit 202 etwas niedriger notiert, während Bavaria auf 145 stiegen. Zementwerte waren weiter fest: Alsen 125 (+ 5 %), Hemmoor 124 (+ 3 %) und Breitenburger 79 (+ 3 %). Sehr fest lagen auch HEW, die mit 117½ rund 6 % gewonnen hatten, während Nordwestdeutsche Kraftwerke unverändert mit 148 gesucht blieben. Leder Wiemann waren nach Abzug der 10 %igen Dividende mit 107 um 4 % höher. Fester waren ferner: Hollar Carlshütte 280 G (+ 10), Harburg-Phönix 59 (+ 7), Triton-Werke 54 (+ 6), Markt- und Kühlhallen 124 (+ 5), Kühl-Transit 120 (+ 6), Stader Leder 59½ (+ 3½), Ruberoid 40 (+ 2).

Auf dem Kolonialmarkt waren Schantung mit 96 um 1½ % niedriger angeboten, Neu Guinea dagegen mit 205 um 8 % höher bezahlt. Von amtlich nicht notierten Werten stiegen Doag auf 65 und Salitrera auf 105, d. h. um je 5 %. Von sonstigen unnotierten Werten waren fester Deschimag 25 (+ 2), Deutsche Petroleum 64 (+ 2) und schwächer Kaffee Hag 142 (— 1) sowie Deutsche Gasolin 38 (— 2).

	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Deutsch-Ostafrika-Linie	40G	40G	40G	40G	40G	40G
Woermann-Linie	40G	40G	40G	40G	40G	40G
Flensburger Dampfercomp.	—	—	—	—	—	—
Bavaria- u. St. Pauli-Brauerei	145B	143G	145B	143bz	148G	143G
Bill-Brauerei	205B	205B	205B	205B	205B	205B
R. Dolberg	—	—	—	—	—	—
Eisenwerk Nagel & Kaemp.	80B	80B	80bz	80B	80B	81B
Flensburger Schiffsbau G.	—	—	—	—	—	—
Lederwerke Wiemann	112G	—	—	115G	106-107	108B
Chem. Heil & Sthamer	—	—	—	—	—	—
Chem.Fabr.Harburg-Staßfurt	34½G	34½G	34½G	34½G	34½G	34½G
Transp.-AG. (vorm. Hevecke)	42G	42G	—	—	—	42bz
Malzfabrik Hamburg	98B	98B	98B	98B	98B	98B
Schwartauer Werke	23G	24	23B	23bz	24B	24B
Jaluit-Gesellschaft	50G	50G	50G	50G	50G	50G
dto. Genußscheine	30G	30G	30G	30G	30G	30G
Deutsche Hand. u. Plant.Ges.	60G	60G	60G	60G	60G	60G
dto. Genußscheine	40G	40G	40G	40G	40G	40G

Pariser Börse

Die Pariser Börse tritt seit zwei Wochen auf der Stelle. Die Tendenz ist lustlos, die Geschäftstätigkeit auf ein Minimum reduziert. Dabei hat es gerade in der Berichtsperiode an stimulierenden Elementen nicht gefehlt. Der Abschluß des französisch-italienischen Flottenabkommens hat die seit Jahren außerordentlich zugespitzten Beziehungen zwischen Paris und Rom entspannt. Die große außenpolitische Debatte in der Kammer hat mancherlei Lichtblicke am Horizont der internationalen Situation gezeigt und der Regierung eine Mehrheit von 551 gegen 14 Stimmen gebracht. Auch auf finanziellem Gebiet war eine ganze Reihe ermutigender Faktoren zu verzeichnen. Die nunmehr in ihrer Gesamtheit vorliegenden Abschlüsse der französischen Großbanken lassen das abgelaufene Geschäftsjahr sehr viel günstiger erscheinen, als man vielfach ange-

nommen hatte. Tatsache ist jedenfalls, daß alle größeren Kreditinstitute ihre vorjährige Ausschüttung in vollem Umfang aufrechterhalten können und daß dazu nicht einmal ein Rückgriff auf die in den früheren besseren Zeiten angesammelten Rücklagen notwendig war. Einzelne der Banken haben sogar ihre Überschüsse nicht unbeträchtlich zu erhöhen vermocht. In der Industrie ist die Konjunktur zwar weiter gedrückt, die Krise hat jedoch seit dem Beginn des Jahres keinerlei Verschärfung erfahren.

Trotzdem übten sowohl die Kundschaft wie die Spekulation allergrößte Zurückhaltung, und selbst die Belebung der ausländischen Plätze, vor allem New Yorks und Berlins, ist hier ohne Eindruck geblieben. Der große Krach vom letzten Jahr scheint der Pariser Börse noch immer in den Gliedern zu liegen und die starke Aufwärtsbewegung in der zweiten Januarhälfte ihren Elan wieder einmal für längere Zeit gebrochen zu haben. Dazu kam in den letzten Tagen ein neuer finanzpolitischer Skandal, der um so stärker auf die Stimmung drückte, als einstweilen nicht abzusehen ist, welche Folgen er für die Regierung haben wird. Denn diesmal ist es kein geringerer als der Finanzminister Flandin, der durch die Aufdeckung der Affäre aufs schwerste kompromittiert ist. Er war der Rechtsbeirat der Compagnie Aeropostale, des größten vom Staate subventionierten Luftverkehrsunternehmens, das seine privilegierte Stellung zu außerordentlich gewagten finanziellen Transaktionen im Interesse der hinter ihr stehenden Privatbanken benutzt hat. Sie hat u. a. unter der Vorspiegelung einer in Wirklichkeit nicht existierenden staatlichen Garantie eine Obligationsanleihe in Höhe von 200 Mill. aufgenommen und eine sehr umfangreiche Wechselreiterei betrieben. Das Defizit wird auf 300—400 Mill. Fr geschätzt. Der Versuch Flandins, die Gesellschaft durch eine Erhöhung der staatlichen Subvention zu sanieren, ist an dem Widerstand der zuständigen Kammerkommission gescheitert, so daß die Aeropostale, deren Betrieb einstweilen provisorisch aufrechterhalten wird, gezwungen sein wird, schon in den nächsten Tagen ihren Konkurs anzumelden. Von den hinter ihr stehenden Privatbanken hat die dem gleichnamigen Vizepräsidenten der Kammer nahestehende Bank Bouilloux-Lafont bereits ihre Zahlungen eingestellt.

Es zeugt von der inneren Widerstandskraft des Pariser Marktes, wenn trotzdem das Kursgebäude, von gewissen Einzelbewegungen abgesehen, nicht allzusehr gelitten hat. Renten waren im großen und ganzen gut behauptet, da die befürchtete Konvertierung endgültig auf einen günstigeren Zeitpunkt vertagt zu sein scheint. Auch der Markt der ausländischen Fonds wies ein lebhaftes Geschäft auf. Die Dawes-Anleihe ist von 12 395 auf 12 700, die Young-Anleihe von 848 auf 895 gestiegen. Türken liegen drei bis vier Punkte über dem letzten Liquidationskurs. Rumänen waren infolge des nach mannigfachen Schwierigkeiten zustandegekommenen Abschlusses der neuen Anleihe stark gefragt. Banken haben sich mit geringen Ausnahmen auf dem Niveau der Vorwoche zu halten vermocht. Transportwerte waren neuerdings wieder erheblich abgeschwächt. Der Markt der industriellen Aktien war ohne nennenswerte Bewegungen. Zechen konnten sich nach dem vorangegangenen Kurssturz einigermaßen erholen. Sonstige schwerindustrielle Werte lagen still und wenig verändert. Von Spezialwerten waren Kuhlmann und Thomson infolge der Gewißheit der Dividendenreduktion gedrückt.

	4. 3.	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.
3% Staatsrente 1)	88.60	88,60	88,65	88 80	88.9[illegible]	88.75
6% (1927)	105 15	105 20	10[illegible] 22	105 00	105,35	105,30
Banque de France 2)	19[illegible]0	19175	19005	19100	19[illegible]	18815
Crédit Lyonnais 3)	2675	2675	26[illegible]5	2665	2650	2660
Banque de Paris et des Pays-Bas 5)	2435	24[illegible]0	2450	2440	2440	2415
Paris-Lyon-Méditerranée 3)	1540	1545	1545	1545	1550	1550
Aciéries de Longwy 3)	1325	1295	1295	1305	1300	1292
Schneider & Cie (Creusot) 4)	1815	1808	1810	1800	1790	1786
Mines de Lens 1)	840	815	832	830	822	8[illegible]0
Cie. Paris. de Distrib d'Electr. 5)	2345	2360	2355	2340	2335	2320
Thomson-Houston 5)	660	659	628	632	627	631
Etablissements Kuhlmann 5)	6[illegible]8	624	620	620	619	620
l'Air Liquide 1)	1[illegible]83	1160	1155	1144	1140	1130
Péchiney 3)	2150	2190	22[illegible]0	2175	2150	2125
Citroën 5)	740	775	765	765	746	739

Nominalwert der Stücke: 1) Fr 100, 2) Fr 1000, 3) Fr 500, 4) Fr 400, 5) Fr 250

Londoner Börse

Zu den auffälligsten Bewegungen an der Londoner Börse, wie übrigens auch an den anderen Weltbörsen, gehören die *Kurssteigerungen der Young-Anleihe*. Sie gehen zwar längst nicht soweit, daß sie etwa den Emissionskurs annähernd wieder erreicht hätten, aber gegenüber dem Stand vom Oktober vorigen Jahres und der Jahreswende ist die Erhöhung sehr beträchtlich. Ende Dezember notierte sie in London 69¾, Ende Januar 71 und in den letzten Tagen erholte sie sich auf 79. Diese Befestigung geht nicht nur auf das wachsende Vertrauen in die politische Konsolidierung Deutschlands zurück und läuft nicht nur parallel zu der allgemeinen Erholung der internationalen Börsentendenz, sondern sie ist offenbar auch durch die Tatsache verursacht, daß der erste Tilgungstermin der Anleihe herannaht. Da die Tilgung entweder auf dem Wege des freihändigen Rückkaufs, falls diese unter dem Nominalwert möglich ist, oder durch Auslosung zu pari erfolgt, so erklärt auch dies die wachsende Nachfrage mindestens zum Teil. Daß die Kurserhöhung indes nicht voll auf die Rechnung dieses einen Faktors zu setzen ist, zeigt die Tatsache, daß gerade auch in der letzten Woche die übrigen deutschen Anleihen ebenfalls mehr oder weniger hohe Kursgewinne zu verzeichnen haben, angefangen von der Dawes-Anleihe, die von 103 auf 103½ stieg, bis zur Berliner Anleihe, die mit 77½ statt 74½ notierte.

Im übrigen war die Tendenz zwar überwiegend freundlich, aber ziemlich stark durch die Undurchsichtigkeit der politischen Lage gehemmt. Der indisch-englische „Waffenstillstand" wurde zwar als außenpolitischer Erfolg gewertet, aber der Druck des zu erwartenden Defizits lastet immer noch auf der City, und abwechselnd werden Tabakaktien, Brauereianteile, Erdölwerte von den Baisse-Angriffen heimgesucht, da die Befürchtung besteht, daß sie zum Objekt einer zusätzlichen Besteuerung gemacht werden könnten. Einige Aussicht hat der neuerdings wieder von Keynes publizistisch vertretene Gedanke des allgemeinen Finanzzolls auf alle Einfuhr außer den Rohstoffen gewonnen (vgl. S. 518). Indes scheint Snowden, der gegenwärtig so schwer krank ist, daß man zweifelt, ob er das kommende Budget im nächsten Monat vor dem Parlament wird vertreten können — unter Umständen müßte der Handelsminister Graham für ihn einspringen —, solchen Plänen immer noch nicht geneigt zu sein.

Trotzdem konnten die heimischen Staatsanleihen ihre tiefsten Kurse wieder überwinden, wenn sie auch mehrfach stärkeren Schwankungen ausgesetzt waren. Der Grund lag wohl vornehmlich in einer Befestigung des Pfund gegenüber dem Franken, die so weit geht, daß die englische Währung den höchsten Stand seit April vorigen Jahres erreicht hat — ein Erfolg der offenen Marktpolitik, die die Bank von England fortgesetzt betrieben und die schließlich die gewünschte Versteifung des Geldmarkts erzwungen hat. Die nächste Wirkung scheint in einer Besserung der Goldversorgung zu liegen. Wenn auch der größte Teil des noch kürzlich aus Südafrika angekommenen Goldes in Höhe von über 850 000 £ nach Frankreich gegangen ist — es war schon längere Zeit im voraus erworben worden —, so wird doch von den künftig ankommenden Goldsendungen erwartet, daß sie auf den offenen Markt gelangen und daß die Bank von England sie wenigstens zum Teil für sich beanspruchen kann.

Unter den sonstigen Kursbewegungen ist einmal die fortdauernde Schwäche der Aktien heimischer Bahnen auffällig. Sie erklärt sich aus der Ungewißheit über das Resultat der schwebenden Lohnverhandlungen. Ferner erfolgte eine gewisse Befestigung in Grammophonwerten, da wieder einmal von Fusionsabsichten die Rede war; angeblich ist die Gründung einer Holdinggesellschaft für Columbia Gramophone und His Masters Voice beabsichtigt. Schließlich kam es zu größeren Umsätzen in einigen rhodesischen Werten, nachdem eine Emission von 2 Mill. £ von Rio Tinto angekündigt war, deren Ertrag dazu dienen soll, Obligationen der Rhodesian Congo Border Concession

Ltd. zu erwerben, die ihrerseits kürzlich Interesse an der Bwana M'Kubwa Co. genommen hat und ihre Expansionsabsichten anscheinend auch auf die N'Changa Kupferminen richtet.

	4. 3.	5. 3.	6. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
4% Funding Loan	92 11/16	93 13/16	93	92 3/4	93	93 1/8
London Midl & Scot. Ord.	27 1/4	28 5/8	28	26 1/4	26	24 3/4
Central Argentine Ord.	60	60	61 1/2	61	62 1/2	61
De Beers Cons. Mines Def	5 1/2	5 5/8	5 11/16	5 9/16	5 1/4	5 5/16
Burmah Oil Co.	3 5/16	3 5/16	3 3/8	3 1/4	3 3/16	3 3/16
Anglo Dutch Plantation	19/9	19/3	19/3	19	19	19
Courtaulds	30	31/10 1/2	31/10 1/2	31/3	30/7 1/2	31/3
Imperial Chemical Industr	15/6	16/1 1/2	16/6	16/3	16	16/1 1/2
Vickers	7/1 1/2	7/3	7/10 1/2	7/9	7/9	7/4 1/2
Rio Tinto Ord.	27 3/4	28 1/4	28 3/4	28	28 1/4	28 3/8
Aktienindex 1928=100	68.4	68.8	69.2	69.0	68.3	—
Abschlüsse total	5873	5852	6389	7453	6334	—
Staats- u. Kommunalanl.	1403	1493	1401	1633	1628	—
Verkehr u. Public Utilities	1044	1071	1063	1256	1127	—
Handel u. Industrie	1707	1732	2053	2331	1842	—
Bank, Versicherung	640	534	715	883	614	—
Minenwerte	482	577	707	862	744	—
Oelwerte	172	130	166	248	188	—
Gummi, Tee, Kaffee	425	260	279	236	163	—

New Yorker Börse

Kurz nachdem das Veteranenanleihegesetz angenommen worden war, hat sich der Kongreß vertagt. Ein Senator aus Oklahama hat die letzten Stunden der Session damit verbracht, ununterbrochen Obstruktion zu treiben, da seinem Wunsch auf Untersuchung der Schikanen, mit denen die großen Ölproduzenten die kleine Petroleumindustrie zu erdrücken suchen, nicht nachgekommen war. Auf diese Weise wurden mehrere Gesetze, die noch zur Debatte standen, unerledigt gelassen und dem Schatzamt noch einige Ausgaben erspart.

Die 1½ Milliarden Staatsbonds, die es trotzdem braucht, sind nicht die einzigen Anforderungen, die in der nächsten Zeit an den amerikanischen Emissionsmarkt gestellt werden. Einige Emissionen sind geglückt: an einem Tage sind 191 Mill. $ Bonds, meistens von Eisenbahnen stammend, gut untergebracht worden. 100 Mill. $ New Yorker Kommunal-Anleihe zu 4½ % haben 2 Millionen Agio Gewinn gebracht. Nachdem der Markt durch diese und ähnliche Versuche erprobt worden war, scheint wieder einmal ein Run auf Kapital einzusetzen: Die New York Central Ry beansprucht 75 Mill., die Consolidated Gas über 100 Mill. Bonds und Vorzugsaktien; weitere Beanspruchungen sind zu erwarten. Übrigens wird auch berichtet, daß innerhalb der nächsten zwei Monate — falls sich nicht inzwischen wieder eine Überlastung des Markts herausgestellt haben sollte — deutsche Anleihen einige Chancen haben. Als erstes Projekt scheint eine langfristige Anleihe des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks in Aussicht genommen zu sein.

Die Einzahlungen auf die bisherigen Zeichnungen haben einen erheblichen Geldbedarf zur Folge gehabt, mit der Wirkung, daß sich der Callsatz auf 2 % erhöht hat. Die Maklerdarlehen haben sich nicht weiter gesteigert, sondern sind um den geringen Betrag von 8 Mill. $ kleiner als in der Woche zuvor.

Konjunkturell scheint sich auf einer ganzen Anzahl von Gebieten eine leichte Besserung anzubahnen, und vor allen Dingen ist nach Belebung der Börse die Stimmung der Geschäftswelt etwas optimistischer geworden. Die Produktionszahlen sind immer noch niedrig, haben sich indes beispielsweise in der Automobilindustrie und teilweise auch in der Baumwollindustrie wieder gehoben. Nach wie vor ist die Lage auf dem Baumarkt allerdings schlecht.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
4. 3. 31	180,31	103,15	7. 3. 31	183,85	105,29
5. 3. 31	181,28	105,19	9. 3. 31	184,66	105,28
6. 3. 31	179,58	104,26	10. 3. 31	183,76	105,35

Die Kursbewegung war uneinheitlich, aber in der Grundrichtung in dieser Woche steigend. Ein stärkerer Rückschlag ist nur am 6. März erfolgt, an dem Kurseinbußen bis zu 7 $ keine Seltenheit waren. Der Ausgangspunkt war der Rückgang von Auburn-Aktien, die an diesem Tage 15 $ verloren, da angeblich eine Untersuchung über die sensationelle Aufwärtsbewegung dieses Papiers beabsichtigt war. Jedoch wurden in den nächsten Tagen die Verluste wieder eingeholt, relativ am wenigsten noch von den Eisenbahnwerten, die auf ihre Jahresabschlüsse hin den Stand der vorigen Woche nicht voll behaupten konnten. (Erie Ry 32⅝ statt 33½, New York Central 117¼ statt 119¾, Union Pacific unverändert 197.) Überdurchschnittlich stark gebessert waren kolumbianische Werte, infolge der Ausfertigung des neuen Ölgesetzes und der Nachricht, daß sich die Columbia Petroleum Co. für 50 Jahre das Ausbeutungsrecht der Barco Petroleum Concession gesichert habe. Im übrigen waren infolge des Preisrückgangs Ölwerte abgeschwächt.

	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
U. S. Steel Corporat.	146 1/4	144 3/4	146 1/2	146 1/8	145 3/4	14[illegible] 3/8
American Can Co.	123 7/8	12[illegible] 3/4	12[illegible] 1/4	124	12[illegible] 1/4	121 3/8
Anaconda Copper	40 7/8	39 1/2	40 3/8	40	39 3/4	38 1/4
General Motors	43 1/2	43	44 1/4	44 7/8	44 1/8	44 1/8
Chrysler	22 1/8	22 5/8	24 3/8	2[illegible] 3/8	24 5/8	24 1/8
General Electric	51 3/4	5[illegible] 1/4	51	53	52 1/2	51 1/8
Am. Tel. & Telegr.	198 1/2	195 1/4	197 1/8	19[illegible] 3/4	198	195 3/4
Radio Coporation	2[illegible] 3/4	22 7/8	24 1/8	24 [illegible]/4	24 1/2	2[illegible] 3/4
Allied Chemical	1[illegible]2	155	161	158	150	1[illegible]9 1/2
Standard Oil N. J.	47 3/4	46	46 3/4	4[illegible] 3/4	45 1/2	4[illegible] 1/4
Woolworth	61 1/8	60 1/4	60 1/2	61 3/4	61 1/2	60 3/4
Pennsylv.-Railr. Co.	60	59 5/8	60	60	60 1/2	59
Aktienumsatz (1000)	2700	2900	1600	2900	3200	2300

Statistik

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	7. 3. 1931	28. 2. 1931	7. 2. 1931	7. 3. 1930
Aktiva				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1392 RM berechnet	2 285,393	2 285,108	2 244,110	2 462,149
und zwar:				
Goldkassenbestand	2 077,755	2 077,470	2 036,472	2 312,361
Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken	207,638	207,638	207,638	149,788
3. Deckungsfähige Devisen	1[illegible]9,424	165,566	198,4[illegible]2	401,801
4. a) Reichsschatzwechsel	44,070	75,730	23,[illegible]70	15,010
b) Sonstige Wechsel und Schecks	1 812,293	1 979,241	1 8[illegible]2,299	1 910,176
5. Deutsche Scheidemünzen	166,[illegible]63	160,426	17[illegible],457	158,446
6. Noten anderer Banken	15,[illegible]57	4,188	16,267	12,[illegible]43
7. Lombardforderungen	84,608	301,172	66,200	95,573
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	0,001	0,142	0,001	0,001
8. Effekten	1) 102,264	1) 102,322	1) 102,351	93,246
9. Sonstige Aktiva	549,533	511,216	549,715	516,764
Passiva				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122,788	122,788	122,788	122,788
b) noch nicht begeben	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	53,915	53,915	53,915	58,915
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	46,224	46,224	46,224	46,224
c) sonstige Rücklagen	271,0[illegible]0	271,000	271,000	271,[illegible]
3. Betrag der umlaufenden Noten	4 144,808	4 427,968	4 081,240	4 480,231
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	301,308	824,790	270,8[illegible]5	530,286
5. Sonstige Passiva	338,98[illegible]	3[illegible]8,284	3[illegible]1,899	14[illegible],964
Bestand an Rentenbankscheinen	44,6	6,7	46,3	43,5
Umlauf an Rentenbankscheinen	40[illegible],5	439,4	4[illegible]0,0	338,1
Deckungsverhältnis %	59,7	55,3	59,8	63,9
Diskontsatz %	5	5	5	6
Lombardsatz %	6	6	6	7

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
28. Februar 1931				
Aktiva				
Gold	28,559	21,032	8,124	8,179
Deckungsfähige Devisen	6,458	10,349	2,723	6,104
Sonstige Wechsel u. Schecks	52,556	59,395	19,913	17,8[illegible]6
Deutsche Scheidemünzen	0,045	0,086	0,011	0,026
Noten anderer Banken	2,481	7,875	0,098	0,446
Lombardforderungen	2,887	2,361	0,720	3,138
Wertpapiere	5,212	0,477	9,5[illegible]2	3,593
Sonstige Aktiva	8,070	12,603	27,890	27,635
Passiva				
Notenumlauf	69,602	69,426	20,337	24,711
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	2,578	14,302	10,518	5,660
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	0,116	5,547	22,990	21,553
Sonstige Passiva	4,367	4,4[illegible]2	3,556	5,647
Weitergegebene Wechsel	5,455	0,001	1,716	1,404

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

	Einheit	1930				1931									
		Februar		März		Januar				Februar				März	
		8. Woche	9. Woche	10. Woche	11. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche	5. Woche	6. Woche	7. Woche	8. Woche	9. Woche	10. Woche	11. Woche
		17.-22.	24. 2.-1. 3.	3.-8.	10.-15.	5.-10.	12.-17.	19.-24.	26.-31.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.	2.-7.	9.-14.
Produktion															
Kohle															
Deutschland															
Ruhrrev. Steinkohle[1]	1000 t	385,4	387,4	349 0	374,2	334,4	358,4	337,2	305,3	295,6	300,6	294,8	290,5	—	—
„ Koks[1]	„	85,1	85,6	84,0	83,6	58,4	59,6	59,3	60,1	58,1	58,7	57,8	58,1	—	—
Oberschlesien Steinkohle[1]	„	51,9	55,4	52,9	55,8	57,7	65,0	61,5	61,6	63,1	58,7	60,2	56,5	—	—
Großbritannien Steinkohle	„	5 620	5 599	5 511	5 428	4 797	4 365	5 103	4 998	5 002	4 851	4 878	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika Bituminöse Kohle	„	8 632	7 420	7 770	7 327	8 332	8 342	8 015	7 291	7 106	7 447	—	—	—	—
Pennsylvania Anthrazit	„	1 299	1 011	1 068	846	1 329	1 412	1 295	1 289	1 319	1 447	—	—	—	—
Petroleum (Rohöl)															
Ver. Staaten von Amerika[3]	1000 bbls[3]	2 722	2 624	2 535	2 583	2 085	2 994	2 111	2 085	2 116	2 128	2 165	2 100	2 156	—
Arbeitslosigkeit															
Deutschland[4]															
Verfügbare Arbeitsuchende[5]	1000	.	3 408	.	3 319	.	4 823	.	4 956	.	5 062	.	5 043	.	—
Hauptunterstützungsempfänger i. d. Arbeitslosenversicherung[6]	„	.	2 379	.	2 258	.	2 399	.	2 554	.	2 602	.	2 589	.	—
i. d. Krisenunterstützung	„	.	277	.	286	.	735	.	811	.	861	.	908	.	—
Großbritannien[7]															
Registrierte Arbeitslose		1 524	1 539	1 547	1 564	2 638	2 636	2 608	2 593	2 624	2 637	2 631	2 618	2 635	—
Umsätze und Geschäftsgang															
Güterwagenstellung															
Deutschland gesamt	1000	745,4	763,3	765,9	798,2	628,5	646,2	631,8	618,8	614,3	623,3	623,9	645,7	—	—
arbeitstäglich	„	124,2	127,2	127,6	133,0	104,7	107,7	105,3	103,1	102,4	103,9	104,0	107,6	—	—
Ver. Staaten von Amerika	„	899	899	874	892	714	720	716	719	719	721	714	682	—	—
Einnahmen aus dem Güterverkehr Großbritannien[8]	1000 £	2 047	2 074	1 998	2 086	1 635	1 764	1 800	1 816	1 700	1 762	1 780	1 822	—	—
Postscheckverkehr Deutschland (Lastschriften)[9]	Mill. RM	1 331	1 577	1 296	1 262	1 463	1 394	1 222	1 399	1 161	1 148	1 119	1 426	—	—
Abrechnungsverkehr															
Großbritannien London, gesamt[10]	Mill. £	793	805	998	883	930	776	905	795	839	851	779	726	834	—
Ver. Staaten von Amerika[11]	„ $	11 353	9 296	11 959	10 777	11 491	8 358	7 964	7 792	8 534	6 588	9 571	—	—	—
Wechselproteste Deutschland[1] [8]	Anzahl	360	323	430	367	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„	1000 RM	503,8	473,3	616,7	491,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vergleichsverfahren Deutschland	Anzahl	24	28	27	23	19	19	18	22	21	23	21	26	23	—
Konkurse															
Deutschland[1]	„	44	43	40	46	31	43	46	43	45	45	41	47	45	—
Ver. Staaten von Amerika[12]	„	585	526	527	560	927	796	712	660	676	534	722	—	—	—
Preise															
Großhandelsindizes															
Deutschland[13]															
I. Gesamtindex	1913 = 100	129,1	128 1	127,5	126,3	116,6	115,6	114,9	113,9	113,7	114,5	114,0	114,2	113,9	—
II. Agrarstoffe	„	116 0	113,8	112,7	109,9	109,1	107 0	106,4	104,5	104,8	106,8	105,9	106,3	106,1	—
III. Kolonialwaren	„	114,8	114 4	113,6	117,5	101,9	102,0	102 0	101,6	99,9	100,2	99,5	99,8	99,8	—
IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	„	126,4	126 0	125,8	125,2	108,4	107,9	107,0	106,8	106,3	106,6	106 4	106,7	106,4	—
V. Industrielle Fertigwaren	„	154,2	153 8	153,7	153	142,2	142,1	141,2	140,5	140,1	140,0	139,7	139,3	139,0	—
Produktionsmittel	„	139,4	139 2	139,2	139,3	134,7	134,6	134,0	133,3	133,1	133,0	132,9	13[illegible],5	132,4	—
Konsumgüter	„	165 4	164 9	164 2	163 5	147,9	147,7	146,6	146,0	145,4	145,2	144,8	144,4	143,9	—
Großbritannien[14]	1913 = 10	120 9	129,5	118,6	117,4	98,3	97,5	96,4	96,4	95,5	95,1	95,7	95,4	95,1	—
Frankreich[15]	Juli 1914 = 100	576	574	569	565	497	495	491	494	494	494	494	492	492	—
Ver. Staaten von Amerika[16]	1926 = 100	92,2	91,9	91,0	90,9	78,3	77,9	77,6	77,2	76,4	77,7	77,2	77,2	77,4	—
Großhandelspreise[17]															
Weizen, Chicago, nächst. Termin	cts je bu[18]	113 3/4	104 3/4	108 5/8	106 1/4	80 1/4	82	82 3/8	79 1/2	79 3/8	79 7/8	79 1/8	79 1/8	79 3/8	79 1/4
„ märk., Berlin	RM je 1000 kg	232 1/2	226 50	229,50	233,50	259,00	254,50	256,25	264,50	268 00	268,00	270 00	285,00	292,00	292,00
„ „ nächst. Term.	„	241,50	236 50	241,50	243 00	280,75	274,50	276,50	280,50	281 50	281,00	282 88	294,75	304 00	305,00
Roggen märk. „	„	161,00	161,00	161,00	141,50	157,50	153,50	154,50	160,00	156 00	157,75	155,00	163,00	167,00	177,00
„ „ nächst. Term	„	165,50	168,00	165,00	167,50	179,50	175,50	176,50	178,00	175 50	176,25	174,50	180,00	185 50	195,75
Weizenmehl, „	RM je 100 kg	31 13	30 63	30 88	30,38	33,63	33,25	33,13	38,75	38 88	33,38	34 38	36,75	37 63	37,88
Roggenmehl, „	„	22 50	22,25	22 25	21 75	25,20	25,40	25,10	25 23	25 10	25,00	24 80	25,48	26,00	27,63
Mais, New York	cts je bu[19]	98 3/8	95 7/8	96 1/8	90 5/8	85 1/4	84 1/2	81 1/2	79,00	78 1/2	81 1/2	78 7/8	77 1/4	75	77 7/8
„ Chicago, nächst. Termin	„	85 5/8	83	83 1/8	77 3/4	71 3/8	70 1/2	67	64 5/8	64 1/4	66 7/8	62 3/4	61 1/4	60	62 5/8
Futtergerste, Berlin	RM je 1000 kg	145,00	145,00	145,00	145,00	191,00	191,00	191,00	194,50	197,00	197,00	197,00	198,00	201,00	205,00
Hafer, „	„	129,00	127,00	125,00	124,00	143,00	138,50	141,50	143,50	141,50	141,50	140,50	147,50	150,50	155,50
Zucker, New York, nächst. Term.	cts je lb[20]	1,68	1 61	1 59	1,73	1,25	1,26	1,26	1,28	1 23	1,20	1,18	1,22	1,20	1,20
„ London, „	sh je cwt[21]	7,0 3/8	6 3 3/4	6 3/4	6 9	5,10	6,0	5,11 1/2	5. 8 1/2	5,8 3/4	5,8 5/8	5,11 3/4	6. 0 1/4	5,10 1/4	5,8 1/2
„ Magdeburg	RM je 50 kg[21]	26,00	26 00	26,00	26,00	25,00	25,00	25,00	25,85	.	26,00	.	.	.	26 40
Kaffee, Rio 7, New York	cts je lb[20]	10 1/4	10 1/8	10 1/4	10 1/4	6 3/4	6 1/2	6 1/2	6 1/8	6 3/4	6 3/8	6 7/8	6	8 1/2	5 1/2
„ „ nächst. Term	„	8,75	8,80	8,79	8 77	6,05	6,07	6,12	5,78	5,86	5,60	5 44	5,11	5,00	5,13
„ Hamburg[23]	RPf je 1/2 kg	41,38	43,63	46,50	46,00	29,00	30,38	30,00	30,13	29,88	.	29,75	29,00	26,18	23,63
Kakao, Accra[24], London nächst. Termin	sh je cwt[21]	37,9	36,6	37,0	38 0	25,6	24,0	22,6	23,6	21,0	19,0	19 9	20,0	19,9	19 9
„ „[25], Hamburg	sh je 50 kg	42,0	.	41,0	39,6	30,0	29 6	27,6	27 6	26,0	24,6	24,3	23,3	24,0	24,0
Reis, Burma II, London	sh je cwt[21]	11. 3	13. 9	13 9	13 6	12,0	12 0	11,9	11,9	11,9	11 9	11 6	11,6	11,6	11,6
Leinsaat[26], nächst. Term. London	£ per lgt[22]	19. 7 6	18.12 6	18 0 0	17.5 0	12. 2.6	12 0.0	11,10,0	11.15 0	8 7 6	8. 0.0	8 10.0	9 6.3	9. 7.6	9. 7.6
Kopra[26] „	„	22 9 9	21 17. 6	20 17.6	20.17.9	14.17.6	15. 7.6	15. 7 6	15. 8 9	15 0.0	15 2 6	14.17.6	15. 5 0	15.11.3	15.17.6
Schmalz Chicago, nächst. Termin	cts je lb[20]	10,95	10,40	10,70	10,37 1/2	8,90	8,60	8,50	8,40	8,20	8,40	8,02 1/2	8,12 1/2	8,82 1/2	9,02 1/2
Baumwollöl, ron. N. Y.	„	7 50	7 25	7,12 1/2	7,00	6,05	6,12 1/2	6,12 1/2	6,37 1/2	6,25	6,50	6 25	7,30	6,50	6,50
Gummi, first latex crêpe, N. Y.	cts je lb[20]	16 3/4	16 3/8	15 7/8	15	8 3/8	8 5/8	8 1/4	8	8 1/4	8 3/8	8	7 1/2	8 1/8	7 7/8
„ London	sh je lb[20]	0,8 1/16	0,8 3/16	0,7 5/8	0,7 9/16	0,4 1/4	0,4 1/4	0,4 1/8	0,4	0,3 13/16	0,3 7/8	0,3 15/16	0,3 3/4	0,3 7/8	0,4
„ Hamburg, nächst. Term	RM je 1000 kg	151,25	146 25	140,50	140,00	77,50	77,50	.	75,00	.	70,00	68,38	65,00	75,00	70,00
Baumwolle, middling, New York	cts je lb[20]	15,65	15,10	15 00	14,30	10,15	10,05	10,20	10 50	10,50	10,90	10,30	11 35	11,20	10,95
„ „ Liverpool	d je lb[20]	8,59	8 31	8,38	7,88	5,34	5,32	5,39	5 64	5,61	5,77	5 98	6,11	6 15	6,02
„ [29] „	„	13,55	13,10	13 50	13,55	7,75	8,05	8,25	8 75	8,75	9,25	9,15	10,05	10 10	9,75
„ [30] „	„	6,40	6 15	6 25	5 85	4,10	4,10	4,24	4 44	4,46	4 62	4 78	4 92	4,95	4,80
Wolle[30], dt. Inlandspreis[32]	RM je kg	6,33	6 33	6 20	6,20	5,00	5,00	4,80	4,80	4,77	4,77	4 77	4 77	4,70	4,70
Kammzug[31] „ [32]	d je lb[20]	18	18	17 1/2	17 1/2	14	14	13,50	13,50	13	13	13 1/2	13 1/2	13 1/2	13 1/2
Jute, London, nächst. Termin	£ je lgt[27]	26. 5.0	25.10.0	24 7.0	23 5 0	15. 7.6	15. 0.0	14,17,6	18. 5 0	14. 7.6	14.7.6	15. 0.0	15 0.0	15. 5.0	15, 0,0
Hanf, Manila, London	„	32. 0.0	31. 0.0	30. 0.0	29 0.0	22.10.0	20.10.0	19,15,0	19.15.0	19.15 0	19.0.0	18. 5.0	17.15.0	17.15.0	18. 0.0
Erdöl, roh, New York	$ je bbl[4]	2,79	2,75	2,72	2,75	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83	1,83

	Einheit	1930 Februar 8. Woche 17.-22.	1930 Februar 9. Woche 24. 2.-1. 3.	1930 März 10. Woche 3.-8.	1930 März 11. Woche 10.-15.	1931 Januar 2. Woche 5.-10.	1931 Januar 3. Woche 12.-17.	1931 Januar 4. Woche 19.-24.	1931 Januar 5. Woche 26.-31.	1931 Februar 6. Woche 2.-7.	1931 Februar 7. Woche 9.-14.	1931 Februar 8. Woche 16.-21.	1931 Februar 9. Woche 23.-28.	1931 März 10. Woche 2.-7.	1931 März 11. Woche 9.-14.
Großhandelspreise[17])															
Kupfer, elektrolyt., New York	cts je lb[11])	18,00	18,00	18,00	18.00	10,50	10.00	10,00	10,00	10,05	10,05	10,35	10,55	10,80	10,80
„ standard, London	£ je lg t[20])	70. 7. 6	69. 5.0	67.18.9	69.17.6	45.12.6	44.15.0	45.1.3	44. 5.0	43. 8.9	45. 8.9	45.18.9	46 15.0	46.13 9	45. 8.9
„ London, 3 Monate	„	68. 2. 6	68.15.0	67.17.6	67.12.6	45.11.3	44.10.0	44.17.6	44. 2.0	43. 3.9	45. 3.9	45.14.4	46.16.3	46.18.9	46. 0.0
Zinn, standard, London	„	173.15 0	170.10.0	166.12.6	164. 0.0	118.10.0	113.12.6	114.17.6	115. 0.0	112. 2.6	116. 3.9	118.12.6	122. 7.6	122. 7.6	123. 2.6
„ „ 3 Monate	„	176.12.6	173.10.0	169. 5.0	166. 0.0	119.17.6	115. 0.0	116.5.0	116.10.0	118.12.6	117.12.6	120. 3.6	123.15.0	123.17.6	124.12.6
Zink, New York	cts je lb[11])	5,20	5.15	5,10	5.00	4,10	4,00	4,00	4,00	4,10	4,05	4.00	3,95	4,05	4,05
„ London, greifb.	£ je ton	19.15.0	18.15.0	18.10.0	17.18.9	13. 7.6	13. 0.0	12.11.3	12. 7.6	11.15.0	12. 5.0	12. 6.3	12.15.0	12.17.6	12.12.6
Blei, New York	cts je lb[20])	6,25	6,25	6.00	5,50	5,00	4,75	4,75	4,75	4,60	4,60	4,50	4,60	4,60	4,60
„ London	$ je ton	21.10. 0	20. 3.9	19.15.0	18. 8.9	14. 7.6	14. 6.3	13.13.9	13. 6.3	12.18.9	13.10.0	13.10.0	13.18.9	14. 2.6	13. 7.6
Silber, New York	cts je oz fine[34])	43,50	42,87	39,63	41,25	29,50	30,13	29,13	29,25	27,13	27,00	26,38	27,13	27,00	29,75
„ Barren[35]) London	d „ „ „	20 1/16	19 13/16	18 5/8	19 1/8	13 11/16	14 3/16	13 5/8	13 7/8	12 13/16	12 5/16	12 1/8	12 11/16	12 5/8	13 3/4
„ „ „ 2 Monate	d „ „ „	20	19 11/16	18 1/2	18 5/8	13 5/8	13 7/8	13 1/4	13 5/8	12 3/4	12 9/16	12	12 9/16	12 1/2	13 11/16
Einzelhandelspreise (Berlin)[36])															
Roggenbrot, ortsüblich	RM je kg	0,39	0,39	0,39	0,39	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36	—
Schweinefleisch (Bauchfleisch)	„	2,40	2,40	2,40	2,40	1,87	1,87	1,83	1,79	1,75	1,67	1,67	1,64	1,62	—
Butter (Molkerei-)	„	3,90	3,80	3,80	3,80	3,31	3,29	3,24	3,23	3,29	3,36	3,48	3,48	3,44	—
Eier	RM je Stck	0,14	0,14	0,13	0,12	0,15	0,15	0,14 1/2	0,14	0,14	0,13 1/2	0,13 1/2	0,13	0,12 1/2	—
Vollmilch, ab Laden	RM je l	0,27	0,27	0,27	0,27	0,30	0,30	0,29	0,29	0,30	0,30	0,30	0,30	0.30	—
Briketts, frei Keller	RM je Ztr	1,85	1,85	1,85	1,85	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	1,78	—
Steinkohle, frei Keller	„	2,50	2,50	2,50	2,50	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	—
Geld- und Kapitalmarkt															
Tägliches Geld[37])															
Berlin	% p. a.	5,13	6,86	7,23	4,96	4,52	4,98	4,63	5,08	6,40	4,71	5,19	5,65	6,09	4,38
London	„	3,40	3,75	3,65	3,49	1,58	1,81	1,57	2,07	2,13	2,38	1,98	2,20	1,70	2,63
Amsterdam	„	2,34	2,02	2,98	1,59	2,32	1,34	0,67	0,78	0,88	0,50	0,50	0,61	1,11	0,63
New York	„	4,29	4,29	3,79	3,70	1,47	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,60	2,00
Langfristiges Geld[37])															
Berlin, Monatsgeld	„	6,63	6,67	6,73	6,50	6,59	6,94	6,38	6,50	6,38	6,32	6,25	6,30	6,88	6,38
London, 2 Mon. Bankakzepte	„	3,92	3,04	3,38	3,49	2,15	2,19	2,18	2,34	2,41	2,50	2,50	2,66	2,51	2,63
Amsterdam, Prolongationssatz[38])	„	2,98	2,96	2,98	2,33	2,02	1,36	1,33	1,23	1,17	1,00	1,00	1,00	1,11	1,00
New York, 3 Mon. Warenwechsel	„	4,61	4,75	4,63	4,58	2,88	2,88	2,67	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63
Privatdiskont[37])															
Berlin[45])	„	5,38	5,38	5,38	5,19	4,78	4,69	4,71	4,69	4,87	4,87	4,88	4,88	4,82	4,75
London	„	3,85	3,55	3,31	3,05	2,18	2,17	2,06	2,46	2,46	2,51	2,63	2,70	2,58	2,38
Amsterdam	„	2,81	2,84	2,84	2,52	1,43	1,36	1,47	1,22	1,15	1,08	1,01	1,00	1,00	1,00
Zürich	„	2,63	2,63	2,63	2,63	1,25	1,13	1,03	1,00	1,00	1,00	1,15	0,91	0,88	0,88
Paris	„	2,75	2,69	2,31	2,61	1,90	1,88	1,88	1,86	1,75	1,75	1,75	1,71	1,63	1,68
New York	„	3,82	3,82	3,57	3,37	1,82	1,71	1,59	1,48	1,46	1,31	1,48	1,57	1,57	1,57
Rendite															
Frankreich, 3% Staatsrente[37])	„	3,45	3,44	3,44	3,46	3,51	3,48	3,47	3,45	3,41	3,38	3,40	3,40	3,39	3.38
Deutschland[39])															
5%	„	6,50	6,51	6,52	6,51	6,37	6,38	6,41	6,38	6,41	6,39	6,38	6,38	6,37	—
6%	„	7,67	7,68	7,69	7,69	7,55	7,58	7,61	7,60	7,60	7,54	7,53	7,51	7,48	—
7%	„	8,44	8,46	8,46	8,44	8,14	8,17	8,24	8,24	8,23	8,16	8,14	8,12	8,05	—
8%	„	8,83	8,84	8,85	8,83	8,63	8,66	8,70	8,69	8,67	8,61	8,60	8,58	8,53	—
10%	„	9,83	9,85	9,85	9,84	9,84	9,86	9,88	9,89	9,87	9,87	9,86	9,86	9,84	—
Devisenkurse[37])															
$ in:															
Berlin	RM	4,191	4,191	4,191	4,194	4,203	4,207	4,208	4,208	4,205	4,206	4,208	4,207	4,207	4,206
London	£ in $	4,860	4,861	4,859	4,862	4,855	4,854	4,854	4,856	4,859	4,860	4,857	4,858	4,857	4,858
Amsterdam	Fl	2,494	2,495	2,495	2,495	2,485	2,486	2,486	2,487	2,489	2,491	2,493	2,495	2,495	2,498
Zürich	Fr	5,184	5,183	5,176	5,167	5,161	5,165	5,169	5.170	5,175	5,178	5,184	5 191	5,195	5,197
Paris	Fr	25,515	25,563	25,562	25,556	25,482	25,505	25,522	25,519	25,507	25,506	25,515	25,518	25,533	25,545
Mailand	L	19,10	19,09	19,10	19,09	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,09	19,09
£ in:															
Berlin	RM	20,367	20,367	20,368	20,393	20,405	20,424	20,428	20,432	20,431	20,445	20.438	20,438	20,435	20,403
Paris	Fr	124,26	124,26	124,23	124,26	123,72	123,76	123,89	123,91	123,93	123,97	123,92	123,95	124,02	124,11
New York	$	4,863	4,862	4,862	4,862	4,855	4,855	4,854	4,856	4,860	4.861	4,857	4.858	4,858	4,858
Franz. Fr in Berlin	RM für 100 Fr	16,39	16,39	16,39	16,41	16,49	16,48	16,49	16,49	16,49	16,49	16,49	16,49	16,48	16,44
Goldbewegung[40])															
Deutschland	1000 Fr	+ 59186	+ 34189	+ 17760	+ 18309	+ 164	— 117	+ 28530	— 130	— 118	+ 10179	+ 11337	+ 19482	.	+ 285
Großbritannien	„	+ 2845	— 6961	+ 6353	+ 6796	— 34995	— 28764	— 46742	— 55588	+ 18366	+ 4229	— 817	+ 7886	+ 8453	—
Niederlande	„	— 17	— 12	— 24	— 17	— 37	— 25	— 29	+ 16864	— 27	+ 16854	— 17	— 17	—	—
Schweden	„	— 111	— 15	— 95	— 62	— 8	— 29	— 37	— 173	— 174	— 100	— 54	— 86	—	—
Schweiz	„	+ 11	+ 8	+ 8	+ 9	+ 3 177	— 50874	— 112	+ 16	— 85	— 700	— 343	— 127	—	—
Frankreich	Mill. RM	+ 2.2	— 17.2	+ 0.4	— 26.2	+ 61.3	+ 48.2	+ 105.4	+ 76.7	+ 20.1	+ 17.4	+ 19.7	+ 10.8	—	—
Ver. Staaten von Amerika[41])	„	— 10.6	+ 50,8	+ 24,7	— 183,2	+ 219,6	+ 273,1	+ 65,4	+ 73,7	— 64,2	+ 4,5	+ 29,1	— 13,0	+ 54,5	—
Effektenkurse															
Deutschland:															
Börsenindex d. Frkf. Ztg.[42])															
Aktienindex, Gesamt	1926 = 100	109.63	108.52	107.95	107,67	77,34	72,35	73,52	73,55	76,62	78,25	78,80	79,64	81,97	—
„ Kassawerte	„	109.38	108.25	107.49	107,34	80,11	75,73	75,64	75,62	78,39	80,06	80,29	81,33	83,42	—
„ Terminwerte	„	110.09	109,01	108.80	108,28	72,24	66,16	69,60	69,71	73,31	76,89	76,08	76,54	79,30	—
Inländische Anleihen															
Gesamt	„	96,68	96,86	96.94	97,24	99,04	98,46	98,38	98,88	98,90	99,54	99,73	99,76	100,48	—
7%	„	89.60	89,51	89.84	90,31	91,73	90,53	89,10	89,50	90,05	92,04	92,06	92,36	93,32	—
8%	„	97.81	98,04	98.15	98,18	100,29	99,92	99,65	99,70	100,15	101,18	101,28	100,92	101,40	—
Deutsche Anleihen i. Auslande	„	100,72	101,07	100.97	102,19	90,15	89,08	90,70	91,44	92,65	93,98	93,58	94,92	98,20	—
Ver. Staaten v. Amerika[43])	„	147,2	147,2	150.5	152,8	99,0	96,9	97,0	99,0	97,0	70,6	72,0	75,1	72,8	—
Maklerdarlehen															
Ver. Staaten v. Amerika[44])	1000 $	3 494	3 485	3 583	3 720	1 879	1 820	1 757	1 734	1 716	1 749	1 772	1 798	1 790	—

1) Arbeitstäglich.
2) Tägliche Durchschnittsproduktion.
3) 1 barrel (42 gallons) = 1,5898 hl.
4) Stichtagnotierungen vom 15. u. 30. des Monats.
5) Verfügbare Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern einschl. der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit befindlichen Arbeitsuchenden.
6) Einschl. der Pflichtarbeiter, aber ohne Notstandsarbeiter, ohne unterstützte Kurzarbeiter und ohne arbeitsunfähige Kranke.
7) Ohne Nordirland. Wochenanfang.
8) Einnahmen der 4 größten Eisenbahngesellsch.
9) Angaben aus den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung Berlin.
10) London town, metropolitan, country, Woche endend Mittwoch.
11) Bank clearings: Woche endend Donnerstag.
12) Woche endend Donnerstag.
13) Stichtag Mittwoch.
14) Financial Times.
15) Bulletin de la statistique générale de la France. Stichtag Sonnabend.
16) Irving Fisher.
17) Notierungen vom Dienstag der jeweiligen Woche; London und New York für die letzte Woche Notierungen vom Montag, dem 9. 3. Falls kein Termin angegeben, greifbar.
18) 1 bushel Weizen = 27,22 kg.
19) 1 bushel Mais = 25,40 kg.
20) 1 lb = 0,4536 kg.
21) 1 cwt = 50,8 kg.
22) Einschließl. 5,25 RM Verbrauchsabgabe und 0,50 RM für Säcke.
23) Superior Santos, Terminnotierung von 14 Uhr.
24) Fair fermented mid-crop.
25) Good ferm.
26) Calcutta.
27) 1 long ton = 1016, 048 kg.
28) Singapore: f. m. s., cif. Rotterdam.
29) Fully good fair Sakellaridis.
30) Maschine-ginned; Broach = wichtigste ostindische Sorte.
31) Preise aus den statistischen Berichten der Vereinigung des Wollhandels.
32) A/AA vollschürig; deutsche Wolle, fabrikgewaschen.
33) Buenos Aires D 1 mittel.
34) 1 ounze = 31,1 gramm.
35) 985/1000 Feingehalt.
36) Stichtag Mittwoch; Angaben des Statistischen Amts der Stadt Berlin.
37) Wochendurchschnitt. Für die letzte Woche sind die Stichtagnotierungen vom 10. März eingesetzt.
38) Auf 1 Monat.
39) Festverzinsliche Werte. Angaben des Statistischen Reichsamts.
40) Zu- (+) oder Abnahme (—) des Goldbestandes der Zentralnotenbanken nach den Bankausweisen.
41) Unter Berücksichtigung der Abgänge nach u. der Zugänge von dem Earmarkings-Konto.
42) Stichtag Freitag. Irving Fisher; gewogener Index, 22 Aktien.
43) Woche endend am Freitag.
44) New York reporting member banks.
45) Durchschnitt aus langer und kurzer Sicht.

Berliner Börsenkurse vom 5. bis 11. März 1931

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Heimische Anleihen

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Anleihe-Ablösungsschuld Nr. 1—90 000 ..	fr. Z.	55,38	55,60	56.00	56,70	56,70	56,40
dto. ohne Auslosung..	•	5,75	5,75	6,10	6,50	6,40	6,60

Ausländische Anleihen

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
5% Bosn. Eb.-Anl. 1914	5	20,50	—	—	20,75	21,75	22,00
5% dto. Invest.-Anl.....	5	—	—	—	21,50	21,75	22,00
5% Mex. Anl. 1899......	fr. Z.	—	12,00	—	11,50	12,13	12,13
4% Mex. Anl. 1904......	fr. Z.	—	—	—	—	—	8,13
4½% Öst. St.-Sch. 14 m.n.Bg.d.C.C.	4½	39.00	38,88	38,50	38.13	38,00	38,00
4½% dto. am. Eb. Anl...	4½	1,70	—	—	1,80	1,80	—
4% dto. Goldrente m.n.Bg.d.C.C.	4	24,50	24,50	24,50	24,63	24,50	24,60
4% dto. Kronen-Rente..	4	1,15	—	1,15	1,15	1,15	—
4% dto. kv. Rente J/J ..	4	—	—	1,20	1,15	—	—
4% dto. dto. M/N	4	—	—	—	—	—	—
4⅕% dto. Silber-Rente	4½	—	2.35	2,35	2,35	2,35	2,25
4⅕% dto. Papier-Rente	4½	—	—	—	1,15	—	—
5% Rum. vereinh. Anl. 03	5	9,25	9.25	9,30	9,38	9,35	9.40
4½ Rum. vereinh. Anl. 13	4½	15,00	15.13	15,20	15,20	15,25	15,38
4% Rum. Anl.	4	7.70	7,85	7,85	7,80	7,80	7,85
4% Türk. Admin.-Anl. 03	4	—	—	3,25	—	3.40	3 45
4% dto. Bagd. Eb.-Anl. 1	4	—	—	—	4.63	4.60	4 60
4% dto. dto. Eb.-Anl. 2..	4	—	4,25	4,25	4,40	4.55	4,55
4% dto. unif. Anl. 03, 06	4	—	—	—	7,80	7 88	7,80
4% dto. Anl. v. 05	4	—	—	—	—	4.60	—
4% dto. Anl. v. 08	4	—	—	—	—	4.75	—
4% Türk. Zolloblig.	4	—	4.15	4.25	4,50	4.50	4,45
Türk. 400 fr. Lose	fr Z.	9.50	—	10,38	10,00	9,65	10,25
4½% Ung. St.-Rente 13 m.n.Bg.d.C.C.	4½	16,63	16.63	16,90	17,00	17,00	17,10
4½% dto. 14 m. n. Bg. d. C. C.	4½	—	19.75	—	20.00	20,00	—
4% Ung. Goldrente mit n. Bg. d. C. C...........	4	19.70	—	19.80	19.90	19.90	20.00
4% dto. Staatsrente 10 m. n. Bg. d. C. C.	4	16,50	16 70	—	17,00	17,00	17,00
4% Ung. Kronenrente .	4	1.15	1.15	1.15	1,20	1.15	1.15
4% Lissab. St.-Anl. I. II	4	17,13	18,30	18,63	19,10	18 75	18,80
4½% Mex. Bew.-Anl. ..	4½	8 88	—	—	8,25	8,35	—
4½% Anat. Eisb. Serie 1	4½	13,63	13,70	13.75	13,75	13,88	13.90
4½% dto. Serie 2	4½	13.63	13,70	13,75	13 75	13,88	13.90
3% Macedon. Gold	fr. Z.	6,20	6,13	6,20	6,38	6.50	—
5% Tehuant. Eb.-Anl. ..	fr. Z.	—	—	—	—	—	—
4½% dto. abgest.	•	—	—	—	—	—	—

Bank-Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Allg. Dt. Credit-Anstalt	8	95,13	95.00	95 00	94.75	94.75	94,50
Bank elektr. Werte	10	104.00	101.50	104.00	105,00	106,00	108.00
Bank für Brau-Industrie	11	117 00	118,75	120,00	123,00	121,75	124 00
Barmer Bankverein....	10	100 00	100.00	100.00	100,00	100.00	101.25
Bayer. Hyp.-Bank	10	128.50	129 00	129 50	128 00	128 00	128 50
Bayer. Vereinsbank	10 V	138.00	138.50	139.00	140 00	140,00	141.00
Berliner Handels-Ges...	8V	125 00	124.50	124.75	125.50	127,50	132 00
Commerz- u. Privat-Bk.	11	110.00	109.75	110 25	110.75	111.75	114 00
Darmst. u. Nationalbank	12	140,00	141,00	141.00	142,00	144.00	146 50
Dtsch. Bank u. Disc.-Ges.	10	107,25	107,75	107 75	108.00	108,00	109.38
Dresdner Bank	10	107.00	107.50	107.25	108,25	108 25	110,00
Oesterr. Credit	8½	—	—	—	27.38	27,38	27,38
Reichsbank	12	255,13	255 50	255,50	262,00	260,25	267.50
Wiener Bankverein	5	—	9,63	—	9,50	—	9,50

Bahnen-Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Allg. Lokalbahn........	12	127.00	128 75	129,25	130,00	130,00	132 00
A.-G. f. Verkehrswesen	5	52,63	53.50	55,50	59.63	63 75	65.75
Deutsche Reichsb.-Vorz.	3½ 1)	90 00	90 50	90,75	91.00	91.38	91,88
Hambg. Hochbahn	6	69,75	70 00	71,75	70.63	71 75	71.25
Schantung 1—60 000....	5V	94.00	95,00	94 00	97,00	96.00	92 25
Canada Ablief.-Scheine	—	22 88	22.75	23,75	22.75	—	22,75
Baltimore...............	—	77,00	77,00	75,00	—	—	—

Schiffahrts-Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Hamb.-Amerik. Paketf.	6 V	68,50	69 38	70,00	71,00	71,75	73,00
Hamb.-Südam.-Dampfsch	8	129 75	130 00	132,50	137 00	137,00	—
Hansa Dampfschiff	10	106,00	108,00	—	109,00	104.00	101,00
Norddt. Lloyd	6 V	69,63	71,63	72,00	72,63	73,00	74,50

Automobil-Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Daimler-Benz.........	0	27.88	28.00	30,00	34.50	35,25	35,50

Chemische Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Byk Guldenwerke.......	6	43,50	43.50	43.75	44.00	44.13	46.00
Chem. Fabr. v. Heyden..	5	47,88	47,75	48.00	48.50	49 00	51,38
Fahlberg List	7	35.13	35 13	35 25	37.13	39 25	41.00
I. G. Farbenindustrie ..	12 2)	141.38	143.00	143 75	144.00	143.75	146 50
Th. Goldschmidt	5	40 75	42.00	42,50	43 00	44.00	45.50
Montecatini	15V	47.50	47,50	47.50	48.00	48,88	46 50
Oberschl. Kokswerke ..	8	76.75	77,00	77.25	78,00	79.75	82,00
Rhein.-Westf.Sprengstf	4,8 3)	53,00	—	55,00	—	56,00	—
Rütgerswerke..........	5	52,25	53,00	54,00	54.25	55,00	56,50

Elektrizitäts-Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Accum.-Fabrik	8 4)	117.00	119.25	120,00	—	—	130.00
Allg. Elektr.-Ges.	7	102,50	103.75	104.00	104,75	105,00	106,50
Bergmann Elektr........	9	120.00	122 00	121.00	125,00	125 88	127,50
Brown, Boveri & Co. ..	9	81,50	80 00	79.75	80.50	80,00	80.75
Comp.Hisp.Am.de Elektr	7 1)	298 00	300 50	301,00	304,00	310 00	314,00
Dt. Kabelwerke	6	52 38	52 00	54,00	53,75	52 25	54,00
Dt. Telefon- u. Kabel ..	0V	85,25	85.00	85,00	—	86,25	88,00
Elektr. Lief.-Ges.	10	127,75	126,75	128,00	129,00	129,25	130,25
Elektr. Schlesien	8	66 00	70,00	73,50	73,00	70,50	71,50
Elektr. Licht u. Kraft ..	10	120,00	124 00	124,75	125,00	126,50	127,50
Felten & Guilleaume ..	7½	86.88	87,00	89.00	91,00	92 38	94,00
Ges. f. elektr. Untern. ..	10	122.50	123 25	124 88	125.00	125 88	127.75
Hackethal Draht	8	60.00	59,00	59,88	60.00	59.88	59 00
Hamb. Elektr.	10	111.75	111,25	111,25	112,50	112.00	119 00
Lahmeyer & Co.........	12	129.50	129.50	130,50	132.50	134.25	136,50
Österr.Siem.-Schuck. 5)	8	101,00	104.75	98 00	102,00	101,50	—
Rhein. Elektr.	10	115.63	117,50	116,00	118.50	119,50	123,00
Rhein.-Westf. Elektriz...	10	133.00	132,50	133.25	136,50	140,75	142,50
Sachsenwerk	7½	84,50	85,50	86 63	87,50	88 25	89,75
Schles. Elektr. u. Gas ..	10	117.75	119.50	119.75	121.50	123,00	126,00
Schuckert & Co.........	12	129,00	129.75	131,63	132 25	135,00	136.00
Siemens & Halske.....	14	172 13	177,00	177,00	179,00	181,75	182,00
Vogel Draht............	6	48,50	48,75	49,75	49,00	51,00	51,75

Kali-Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Kaliwerk Aschersleben	10	136.50	139,00	143,50	141,75	145,00	145,00
Salzdetfurth Kali	15	206,63	211,50	215,00	221,50	222,00	225,00
Westeregeln Kali	10	143,75	145,00	149,00	149,75	150,75	152,00

Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Berl. Masch. Schwarzk.	0	36,25	36 50	37,50	39,00	42,75	47,25
Orenstein & Koppel	6	49,00	50,25	50,25	51,00	52,75	59,25

Maschinen- und Metallwaren-Fabrik-Aktien

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Bayerische Motoren....	7	73.25	73 50	75,88	79 00	79 88	79,00
Berlin-Karlsruher Ind...	0	54 88	54 83	54.50	55 25	54,75	56,00
Hirsch Kupfer...........	7	121.25	121,50	—	—	124.75	124,00
Gebr. Körting	6	32,00	32 50	33,25	33 75	39,00	38,75
Maschinenbau-Untern.	0	39.75	40.75	41,00	44 75	44.25	45,00
Maschinenfabrik Buckau	10	93,00	96,75	95.00	99 00	103,00	106,50
Motoren Deutz	5	—	49,50	50,25	54,00	57,00	—
Hugo Schneider........	10	71.50	71,00	71.00	72,00	72,88	74,00
Schubert & Salzer......	12V	156.25	159.50	161,00	164,00	165,50	168,00

Montan-Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Buderus Eisen...........	6	51.00	50,00	51.50	52,50	54.75	60.00
Gelsenkirchen Bgw.	8	79,50	80,00	80.50	80,50	84,00	89 00
Harpener Bergbau	6	75 00	75,50	75,50	78.00	79.25	84,50
Hoesch Eisen	6	67 25	67,00	67.50	68,25	70,13	73,88
Hohenlohe-Werke	5	47,50	—	47 00	48.00	50,25	—
Ilse Bergbau	10V	170.00	173,00	178 50	180.50	181 00	180,00
Klöckner-Werke	6	60,25	61,75	61,50	62 50	65.00	73,25
Köln-Neuessen	6½	73,00	73,50	74.25	73 25	76 63	78,00
Laurahütte	0	33.00	34,00	34,50	35,25	39 00	40,00
Leopoldgrube	4	30,00	30,25	31 75	34.00	34,50	38,00
Mannesmann Röhren ..	7	73,63	75.00	76.00	76,25	79.00	81,88
Mansfeld	0	40,00	42,25	43 25	44.00	43.75	42,00
Mitteldt. Stahlwerke....	6	105,00	105,00	107,50	105 00	105,50	110,00
Oberbedarf	0V	38,25	37.00	37.00	39.25	38,00	40.25
Phönix Bergbau........	6½	58 50	60,00	59 50	60 50	63,00	67,00
Rhein. Braunkohlen	10	166,75	169.00	172,50	174.00	177,00	185,00
Reinstahl	7½	74.25	76 00	75,50	76,38	82,00	84,75
Riebeck Montan........	7,26)	83,75	84,88	82.00	84.00	84,25	85,88
Schles. Bergbau........	0	36 50	36,50	36,50	37 75	37,25	37,00
Stolberger Zink	0	48,25	47,00	47,00	48 50	49,50	52,75
Ver. Stahlwerke........	4V	60,25	61,75	61,25	61,75	63,88	67,50

Textil-Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Algem. Kunstzijde Unie	0	77,00	79,00	81,88	83,50	80,00	78,25
J. P. Bemberg	0	76 75	80,00	87,25	92 50	91,00	88,50
F. H. Hammersen	7	—	75,00	—	75,00	—	—
Norddt. Wollkämmerei..	0	58 00	59 25	61,00	64,75	68,00	71,00
Schlesische Textil......	0	10,00	9,88	9,00	—	—	6,50
Stöhr Kammgarn	5	76,50	78,00	78,25	82,25	84,75	89,25

Sonstige Werte

	Div 0/0	5. 3.	6. 3.	7. 3.	9. 3.	10. 3.	11. 3.
Aschaffenburg. Zellstoff	12	74,75	76 50	78,00	82,00	85,00	92,00
Basalt	0	25,25	26,00	25,75	—	26,75	28,00
Berger Tiefbau	20	250,00	251,00	252,50	255,00	256,00	261,00
Charlottenburg. Wasser	7½	94,50	89,00	88 50	88 00	87,75	87,00
Continent. Gummi......	9	119,00	119,00	120.00	121,00	120.00	124,75
Dt. Atlant. Telegr.......	8	95,00	94,00	94,75	93 50	95,00	96 50
Dt. Cont. Gas Dessau....	9	121,25	123 25	125.00	127 88	129.75	132.00
Deutsche Erdöl	7	69 25	69 75	69,88	70 00	71 50	74.13
Dt. Linoleumwerke	15	110,00	112 75	114,50	114,50	112 75	113,00
Dt. Ton- u. Steinzeug ..	11	79 25	79 00	81,00	83 00	84.00	86 00
Dt. Eisenhandel	7	42 63	44 00	45,00	46,25	46 13	46,38
Dynamit Nobel	6 7)	69 50	70.00	70 00	71.00	71,88	72 00
Eisenb.-Verkehrsmittel	15	149 13	148 50	150,25	152 50	156 25	159 00
Feldmühle Papier	12	116,00	116 25	119.50	121.75	122 00	122 25
Harb. Gummi Phönix ..	6	53,00	53,00	—	57,50	58,25	—
Phil. Holzmann	8	88 00	90,00	89 00	91,00	91.25	91.00
Hotelbetrieb	10	105 00	107,00	101.00	108,75	111.00	110.75
Gebr. Junghans	0	32 00	33,75	33,50	33,50	35,00	35.25
Karstadt	12	65,00	64,75	68 88	71 25	71,50	69.50
Metallgesellschaft	5	78,50	78 50	79,25	79 25	79,75	81,25
Miag Mühlenbau	10	61,50	60.25	60,25	60 75	61,00	64.00
Nordsee, Dt. Hochseef.	14	146 00	147 50	149 00	152,00	156,00	155 75
Ostwerke	12	13,00	13,00	13,00	13 00	13,00	13,00
Otavi Minen	16⅔	35,25	36 63	35,88	35 88	35,75	35,75
Polyphon-Werke	20	162,00	162,75	162 00	164.00	167,25	171,50
Sarotti	10	92 88	93,00	92.75	91,50	95,00	95,00
Schles. Portl. Cement ..	12	84.75	85,00	86,50	91,00	94 00	95,00
Schultheiss-Patzenhofer	15	172,50	176,25	176,75	178,00	177.88	180,00
Svenska Tändsticks....	15 V	263,00	266,00	265,00	267.00	267,00	267.00
Thörl Ver. Oelfabr.	6	50,00	51,50	53,75	57,00	55,25	63,00
Thüringer Gas	10	148.75	149 00	149 00	150 00	152,25	151,50
Leonh. Tietz............	10	115,25	116,50	117.00	119,00	122,00	122,50
Transradio	8	120,50	120,25	120,75	120,75	121,00	122,25
Ver. Schuhfabrik. Wessel	0V	20.25	19,75	20,00	20,00	20,50	21,00
Wicking Portl. Cement	10	56,75	55 50	55,00	53,13	53,50	53,38
Zellstoff-Verein	6	42,00	41,75	42,00	44 50	48,00	51,50
Zellstoff Waldhof	12	114,75	105,00	109,50	114,50	116,00	116,75

1) Abschlagsdividende. — 2) Ferner 2% Bonus. — 3) Ferner 0.8% Bonus. — 4) Ferner 10% Bonus. — 5) RM je Stück = 200 Schilling. — 6) Ferner 1.2% Bonus
7) Ferner 1% Bonus.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Berlin-Wilmersdorf. — *Für die Inserate:* i. V. E. Schepke. — *Verlag:* Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — *Druck:* Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — *Bezugspreis:* Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM.

Postscheck Berlin Nr. 149 296.

Schluß des redaktionellen Teils

Finanzanzeigen in diesem Heft:

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft: Bilanz und Dividende.

Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft): Dividende.

Ilse, Bergbau-Actiengesellschaft: Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.

Rheinische Hypothekenbank: Bilanz und Dividende.

Süddeutsche Bodencreditbank: Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.

Wanderer Werke vorm. Winklhofer & Jaenicke A.-G.: Bilanz.

Geschäftliche Mitteilungen.

Im Anzeigenteil des vorliegenden Heftes veröffentlicht die **Hamburg-Amerika-Linie eine Ankündigung über Hapag-Studienreisen nach Nord-, Mittel- und Südamerika.**

Deutsche Hypothekenbank

(Actien-Gesellschaft)

Die auf **11 %** festgesetzte **Dividende** für das Geschäftsjahr 1930 gelangt **von heute ab** gegen Einreichung des **Dividendenscheines Nr. 32** mit **RM 11.**— für die Aktien über **RM 100.—**, mit **RM 55.—** für die Aktien über **RM 500.—** und mit **RM 110.—** für die Aktien über **RM 1000.—** abzügl. Kapitalertragssteuer zur Auszahlung.

Berlin, den 10. März 1931. **Der Vorstand.**

JLSE, Bergbau-Actiengesellschaft

zu Grube Jlse N.-L.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am Freitag, dem 27. März 1931, vorm. 11 Uhr in Berlin, Behrenstraße 46/48, in den Geschäftsräumen der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1930 mit den Bemerkungen des Aufsichtsrates.
2. Genehmigung der Bilanz mit der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1930 und Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Entlastung des Aufsichtsrates.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Genehmigung beantragter Umschreibungen von Vorzugsaktien.

Alles Nähere über Hinterlegungsstellen, Anmeldefrist usw. ist aus den Bekanntmachungen im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger, der Berliner Börsenzeitung, dem Berliner Börsen-Courier und der Frankfurter Zeitung zu ersehen.

Grube Jlse, den 5. März 1931.

Jlse, Bergbau-Actiengesellschaft.
Bähr. — Fischer.

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Bilanz für den 31. Dezember 1930.

Aktiva	RM	₰
Kassenbestand	111 555	43
Effekten	3 495 404	35
Guthaben bei Banken und Bankiers, Debitoren	8 510 644	02
Anlage im Hypothekengeschäft	110 527 154	97
Hypotheken für die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt	1 301 653	—
Kommunal-Darlehen	47 795 151	48
Rückständige Hypothekenzinsen	22 435	02
Am 15. bzw. 31. 12. 1930 fällige Hypoth.-Zins. (abzgl. d. bereits eingegangenen)	338 793	01
Anteilige Hypothekenzinsen für 1931	629 531	13
Am 15. 12. 1930 fällige Komm.-Darlehen-Zins. (abzgl. d. bereits eingegangenen)	37 350	49
Anteil. Komm.-Darlehen-Zins. f. 1931	493 572	23
Bankgebäude	350 000	—
	173 613 245	13

Passiva	RM	₰
Aktien-Kapital	5 000 000	—
Gesetzliche Reserve	3 900 000	—
Agio-Reserve	300 000	—
Pfandbrief-Umlauf	107 678 266	91
Gekündigte Pfandbriefe	259 387	50
Kommunal-Obligationen-Umlauf	43 424 500	—
Zuweis. d. Dt. Rentenbank-Kreditanst.	1 250 101	31
Amortisationsfds. f. Rentenbk.-Hypoth.	51 551	69
„ „ Goldmark-Hypoth.	320 420	75
„ „ freie Hypotheken	5 069	50
„ „ Komm.-Darlehen	424 908	08
Kreditoren	4 205 199	83
Noch zu zahlende Hypotheken-Valuta	1 157 050	—
Vorausgezahlte Hypothekenzinsen	166 611	52
„ Komm.-Darlehen-Zins.	8 557	55
Pfandbriefzinsscheine	3 153 099	38
Kommunal-Obligationen-Zinsscheine	1 055 530	50
Rückständige Dividendenscheine	1 207	44
Gewinn	1 251 783	17
	173 613 245	13

Die für das Geschäftsjahr 1930 auf **12 %** festgesetzte Dividende kommt von heute ab an unserer Kasse in Berlin W 56, Taubenstr. 22 und an den bekannten Zahlstellen gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 9 zur Auszahlung.

Berlin, den 10. März 1931. **Der Vorstand.**

Zur Kapitalanlage empfehlen wir unsere

7 % Gold-Hypotheken-Pfandbriefe Serie 11

— Gesamtkündigung bis zum 1. Juli 1935 ausgeschlossen —

dieselben können durch sämtliche Banken, Bankiers, Sparkassen, Kreditgenossenschaften und von uns selbst zum jeweiligen Börsenkurs

zur Zeit **96,50 %**

bezogen werden.

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva		RM
1. Geschäftseinrichtung		100,—
2. Bankgebäude		550 000,—
3. Kassenbestand, Reichsbank- u. Postscheck-Guthaben		136 388,36
4. Hypotheken-Darlehen auf Feingold-Grundlage (darunter RM 2 158 337,05 Darlehen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt; von den übrigen Darlehen waren am Bilanztage im Goldhypothekenregister eingetragen RM. 300 915 647,38)		303 418 088,94
5. Nachstellige Aufwertungs-Hypotheken und ungesicherte Aufwertungs-Forderungen		4 613 159,61
6. Kommunal-Darlehen (davon im Korporationsforderungen-Register eingetragen RM 32 628 168,09)		34 943 915,39
7. Fällige und anteilige sowie rückständige Darlehenszinsen (darunter rückständig RM 388 256,19)		4 449 265,96
8. Forderungen		
a) bei Banken	11 643 588,60	
b) Lombardforderungen	1 008 706,04	
c) Sonstige Forderungen	230 909,79	12 883 204,43
9. Wertpapiere (darunter eigene Goldpfandbriefe im Nennwert von GM 4 633 240,—)		11 355 468,55
10. Wertpapiere des Pensionsfonds und der Stiftungen		714 336,90
		373 063 928,23

Passiva		RM
1. Aktien-Kapital:		
a) Stamm-Aktien	12 000 000,—	
b) Vorzugs-Aktien	5 000,—	12 005 000,—
2. Reservefonds		5 500 000,—
3. Pfandbrief-Sicherungs-Reservefonds		1 000 000,—
4. Rückstellung für das Pfandbrief-Geschäft		1 584 884,21
5. Rückstellungs-Konto I		759 172,56
6. Rückstellungs-Konto II		1 165 567,42
7. Vorträge auf Kostenbeitrags-Konto		670 000,—
8. Goldpfandbriefe:		
4½% Liquidations-Goldpfandbriefe	81 693 190,—	
5% Goldpfandbriefe (Gr. 13 285)	37 065,15	
6% Goldpfandbriefe	3 405 300,—	
6½% Goldpfandbriefe	3 552 000,—	
7% Goldpfandbriefe	28 407 600,—	
8% Goldpfandbriefe	179 548 650,—	296 643 805,15
9. 8% Goldschuldverschreibungen		29 879 100,—
10. Rückständige verloste Pfandbriefe		900,—
11. Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt		2 158 338,28
12. Anteilige und fällige Zinsen auf Goldpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen und rückständige Dividende		6 974 900,59
13. Kreditoren:		
a) Depositen	189 225,29	
b) Sonstige Kreditoren (einschließl. noch auszugebender Liquidations-Pfandbriefe)	11 599 614,55	11 788 839,84
14. Pensionsfonds und Stiftungen		714 589,16
15. Beamten-Unterstützungsfonds		4 916,81
16. Gewinn- und Verlust-Konto:		
Vortrag a. d. Jahre 1929	162 934,49	
Reingewinn	2 050 979,72	2 213 914,21
		373 063 928,23

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1930

Soll		RM
1. Allgemeine Geschäftskosten:		
a) Steuern, Stempel und sonstige öffentliche Abgaben	2 150 221,54	
b) Sonstige Unkosten	1 194 804,76	3 345 026,30
2. Pfandbrief- u. Kommunal-Obligationen-Zinsen:		
a) Pfandbrief-Zinsen	18 445 626,35	
b) Kommunal-Obligationen-Zinsen	2 081 367,75	20 526 994,10
3. Einlage-Zinsen		9 437,35
4. Abschreibung a. Geschäftseinrichtung		8 138,95
5. Reingewinn		2 213 914,21
		26 103 510,91

Haben		RM
1. Vortrag aus dem Jahre 1929		162 934,49
2. Darlehens-Zinsen:		
a) aus Hypotheken-Darlehen	20 510 535,09	
b) aus Kommunal-Darlehen	2 152 591,01	22 663 126,10
3. Ersatzleistungen und Kostenbeiträge im Darlehensgeschäft		2 227 052,24
4. Zinsen aus sonstigen Anlagen		1 039 235,16
5. Sonstige Einnahmen		11 162,92
		26 103 510,91

In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre unserer Bank wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1930 auf 10 % festgesetzt. Demgemäß wird der Gewinnanteilschein Nr. 4 abzüglich 10 % Kapital-Ertrags-Steuer sofort entsprechend eingelöst.

Mannheim, den 5. März 1931.

Rheinische Hypothekenbank.

Süddeutsche Bodencreditbank

Wir laden hiermit die Aktionäre der Süddeutschen Bodencreditbank zur Teilnahme an der

60. ordentlichen Generalversammlung

in den Sitzungssaal des Bankgebäudes in München, Ludwigstraße 9 II, auf

Mittwoch, den 1. April 1931, vormittags 12 Uhr,

ein.

Tagesordnung.

1. Vorlage der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Berichtes des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1930.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und über die Gewinnverteilung: Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Geschäftsbericht liegen vom 6. März l. J. an in unserem Geschäftsraum zur Einsicht der Aktionäre auf.

Die Anmeldung von Aktionären für die Generalversammlung und die Abgabe von Stimmkarten findet statt:

in **München:** bei **unserer Gesellschaftskasse**, bei der **Darmstädter und Nationalbank K.-G. a. A. Filiale München** und bei dem **Bankhause Merck, Finck & Co.**, Pfandhausstraße 4,

in **Berlin:** bei der **Darmstädter und Nationalbank K.-G. a. A.**, Behrenstraße 68—70,

in **Frankfurt a. M.:** bei der **dortigen Zweigniederlassung der vorbezeichneten Bank.**

Zur Stellung von Anträgen und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur Aktionäre berechtigt, welche spätestens

am 28. März 1931

bei einer der vorbezeichneten Hinterlegungsstellen oder einer Effektengirobank ihre Aktien oder Hinterlegungsscheine einer Effektengirobank hinterlegt haben.

München, den 3. März 1931.

Süddeutsche Bodencreditbank
Bonschab. Dr. Ulsamer.

Wanderer-Werke vorm. Winklhofer & Jaenicke Akt.-Ges., Schönau b. Chemnitz

Bilanz am 30. September 1930

Aktiva	RM
Grundstücke	1 427 081,40
Gebäude	6 114 802,49
Maschinen und Betriebseinrichtungen	3 118 909,88
Patente	1,—
Kasse	25 497,59
Wechsel	153 361,17
Wertpapiere und Beteiligungen	61 052,—
Außenstände	4 929 272,02
Vorräte	10 962 032,23
	26 792 009,78

Passiva	RM
Aktienkapital	15 734 000,—
Hypotheken	76 042,90
Reservefonds	2 470 322,53
Unterstützungsfonds	500 000,—
Delkredere-Konto	100 000,—
Verbindlichkeiten	7 837 100,17
Gewinn- und Verlust-Konto Überschuß	74 544,18
	26 792 009,78

Gewinn- und Verlustrechnung am 30. September 1930

Soll		RM
Allgemeine Unkosten	3 788 739,76	
Steuern	761 288,25	
Soziale Abgaben	622 799,28	5 172 827,29
Abschreibungen		1 084 688,31
Überschuß		74 544,18
		6 332 059,78

Haben	RM
Betriebsüberschuß	6 332 059,78
	6 332 059,78

Die turnusmäßig aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Herren Kommerzienrat Fabrikbesitzer **Joh. Winklhofer** und Generaldirektor a. D. **Wilhelm Henkel** wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Aufsichtsrat besteht jetzt aus folgenden Mitgliedern:

Herr Geh. Legationsrat Dr. **Walther Frisch**, Berlin, Vorsitzender,
„ Konsul **Max Reimer**, Dresden, stellvertretender Vorsitzender,
„ Kommerzienrat **Joh. Winklhofer**, Fabrikbesitzer, Landsberg a. Lech,
„ Geheimer Kommerzienrat Dr. ing. h. c. **Johannes Reinecker**, Chemnitz,
Herr Generaldirektor a. D. **Wilhelm Henkel**, Dresden,
„ Direktor Dr. ing. **Herbert von Klemperer**, Berlin,
„ Kaufmann **Fritz Winklhofer**, München,
„ Bankdirektor **Alfred Krause**, Chemnitz,
„ **Richard Roth**, Chemnitz, } Betriebsratsmitglieder.
„ **Hermann Unger**, Chemnitz, }

Schönau bei Chemnitz, den 9. März 1931.

Wanderer-Werke
vorm. Winklhofer & Jaenicke Akt.-Ges.
Klee von Oertzen Stuhlmacher

Rechtsverbindliche Auflage dieses Heftes 13 000 Exemplare